



AIB

2V 2476 E

2,50 DM

Februar

2/1983

14. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Südafrika in der Krise

- Überfall auf Lesotho
- ANC-Anschlag auf Koerberg
- Die Apartheidbombe

Libanon • Guatemala
Mozambique

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

AIB-Aktuell

Testfälle vor der Bonner
Märzwahl 3

Südliches Afrika

Südafrikas Krieg
gegen den ANC 4
ANC-Stellungnahme
zu Koeberg 6
Brief aus Lesotho 7
Lesotho – Königreich von
Pretorias Gnaden 8

Südafrika

Y. Dadoo:
Krise des Apartheidsystems –
Ansporn für die Befreiungs-
kämpfer 10
A. Minty:
Südafrikas Apartheidbombe 15

Moçambique

Innerer Wandel im Zeichen
äußeren Drucks (1) 18

Libanon

Das Zerstörungswerk
der Israelis 26
Fathi Arafat: Israels Krieg
gegen unser Volk 28

Guatemala

Rios Montts „ehrenwerte“ Jagd
auf die Subversiven 30

Nikaragua

Tomas Borge: Unser Volk
ist einsatzbereit 33

Kolumbien

Die Guerilleros
bleiben wachsam 34

Rückblick

Das Erbe Suche Bators 38

Rezensionen

Geschichte des Widerstandes
in Palästina 39

Infodienst

40

Kurzinformationen

41

Kommentar

Die Gesellschaft für
bedrohte Völker und der
„Eurozentrismus“ 44



Guatemala

S. 30

Neuen Auftrieb erfuhr zur Jahreswende die Strategie der „Bohnen und Gewehre“ des Diktators Rios Montt. Die Reagan-Administration machte sich an die Aufhebung des noch aus der Carter-Zeit (1977) stammenden Militärhilfestopps. Die guatemaltekeische Diktatur kann ihren Krieg gegen die „Subversion“ mit Waffenlieferungen und Militärberatern aus Washington kräftig ausweiten.



Südliches Afrika

S. 4

Mit dem südafrikanischen Massaker in Maseru/Lesotho am 9.12.1982 und dem Gegenschlag der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC auf das Atomkraftwerk Koeberg/Südafrika genau 10 Tage später hat sich der Konflikt im Südlichen Afrika erneut zugespitzt.

Wir bringen eine aktuelle Einschätzung des Krisenszenarios in der Region, einen Augenzeugenbericht vom Massaker, eine ANC-Stellungnahme zu Koeberg und einen Länderüberblick zu Lesotho.



Libanon

S. 26

Trostlos und nach wie vor explosiv ist im Libanon die Lage nach dem israelischen Krieg. Die Folgen der israelischen Aggression im Südlibanon und Beirut sind allenthalben unübersehbar.

Marjut Helminen, Generalsekretärin der finnischen Liga für Menschenrechte, berichtet vom Ort des Geschehens. Fathi Arafat, Vorsitzender des Palästinensischen Halbmonds, schildert die Not der palästinensischen Flüchtlinge vor Vertretern der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg. Telefon (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer.

Mitarbeiter dieser Ausgabe: R. Baben, H. Denk, K. D. Fischer, I. Flach, P. Garcia, P. Grund, M. Helminen, D. Mies, N. Nolsner, J. Ostrowsky, L. Schmitz, J. Weber, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 12. 1. 1983

Anzeigen: EAST, ASK, Tendenzen, Demokratische Erziehung Pahl-Rugenstein Verlag, ila, Roederberg Verlag

Zur Bestätigung ihres Kuhhandels vom letzten September haben sich die Parteien der Bonner Rechtskoalition CDU/CSU und FDP für den 6. März dieses Jahres Neuwahlen zum Bundestag ausgedacht. Das Ergebnis ist ungewiß. Ob es zu einem Fortbestehen der Regierung Kohl/Genscher kommt oder ob sie noch weiter nach rechts, noch weiter in Richtung Reagan-Kurs geht (mit der Alleinherrschaft der CDU/CSU und einem Franz-Josef Strauß als Außenminister) – niemand kann das heute mit Gewißheit sagen. Denkbar ist auch eine Neuauflage der Großen Koalition (CDU/CSU und SPD) oder gar eine Minderheitsregierung der SPD, wie die Hessenwahlen und die Hamburger Bürgerschaftswahlen gezeigt haben.

Fest steht jedoch, daß außenpolitische Themen in diesem Wahlkampf eine herausragende Rolle spielen. Das Wort von den „Raketenwahlen“ macht die Runde. Das, was das Gespann Kohl/Genscher in den wenigen Monaten seit seinem Amtsantritt vom Oktober 1982 auf diesem Gebiet wie auf dem Gebiet der Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik zu erkennen gegeben hat, läßt Schlimmes ahnen, sollte sein Mandat auf vier Jahre verlängert werden.

Das machte auch ihre Reaktion auf das neueste Angebot von KPdSU-Generalsekretär Yuri Andropow für die Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen deutlich. Sein Angebot, die Sowjetunion würde ihr Potential von SS-20-Raketen in Europa auf den Stand der britischen und französischen Raketen abbauen, falls die NATO auf die für diesen Herbst vorgesehene Stationierung von Pershing II und Cruises Missiles verzichte, wurde in Bonn und Washington mit dem Hinweis quittiert, der Vorschlag gehe nicht weit genug.

Während Bundeskanzler Kohl bei seinem Antrittsbesuch in Washington dem großen Bruder Ronald Reagan versicherte, die März-Wahlen würden ein eindeutiges Votum für die Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik bringen, kann er sich heute allerdings seiner Sache nicht mehr so sicher sein. Laut einer Geheimumfrage des Kanzleramts sind selbst 54% der CDU/CSU-Wähler und 70% der FDP-Anhänger dafür, die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu verschieben, falls es in Genf bis Ende d.J. zu keiner Einigung kommt.

Auch der neueste Vorschlag von Bundesaußenminister Genscher, mindestens einen Teil der Raketen zu stationieren, läuft auf die Selbstgefährdung unseres Landes hinaus: So oder so könnte die Bundesrepublik über Nacht zum einzigen Land werden, das landgestützte Präzisionsraketen beherbergt.

Entwicklungshilfe nach dem Geschmack Reagans

Der neue Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), hat seinen Einstand mit einigen Kabinetttstücken gegeben, die ihn als außenpolitisches U-Boot des Franz-Josef Strauß in der Regierung ausweisen: Entwicklungshilfe soll jetzt wieder schlicht dazu dienen, die Auftragsbücher der bundesdeutschen Konzerne zu füllen.

Dahinter steckt der Irrglaube, das Prinzip der Lieferbindung bundesdeutscher Kredite an Entwicklungsländer könne hierzulande Arbeitsplätze sichern oder gar neue schaffen. Wie reimt es sich da zusammen, daß von der CDU/CSU-FDP-Regierung für das Jahr 1983 die neuen finanziellen Zusagen an die Entwicklungsländer um fast 28% gekürzt wurden?

Vor allem aber sollen bundesdeutsche Entwicklungshilfegelder wieder verstärkt an das politische Wohlverhalten der



Kanzler Kohl beim großen Bruder Ronald Reagan, November 1982

Empfängerländer gekoppelt werden. Das heißt vor allem, auch wenn es offiziell gelegentlich noch dementiert wird, daß sich die bundesdeutsche Entwicklungspolitik voll den Maximen der Reagan'schen Konfrontationspolitik unterordnet.

Ein erstes deutliches Zeichen in diese Richtung ist die kürzlich erfolgte Freigabe der seit zwei Jahren gesperrten Entwicklungshilfe an El Salvador in Höhe von 27,6 Mio DM und die Rücksendung des bundesdeutschen Botschafters nach El Salvador.

Getreu der Devise, die Bundesregierung werde künftig den „Stellenwert“ der USA in Lateinamerika stärker berücksichtigen, kürzte J. Warnke die Hilfe für Nikaragua von 20 auf 5 Mio DM, nicht ohne daran deftige Bedingungen zu koppeln: Die Sandinistas müssen sich verpflichten, noch ausstehende Zahlungsforderungen bundesdeutscher Unternehmen umgehend zu begleichen. Sie müssen „geeignete Projekte“ nennen, für die die Gelder verwendet werden, und natürlich eine „pluralistische Gesellschaft“ nach Bonner Geschmack verwirklichen.

Kaum nötig werden dürften derartige Auflagen hingegen für die türkische Militärdiktatur, die sich gerade erst mit einer „Verfassung“ (siehe AIB 1/1983, S. 42-44) ein demokratisches Mäntelchen umgehängt hat. Anfang Dezember letzten Jahres empfahl das Kabinett auf Anraten des Türkei-Reisenden Genscher dem Deutschen Bundestag, grünes Licht für eine neuerliche Türkei-Hilfe von 413,5 Mio DM zu geben.

Auch mit dem weltweit geächteten südafrikanischen Rassenregime will Bonn anscheinend wieder ins Reine kommen: In dem von Warnkes Truppen gereinigten 5. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung fehlt jedes Wort der Kritik an Pretoria.

Ludger Schmitz

Südafrikas Krieg gegen den ANC



Zum neuen Jahr schlug Südafrikas Ministerpräsident Pieter W. Botha den Nachbarstaaten Nichtangriffspakte vor, „die die Benutzung der jeweiligen Territorien gegen die Territorien der anderen untersagen“. Mit diesem Vorschlag, so P.W. Botha, „streckt die südafrikanische Republik allen ihren Nachbarn, die den wirtschaftlichen Fortschritt suchen, eine pazifistische Hand entgegen“. Wer diese Hand nicht frewillig ergreife, „könnte große Enttäuschungen erleben.“¹

Die Angesprochenen antworteten nicht einmal. Zu oft entpuppten sich in der Vergangenheit jene „pazifistischen“ Hände als knallharte Fäuste.

„Pazifistische Hand“ gegenüber den Frontstaaten?

Die Seychellen erlebten im November 1981 eine Söldnerinvasion; aus Botswana werden ständig Flüchtlinge entführt; seit mehr als einem Jahr ist ein breiter Streifen Südafrikas besetzt, und fast die Hälfte des Landes gilt als unsicheres Gebiet. In Zimbabwe wurde im August 1982 ein südafrikanisches Kommando entdeckt; vier weiße südafrikanische Armeemitglieder wurden erschossen. Aus Mosambik werden fast täglich Überfälle einer von Südafrika ausgehaltenen Terrorbande gemeldet (siehe AIB 10/1982, S. 34-35).

Das Ziel Südafrikas ist es, eine unabhängige wirtschaftliche Entwicklung der Frontstaaten zu verhindern. Gleichzeitig soll die Machtlosigkeit der einzelnen Regierungen demonstriert und der Aufbauwillen der Bevölkerung erschüttert

werden. Vor allem aber hofft Pretoria auch, unter diesen Schlägen würden die Frontstaaten dem Hauptfeind des Rassistensystems, dem Afrikanischen Nationalkongress Südafrikas (ANC), die Unterstützung entziehen.

Zur Realisierung dieser Ziele ist Südafrika bestrebt, trotz des Waffenembargos der Vereinten Nationen rüstungstechnologisch auf dem neuesten Stand zu bleiben. Das derzeitige Prunkstück der staatlichen Waffenschmiede ARMSCOR ist die Kanone G 6, die sich zur Bedrohung der Nachbarländer wie zum Einsatz im eigenen Land eignet.

Die G 6 ist eine Weiterentwicklung der 155-mm-Kanone G 5, die jetzt auf einer Selbstfahrlafette mit einer Spitzengeschwindigkeit von 90 km/h einen direkten Einsatzradius von 400 km erreicht. In wenigen Minuten einsatzbereit, feuert das Geschütz auf eine Entfernung von bis zu 45 km mit vortrefflicher Zielgenauigkeit. Die Kanone eignet sich für die Bestückung mit atomaren Gefechtsfeldwaffen, die Südafrika im September 1979 im Südatlantik getestet hat. Rohrlauf, Geschosshülsen und Zielvorrichtung dieser Waffe wurden von der US-Firma Space Research Corporation entwickelt und nach Südafrika geschafft.

Es wird noch mehr aus den USA kommen: Südafrikas Außenminister R. Botha brachte jetzt sogar ein Abkommen zwischen Südafrika und den USA ins Gespräch, wonach Cruise Missiles in Südafrika stationiert werden sollen.² Bodengestützt haben diese Marschflugkörper eine Reichweite von 2.600 km – genau bis zum Äquator.

Auch im Inneren hat das Regime eine härtere Gangart eingeschlagen.

Die Repression richtet sich in erster Linie gegen die Befreiungskämpfer des ANC, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. 1982 sah Südafrika nochmals eine Ausweitung der Streikbewegung, deren Forderungen sich jetzt aber schon nicht mehr auf Lohnerhöhungen beschränken.

Zunehmend gab es Proteststreiks gegen die staatlichen Unterdrückungspraktiken, so nach der Ermordung des Gewerkschafters Dr. Neill Aggett. Politische Forderungen wie die Anerkennung der Gewerkschaften oder die Verbesserung der Arbeits- und Rentengesetzgebung sind an der Tagesordnung. Viele der Arbeitskämpfe waren von Anschlägen des militärischen Arms des ANC, Umkhonto we Sizwe, gegen bestreikte Firmen begleitet.

Mit der 2. Einigungskonferenz der Gewerkschaften im April 1982 setzte sich die allmähliche Überwindung der Zersplitterung der Arbeiterbewegung fort. Dies ist das derzeit vorrangige Ziel des faktisch illegalen, nicht-rassistischen Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (SACTU) und des ANC, der 1982 zum „Jahr der Aktionseinheit“ erklärt hatte.

Das in die Enge getriebene Regime schlug seinerseits mit Brutalität zu: Allein bei den Streiks der Bergleute im Witwatersrand im Sommer 1982 verschuldete die Polizei elf Tote und über 150 Verletzte; 300 Streikende wurden verhaftet; etwa 5.000 sog. Rädelsführer wurden entlassen und in ihre Bantustans deportiert.

Die Zahl der Verhafteten, Verbannten und der zum Tode Verurteilten erreichte 1982 einen neuen Höchststand. Allein im Raum Kapstadt wurden im November vergangenen Jahres über 2.000 Personen wegen Verstoßes gegen das Paßgesetz festgenommen, in der Mehrzahl Frauen und enge Verwandte von Wanderarbeitern, die bei diesen leben wollten. 1982 starben über 180 Personen in südafrikanischen Gefängnissen. Im November 1982 zählte man 96.246 Gefangene.³

Die Front der Weißen reißt auf. Es häufen sich die Fälle von Kriegsdienstverweigerung und die Strafen für solch „unpatriotisches“ Verhalten werden immer drakonischer. Es fehlen Soldaten.

Einzig mit der Begründung, nur so Namibia noch drei (!) Jahre gegen die „Terroristen“ der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) „verteidigen“ zu können, wurden 1982 die Reservedienstzeiten um fast ein Drittel verlängert.⁴

Der besondere Stolz der Armee sind die Eliteeinheiten, die selbst den Vergleich mit der Schnellen Eingreiftruppe Washingtons nicht zu scheuen brauchen und in denen auch europäische und US-amerikanische Söldner aktiv sind. Einen

speziellen Ruf hat diese Truppe seit dem Januar 1981, als eine Einheit Unterkünfte südafrikanischer Flüchtlinge in Matola/Moçambique überfiel und dabei 12 Personen ermordete.

In den frühen Morgenstunden des 9.12.1982 führten sie in Maseru/Lesotho ihren bisher blutigsten Auftrag aus (siehe Brief aus Lesotho). Nach dieser „Operation Blanket“ auf Flüchtlingsunterkünften wurden 42 Tote gezählt, darunter Frauen und Kinder. Viele der Opfer hatten präzise Kopfschüsse oder verbrannten durch Flammenwerfer. 31 der Toten waren geflüchtete Südafrikaner, darunter Mitglieder des ANC und des SACTU. 19 von ihnen waren bereits durch die Flüchtlingsbehörde der Vereinten Nationen anerkannt, in vier Fällen war ein entsprechender Antrag gestellt, die Restlichen waren jüngst nach Lesotho gekommen.

„Operation Blanket“ in Lesotho

Weltweit gab es kein Verständnis für die Verletzung der Hoheitsrechte Lesothos und noch weniger für die zynische Erklärung des südafrikanischen Oberbefehlshabers General Constand Viljoens, die Frauen und Kinder seien deshalb umgekommen, weil Sicherheitskräfte Lesothos und ANC-Mitglieder sich – gegen ihre Ermordung, sagte er nicht – mit Waffen gewehrt hätten.⁵

Damit nicht genug, kündigte Südafrikas Außenminister Pik Botha sogleich weitere Morde à la Maseru an: „Südafrika wird weitere vorbeugende Schläge gegen Terroristen-Stützpunkte in Lesotho und in jedem anderen Nachbarland unternehmen, falls diese auch in Zukunft Terroristen Unterschlupf gewähren, die in Südafrika eindringen, um Sabotageakte auszuführen.“⁶ Dazu hat sich Pretoria in einem Gesetz von 1976 selbst ermächtigt.

Das winzige, von Südafrika umschlossene und abhängige Lesotho ließ sich nicht einschüchtern, sondern bekräftigte sofort seine Bereitschaft, auch weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen – das sind allein in diesem Land mittlerweile immerhin 11.500 Südafrikaner.⁷ Ähnlich lauteten die Erklärungen aus anderen Frontstaaten.

Der ANC erklärte seinerseits, das große Opfer der Völker des Südlichen Afrika von heute werde ein Ansporn für ihn sein, „in allen Bereichen seine Offensive zur Vernichtung des verbrecherischen Apartheidregimes zu verdoppeln“.⁸ Diese Ankündigung machte die Befreiungsbewegung umgehend – am 16. Dezember 1982 – wahr.



Sommer 1982: Durchsuchung von Afrikanern in Pretoria (l.); streikende Bergleute in Witwatersrand

Dieser Tag ist von einiger Bedeutung in Südafrika. Die weiße Minderheit feiert an ihm den „Tag des Schwurs“, in Erinnerung an ein Gemetzel der Buren gegen die Zulus am seitdem so genannten Blood River im Jahre 1838. Für die afrikanische Bevölkerung ist er ein Trauertag zu Ehren der gefallenen Befreiungskämpfer. An diesem Tag erlebte Südafrika vor 21 Jahren die erste Aktion des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation).

Wenige Stunden vor Beginn des Jahrestages sprengten Umkhonto-Guerilleros eine Transformatorstation bei Vereeniging im Transvaal. Am Morgen wurde der Verräter B. Hlapane, ein ehemals führendes ANC-Mitglied, in Soweto hingerichtet.

Und fast zeitgleich zur Beisetzung der in Maseru Ermordeten gelang Umkhonto-Kämpfern am 19.12.1982 ihre bisher spektakulärste Aktion. Innerhalb von 12 Stunden zerstörten Haftminen einen der beiden 940-MW-Reaktoren im Kernkraftwerk Koeberg bei Kapstadt.⁹

Das kurz vor der Bestückung stehende Kraftwerk hätte etwa 10% des südafrikanischen Strombedarfs liefern sollen – aber nicht nur das: Kurz zuvor hatte Südafrikas stellvertretender Verteidigungsminister H.J. Coetsee erklärt: „Als Land mit nuklearem Potential wären wir dumm, es (das Kraftwerk; d. Verf.) nicht zu nutzen, wenn atomare Waffen als letzte Zuflucht unserer Selbstverteidigung gebraucht würden.“¹⁰

Noch am Tage des Koeberg-Anschlages erklärte das ANC-Büro in Dar-Es-Salaam, dieser Angriff zur Ehrung des 21. Jahrestages von Umkhonto we Sizwe belege, daß die Front des Befreiungskampfes in Südafrika und nicht etwa in den Nachbarländern verlaufe. Die Explosionen seien ein Gruß an „alle unsere gefallenen Helden und die inhaftierten Genossen“, namentlich die Toten von Maseru.

Die Aktion demonstrierte die Verwundbarkeit des ganzen volksfeindlichen Apartheidsystems, die Machtlosigkeit seiner Sicherheitsdienste und die gestiegene Kampfkraft des

Umkhonto we Sizwe (siehe Kasten).

Der Angriff auf Koeberg lag dabei noch im Rahmen der bisherigen Angriffsziele des Umkhonto: Eisenbahnen, Energieversorgung, Industrieanlagen, Verwaltungsgebäude, Polizei- und Militärstationen. Die Johannesburgener Rand Daily Mail bemerkte am 21.12.1982, daß die ANC-Kämpfer „die empfindlichsten Anlagen Südafrikas angreifen können, ohne das Leben der Menschen zu gefährden, deren Unterstützung sie anstreben.“

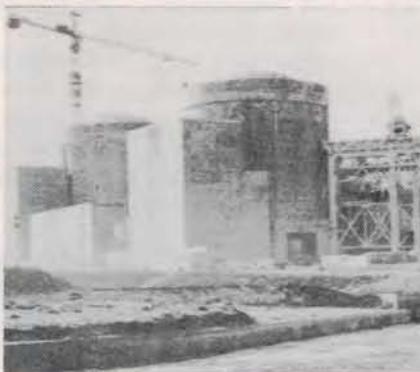
Oliver Tambo, amtierender Präsident des ANC, stellte bei der Trauerfeier für die Opfer des Maseru-Massakers fest, man habe den Kampf bisher „mit äußerster Zurückhaltung geführt, weil wir uns einer Moral verpflichtet haben, die selbst von vielen unserer Landsleute nicht verstanden wird. Diese fragen, warum nur Afrikaner sterben müssen. Ich sage ihnen, daß wir das in Zukunft nicht mehr hinnehmen werden.“¹¹

Der britische Guardian beschrieb die Stimmung der Unterdrückten in Südafrika am 11.12.1982 mit dem Zitat eines ANC-Mitglieds: „Wenn jedes Haus mit schwarzen südafrikanischen Flüchtlingen und einem Gewehr ein Militärstützpunkt des ANC ist, dann stellt doch nach derselben Logik jeder südafrikanische Haushalt mit einem Gewehr einen Militärstützpunkt der Apartheid dar.“

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Frankfurter Rundschau, 4.1.1983
- 2) Vgl. Granma, Havanna, 26.12.1982
- 3) Vgl. The Times, London, 1.12.1982 und International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 1.1.1983
- 4) Vgl. Rand Daily Mail, Johannesburg, 14.3.1982
- 5) Vgl. IHT, 16. und 10.12.1982; Time, 20.12.1982
- 6) Zit. nach: IHT, 23.12.1982
- 7) Vgl. IHT, 11.12.1982
- 8) Zit. nach: ANC-Informationsbulletin, Bonn, Nr. 13/1982
- 9) Vgl. The Guardian, London, 16.12.1982; IHT, 20. und 21.12.1982; Tageszeitung (TAZ), 22.12.1982
- 10) Zit. nach: Zambia Daily Mail, Lusaka, 21.12.1982
- 11) Zit. nach: The Times, London, 20.12.1982

ANC-Stellungnahme zum Anschlag auf das Atomkraftwerk Koeberg



Atomkraftwerk Koeberg (l.); Umkhonto-Kämpfer im Training

Mit einer seiner herausfordernden Taten, die Reife und Selbstbewußtsein des Umkhonto we Sizwe demonstriert, hat der bewaffnete Flügel des ANC wieder einmal einen erfolgreichen, gut vorbereiteten und gezielten Sabotageanschlag mit Haftminen am frühen Morgen des 19. Dezember 1982 bei Kapstadt ausgeführt, der an dem äußerst gut bewachten Multimillionen-Dollar-Atomkraftwerk Koeberg schweren Schaden anrichtete.

Dieser Anschlag geschah,

1. im Gedenken an das 21jährige Bestehen (von Umkhonto we Sizwe);
2. um alle feindlichen Darstellungen, daß der ANC und Umkhonto we Sizwe nur in den benachbarten Staaten existiere, zu widerlegen;
3. um alle unsere gefallenen Helden und die gefangenen Genossen, einschließlich derer des Maseru-Massakers, die heute Nachmittag beerdigt werden, zu ehren;
4. um noch einmal alle ausländischen Investoren zu warnen, was aus ihren Investitionen in Apartheid-Südafrika werden wird;

5. um die Verwundbarkeit dieses ganzen gegen das Volk gerichteten Apartheid-Staatsgebäudes und die völlige Machtlosigkeit der Sicherheitskräfte zu demonstrieren.

Es gibt kein feindliches Ziel, das unerreichbar ist für den Kampf unserer erfolgreichen Volksarmee Umkhonto we Sizwe. Der Anfang vom Ende des Apartheidsystems, das so viel unermeßliches Leiden von unserem schwarzen Volk, dem Volk von Namibia, Lesotho und anderen benachbarten Staaten gefordert hat, ist angebrochen.

„Die Dauer der Zeit der Sklaverei hängt vom unterdrückten Volk selbst ab!“

Vorwärts mit der Volksregierung unter dem Banner von ANC und der Volksarmee Umkhonto we Sizwe!

Dar-Es-Salaam, den 19.12.1982
Stanley Mabizela (Chefrepräsentant)

(Quelle: ANC-Informationsbulletin, Bonn, Nr. 13/1982)

Brief aus Lesotho

Im „Kreuzfeuer umgekommen . . .“

Es ist Zeit, fröhliche Weihnachten zu wünschen.

Wir haben gerade hautnah erlebt, wie sich ein Land, daß sich immer mit der Bibel rechtfertigt, barbarisch gegen andere Menschen, Länder und (insbesondere) Rassen äußert. Wir wollen Euch nicht das Weihnachtsfest verderben, sondern nur versuchen, Verhältnisse so zu schildern, wie sie sich für uns als Augenzeugen darstellen:

Seit Wochen läuft in der Presse Südafrikas eine Kampagne gegen seine Nachbarländer mit der Stoßrichtung, daß in diesen Ländern kommunistische Umtriebe stattfinden und Terrorakte vorbereitet werden. In Südafrika ist jeder Kommunist, der auch nur anzweifelt, daß die Apartheid die Lösung der Probleme im Südlichen Afrika ist. (...)

Vorgestern Nacht, als wir verhältnismäßig spät, gegen 1.00 Uhr, zu Bett gegangen waren, hörten wir ungewöhnliche Motorengeräusche und immer wieder Feuer von Maschinengewehren. Wir konnten uns nicht erklären, was los war. Am nächsten Tag fanden wir dann die Antwort. Es war einfach unvorstellbar!

In der Nacht vom 8. zum 9. Dezember fiel zwischen 1.00 Uhr und 2.00 Uhr eine südafrikanische Militäreinheit mit fünf Hubschraubern in die Hauptstadt des souveränen Staates Lesotho ein und griff insgesamt 12 private Häuser und Wohnungen an, in denen Flüchtlinge vermutet wurden. Dabei wurden 42 Männer, Frauen und Kinder auf bestialische Weise ermordet und die Häuser in Brand gesetzt. Neben Flüchtlingen, die dem Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas (ANC) angehörten, wurden auch viele völlig unbeteiligte Bürger Lesothos getötet.

In einer Wohnung, der Wohnblock ist direkt hinter unserem DED-Büro (Deutscher Entwicklungsdienst; d. Red.), wurde ein Mann erschossen. Seine Frau sprang vor Angst aus dem Fenster des dritten Stocks. Als sie unten landete, war sie eine leichte Beute für die Maschinenpistolen der Kommandotruppen. Bei dem Paar handelte es sich um Einheimische, die erst vor kurzem in die Wohnung eingezogen waren.

Südafrikas für dieses Massaker zuständiger General berichtete stolz über diesen „mordsmäßigen Erfolg“ und sagte, daß die ermordeten Unbeteiligten im „Kreuzfeuer“ umgekommen seien. Kinder von neun Jahren erschossen, nachts um 1.00 Uhr, im Kreuzfeuer?

Südafrika behauptet auch, die Kommandotruppen hätten Waffen in den Häusern gefunden – russische natürlich. Warum der ANC so dumm sein sollte, Waffen über südafrikanisches Gebiet nach Lesotho einzuschmuggeln, und wie die Kommandotruppen, die ja in Eile mordeten und brandschatzten, diese Waffen fanden, bleibt das Geheimnis der südafrikanischen Regierung, die davon überzeugt ist, vor der westlichen Welt alles rechtfertigen zu können, wenn sie nur laut genug schreit, es waren alles Kommunisten und Terroristen.

So wurde bereits vor Wochen in Zeitungsberichten Lesotho als ein Land aufgebaut, in dem die sowjetische Botschaft „intensive Terroristenunterstützung“ liefert. Irrsinnigerweise gibt es hier überhaupt keine sowjetische Botschaft, und auch sonst ist das Bild in Maseru eindeutig von allen möglichen westlich-kapitalistischen Ländern geprägt.



Einschußstellen am Tatort in Maseru

Viele der Flüchtlinge in Lesotho sind junge Menschen, die vor der Brutalität der südafrikanischen Polizei davonrannten, ihre Familien und Freunde zurücklassen mußten und meist erst durch die Flucht in die eine oder andere Richtung politisiert wurden. Echte ANC-Kader kommen erst gar nicht nach Lesotho oder werden gleich ausgeflogen, da für sie der Aufenthalt in dem von Südafrika eingeschlossenen Lesotho viel zu gefährlich ist.

Lesotho hat eine jahrhunderte alte Tradition in der offenen Aufnahme von Flüchtlingen. Sie werden hier akzeptiert, integriert und versuchen dann ein Leben zu führen wie alle anderen Bewohner. Einige der Opfer waren Arbeitskollegen von Entwicklungshelfern. Flüchtlinge suchen sich oft zu zweit oder zu dritt ein Zimmer und sind vollauf damit beschäftigt, mit den täglichen Problemen fertig zu werden; denn mit 85 DM von dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) im Monat, kann man hier nur in äußerster Armut leben.

Dies waren die „ANC-Hauptquartiere“, die Südafrika auslöschen mußte.

42 brutale Morde, Zerstörungen und die Verbreitung von Angst und Schrecken sind das Ergebnis der in den Buren tiefsteckenden Urangst, daß eines Tages die schwarze afrikanische Mehrheitsbevölkerung ihnen das antut, was sie mit „Gottes“ Unterstützung täglich den afrikanischen Menschen antun. (...)

Maseru, den 10. Dezember 1982 (Tag der Menschenrechte)

**Adressenänderungen bitte
rechtzeitig bekanntgeben!**

Luque Ferreira

Lesotho – Königreich von Pretorias Gnaden?



Der Briefverkehr mit dem Ausland ist Glücks- und Meinungssache. Die Post wird über Johannesburg abgewickelt, und da verschwindet schon mal, was Südafrika nicht nach Lesotho hineinlassen bzw. von da herauslassen will.

Die Abhängigkeit des vom großen Nachbarn gänzlich eingeschlossenen Landes ist hier alltäglich sichtbar, und sie hat Tradition: Von 1871 bis 1884 war das damalige Basutoland sogar Teil der Kapkolonie. Als kurz vor der 1966 erlangten Unabhängigkeit eine progressive Regierungsbildung drohte, bauten Südafrika, Großbritannien und die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU die Nationale Partei Basutolands (BNP) auf. Sie gewann die Wahlen von 1965. Nach der Unabhängigkeit und der Etablierung einer konstitutionellen Monarchie nach britischem Muster wurde der BNP-Vorsitzende Leabua Jonathan Ministerpräsident.

Unter dem Etikett „realistische Politik“ ließ sich L. Jonathan als einer der wenigen Staatschefs südafrikanischer



Ministerpräsident Leabua Jonathan

Nachbarländer auf dessen „Dialogpolitik“ ein. Die Posten des Polizeichefs und des Obersten Richters erhielten Südafrikaner.

Die Verfolgung der 1962 gegründeten Kommunistischen Partei und der Kongreßpartei von Basutoland (BCP), die eine radikale Loslösung von Südafrika und die Unterstützung des Befreiungskampfes im Südlichen Afrika forderten, begann.

Dennoch zeichnete sich bei den Wahlen von 1970 ein Sieg der BCP ab. Auf Anraten von Dr. O. Bamhaver, damaliger Filialleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Hauptstadt Maseru, verhängte L. Jonathan kurzerhand den Ausnahmezustand und erklärte die Wahlen für ungültig.¹ König Moshoeshoe II. wurde vorübergehend ins Exil geschickt und die Verfassung außer Kraft gesetzt. Die Kommunistische Partei und die BCP wurden verboten.

Nach dem Sieg der Befreiungsbewegungen in Angola und Moçambique Mitte der 70er Jahre paßte sich der taktisch gewiefte L. Jonathan außenpolitisch den verstärkt antirassistischen Positionen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) an, und zwar nicht nur verbal: Flüchtlinge aus Südafrika wurden aufgenommen und nicht mehr wie früher sofort abgeschoben.

Wirtschaftlich ein Anhängsel Südafrikas

Als Südafrika 1976 mit Lockungen und Drohungen die staatliche Anerkennung des Bantustans Transkei erzwingen wollte, weigerte sich Lesotho. Südafrika schloß prompt die Grenzen, Lesotho wandte sich mit dramatischen Hilfsappellen u.a. an die UNO. Aber selbst die 46 Hilfsprojekte der UNO waren nur Tropfen auf den heißen Stein.

Die Wirtschaft Lesothos ist total von Südafrika abhängig.² Zwischen 1/4 und 1/3 der arbeitsfähigen Bevölkerung muß sich als Wanderarbeiter in der südafrikanischen Industrie verdingen. Sie überweisen trotz dortiger Hungerlöhne erheblich mehr Geld, als ihr Heimatland durch Exporte einnimmt. Noch als wichtigste Industrie muß die Diamantenmine Latseng-la-Teraï des südafrikanischen De-Beers-Konzerns in den Maloti-Bergen genannt werden. Aber nur 25% von deren Gewinn gehen an die Regierung in Maseru.

Der Großteil des Stroms, der in dem von Südafrika gebauten Wasserkraftwerk Oxbow erzeugt wird, muß nach Südafrika exportiert werden, um Importe zu bezahlen. Der Wert der Importe übertraf in den letzten Jahren den der Exporte durchschnittlich um das Vierfache. 75% der Importe und 90% der Exporte entfielen auf Südafrika. Ein Devisenbringer besonderer Art ist der Tourismus: Es kommen vor allem Kurzurlauber aus Südafrika, um sich hier mit dem zu vergnügen, was zu Hause verboten ist: Roulette, Video-Pornos und schwarze Frauen.

Über 80% der Bevölkerung müssen von der kargen Landwirtschaft leben. Nur etwa 15% des Bodens in dem hochgelegenen, ständig von Frösten und Trockenheit bedrohten Land werden bebaut. Die extensive Viehwirtschaft führt zur weiteren Erosion der Böden. Für großangelegte Bewässerungssysteme, für Düngemittel und Maschinen, für die Nutzung der gewaltigen Wasserkraftreserven usw. ist kein Geld da. Die Auslandsverschuldung des Staates hat sich von 1970 bis 1980 auf 71 Mio Dollar verneunfacht.

Lesotho ist eines der ärmsten Länder der Welt. 3/4 des Staatshaushaltes werden durch andere Staaten aufgebracht. Besonders Großbritannien, die USA und die BRD sind hier recht spendabel. Die Weltbank sprang 1977 und 1979 mit Krediten von 2,2 bzw. 4 Mio Dollar ein – natürlich nicht ohne unsoziale Auflagen. Derzeit wird über die Bedingungen eines weiteren 7-Mio-Dollar-Kredites verhandelt.³ Die UNO steuerte mehrmals aus verschiedenen Hilfsfonds Gelder bei. In der Vergangenheit erwiesen sich die festgefahrenen traditionellen politischen und sozialen Strukturen als bedeutender Hemmschuh. Das zwang die Regierung Anfang der 70er Jahre zu einer innenpolitischen Öffnung bzw. ansatzweisen Liberalisierung. Man nahm Verhandlungen mit der BCP auf, einige ihrer Vertreter kamen aus dem Exil zurück und wurden in die Regierung Jonathan aufgenommen.

LLA-Terroristen im Dienst Südafrikas

Darüber spaltete sich die BCP. Nach einem geplatzten Kongreß im Dezember 1973 versuchten sektiererische Kräfte unter der Führung von Ntsu Mokhehle, die jede Möglichkeit der progressiven Nutzung der neuen politischen Spielräume unter L. Jonathan verneinten, einen dilettantischen Aufstand. Er wurde niedergeschlagen.

Wieder im Exil, spaltete sich die BCP bis zur Unkenntlichkeit. Die verschiedenen Gruppen schlossen sich gegenseitig aus der Partei aus. Einige kehrten nach einer Amnestie 1980 nach Lesotho zurück. N. Mokhehle hat sich unterdessen auf die Seite der Südafrikaner geschlagen und mit deren Hilfe die Befreiungsarmee Lesothos (LLA) aufgebaut.

In Südafrika stationiert, ausgebildet und bewaffnet, macht die LLA seit 1979 durch Terroranschläge von sich reden.⁴ Sie sprengte nicht nur Hochspannungsmasten, überfiel Polizeistationen und entführte Bauern. Sie übernahm 1982 die Verantwortung für die Morde an Arbeitsminister J. Rampeta, hohen Regierungsbeamten und selbst an einigen der jüngst zurückgekehrten BCP-Oppositionellen in Lesotho.

Weitere Persönlichkeiten wie L. Jonathan, Agrarentwicklungsminister Lekhooana Jonathan, Wirtschaftsminister Peete N. Peete und Ben Masilo, Vorsitzender des Kirchenrates, entgingen nur mit Glück LLA-Anschlägen. Augenzeugen



Teppiche – eine Attraktion für südafrikanische Touristen

des südafrikanischen Massakers in Maseru im Dezember 1982 berichten, LLA-Leute hätten die Kommandos zu den Unterkünften der südafrikanischen Flüchtlinge geführt. In dieser Situation des allgemeinen Terrors verschob die Regierung Jonathan einmal mehr die für die nähere Zukunft angekündigten Wahlen zu einer Nationalversammlung, welche eine neue Verfassung beraten soll. Bedingung für eine Neuansetzung sei, daß die LLA ihre Angriffe einstelle.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Sunday Times, Johannesburg, 17.11.1974
- 2) Die folgenden Angaben wurden zusammengestellt nach: Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1982, Washington 1982; Fischer Weltalmanach 1983, Frankfurt 1982; Frankfurter Rundschau, 14.7.1980
- 3) Vgl. Financial Mail, Johannesburg, 3.9.1982
- 4) Vgl. u.a. New African, London, September 1982; The Chronicle, Harare, 15.8.1982; Rand Daily Mail, Johannesburg, 25.9.1982; The Star Weekly, Johannesburg, 27.9.1982; Tageszeitung (TAZ), 21.12.1982

Demokratische Erziehung

Unser Thema im Mai:

Referendare vor der Arbeitslosigkeit

Wie reagieren Referendare auf die „Null-Lösung“ bei der Lehrereinstellung? Wie organisieren sich arbeitslose Lehrer? Was tut die GEW? Wie sieht der Referendaralltag aus? Ist der Lehrereinstellungsmarkt planbar? Gibt es alternative Beschäftigungsmöglichkeiten? Solidarität der Planstelleneinhaber: vierprozentige Gehaltskürzung? Und: Das Oberstufenurteil und die Allgemeinbildung. Die Verantwortung demokratischer Lehrer für die Ausländerkinder. Dokumentation: Begabungsdiskussion in der DDR.

Das alles für vier Mark – und dazu

Das große Referendarspiel:

Ein Würfelspiel auf DIN-A 2-Karton, mit ausführlicher Spielanleitung, Spielen und Lernen für Lehramtsanwärter und alle, die es werden wollen.

Heft 3/82 der Demokratischen Erziehung mit dem Referendar- und Arbeitslosenschwerpunkt und das Referendarspiel zusammen gibt es für vier Mark.

Wie man's macht: Bestellabschnitt zusammen mit 4,- DM in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck einsenden, oder 4,- DM pro Spiel und Heft überweisen auf PSchA Köln 2809 90-503, Pahl-Rugenstein Verlag, 5000 Köln 51. Absender und Stichwort „DE+Refi-Spiel“ auf den Empfängerabschnitt schreiben! An: Pahl-Rugenstein Verlag Gottesweg 54, 5000 Köln 41

Pahl-Rugenstein



Yusuf Dadoo

Krise des Apartheidsystems – Ansporn für die Befreiungskämpfer



Autor Yusuf Dadoo (l.) mit dem verstorbenen Agostinho Neto

Die innere Krise des Apartheidsystems Südafrikas und der anschwellende Kampf der traditionsreichen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) sind die zentralen Themen des folgenden Beitrags. Sein Verfasser, Yusuf Dadoo, spielte bereits in der Kongreßbewegung der 50er Jahre als Präsident des Indischen Nationalkongresses (INC) eine herausragende Rolle. Y. Dadoo ist heute Vorsitzender der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP). Über die Einschätzung der Krise der Apartheid, der Anpassungsversuche des Regimes und der wesentlichen sozialen Träger des heutigen Widerstandskampfes hinaus enthält der Beitrag bemerkenswerte grundsätzliche Aussagen zur Strategie des Befreiungskampfes in Südafrika.

Der Beginn der 80er Jahre war in unserem Lande durch einen neuen machtvollen Aufschwung des Volkskampfes gegen das Apartheidregime gekennzeichnet. Dieser Kampf entfaltet sich vor dem Hintergrund einer tiefen ökonomischen, politischen und ideologischen Krise, die die Grundfesten des herrschenden Systems erschüttert. Buchstäblich kein Tag vergeht, an dem es zwischen den Machthabern und den Opfern ihrer Unterdrückungs- und Diskriminierungspolitik nicht zu heftigen Kollisionen kommt. Die revolutionäre Unruhe ist überall zu spüren: in den Fabriken und Bergwerken, auf den Farmen und in den Schulklassen, in den Bantustans und in den städtischen Gettos der schwarzen Bevölkerung.

Eine Besonderheit der jetzigen Etappe der Befreiungskämpfe ist die enge Verbindung und gegenseitige Verflechtung verschiedener Kampfformen: der bewaffneten Operationen der Kampfabteilungen des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation, bewaffneter Arm der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß; d. Red.), der erstarkenden Streikbewegung, der Massenaktionen der Schuljugend, der Protestaktionen des unterdrückten Volkes in den Elendsiedlungen der Schwarzen, der organisierten politischen Kampagnen. Strategisch gesehen, haben zweifellos die Unterdrückten die Initiative ergriffen.

Das Anwachsen des Volkswiderstandes ist nicht dem Wirken eines beliebigen Faktors zuzuschreiben. Qualitativ neue politische und materielle Bedingungen für die Befreiungskämpfe in Südafrika haben sich mit dem Sieg der Völker Angolas und Moçambiques (1974/75; d. Red.) ergeben. Dieser Sieg übte eine tiefgreifende psychologische Wirkung auf die Masse der Südafrikaner aus und gab ihnen die Zuversicht, daß die Freiheit schon zu Lebzeiten der heutigen Generation

errungen werden kann.

Diese Zuversicht festigte sich noch mehr nach dem Sturz des Smith/Muzorewa-Regimes in Zimbabwe (1980; d. Red.), der die Positionen der Rassisten im Süden Afrikas ernsthaft schwächte. Die zunehmende internationale Solidarität mit den Patrioten Südafrikas verleiht der schwarzen Mehrheit des Landes neue Energie und verstärkt die Isolierung der Machthaber Pretorias.

Die Hauptsache ist jedoch, daß das unterdrückte Volk sich entschieden weigert, auf die alte Weise weiterzuleben. Es lehnt die bestehenden Zustände um so kategorischer ab, als es im Grunde genommen ja keine andere Wahl hat: Droht den Teilnehmern der regierungsfeindlichen Aktionen der Tod durch die rassistischen Henker, so ereilt er infolge von Entbehrungen, Hunger und Krankheiten auch diejenigen, die kapituliert und sich gebeugt haben.

Die brutale, alle Lebensbereiche durchdringende rassistische Unterdrückung bildet objektiv die Grundlage für die Vereinigung eines breiten Spektrums sozialer Klassen und Schichten – von Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Intelligenz und kleinen Unternehmern – im Kampf gegen die Tyrannei der herrschenden weißen Minderheit. An der Spitze der Front der Kämpfer für den Sieg der nationaldemokratischen Revolution steht der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas (ANC) – die Vorhutbewegung, der Afrikaner, Mischlinge, Asiaten sowie der mutigste, weitsichtigste und zutiefst von demokratischen Ideen durchdrungene Teil der Weißen angehören.

Der ANC, die älteste nationale Befreiungsbewegung auf dem afrikanischen Kontinent, die vor kurzem ihren 70. Jahrestag beging, genießt beispiellosen Einfluß und außerordentliche Autorität unter den Volksmassen. Seine Rolle bei der Lenkung der Geschehnisse des Landes wird heute weder von Freunden noch von Feinden bestritten, die von ihm geführte Bewegung ist die einzige reale Alternative zum bestehenden Regime. Obwohl die Machthaber den ANC verboten haben, konnten sie seinen Einfluß auf die Massen nicht schwächen. Das beweist die volle Unterstützung der Werktätigen für das Programm, die strategischen und taktischen Ziele, die Losungen und Initiativen des ANC. Wer im Gespräch einer Erörterung der Aktionen des ANC ausweicht, sich nicht mit dessen Kampf solidarisiert, macht sich zwangsläufig verdächtig und wird verachtet.

Von Tag zu Tag breiter wird die Kampagne für die Befreiung des Führers des ANC, des namhaften Funktionärs des nationalen Kampfes in Südafrika, Nelson Mandela, der nun schon zwei Jahrzehnte lang in den rassistischen Kerkern schmachtet. Sogar die den Weißen gehörenden Presseorgane gestehen ein, daß dieser mutige Kämpfer nach wie vor in unserem Lande der populärste Politiker ist.

Umkhonto-Kämpfer „wie Fische im Wasser“

Das Volk unterstützt aktiv den bewaffneten Kampf, der vom militärischen Flügel des ANC – Umkhonto we Sizwe – geführt wird. Großangelegte Kampfoperationen, in erster Linie gegen Rüstungsbetriebe und strategische Objekte, sind alltäglich geworden. Die Aktionen haben nicht immer rein militärischen Charakter. Zuweilen verfolgen sie auch andere, sozusagen propagandistische Ziele. Als Beispiel sei die Explosion von mit Flugblättern gefüllten Bomben in Menschenansammlungen – in Handelszentren, auf Bahnhöfen u.a. – genannt. Die Abteilungen des Umkhonto we Sizwe haben bewiesen, daß sie in der Lage sind, länger Zeit selbständig zu operieren. Sie unterhalten zuverlässige Verbindungen zum Oberkommando und koordinieren ihre Operationen im Landesmaßstab. Ihre Kämpfer fühlen sich in den Massen buchstäblich wie Fische im Wasser – die Einwohner helfen ihnen, verbergen sie und versorgen sie mit allem Notwendigen. Ohne diese Massenbasis könnte die Volksbefreiungsarmee nicht existieren. Da sie aber über eine solche Basis verfügt, kann sie von Tag zu Tag ihr Potential, ihre Operativität und Kampfkraft erhöhen.

Im großen Block derjenigen, die sich der rassistischen Willkür entgegenstellen, kommt der Arbeiterklasse – der Haupttriebkraft des revolutionären Prozesses in Südafrika, dem mächtigsten Gegner der Rassisten – die führende Rolle zu. Diese Rolle ergibt sich objektiv aus ihrer gesellschaftlichen Stellung. Die Überausbeutung des schwarzen Proletariats mit außerökonomischem Zwang ist das Fundament, worauf die gesamte bürgerlich-rassistische Struktur des Apartheidregimes beruht.

Die diskriminierende Arbeitsgesetzgebung und das künstliche Herabdrücken des Wertes der Arbeitskraft der afrikanischen Werktätigen ermöglichen es, das Verhältnis zwischen notwendigem und Mehrprodukt auf einem Niveau zu halten, das für die imperialistischen Monopole so günstig wie in keinem anderen kapitalistischen Industrieland oder Entwicklungsland ist. Investitionen in der Republik Südafrika (RSA) fließen in ganz kurzer Zeit zurück, und die höchste Profitrate in der Welt wird erzielt. Daher nimmt es nicht wunder, daß der Weltimperialismus, vor allem die USA-Imperialisten, über die Festigung der Zusammenarbeit und des Bündnisses mit den rassistischen Machthabern Pretorias so frohlockt.¹

Die herrschende Klasse fürchtet die organisierte, geschlossene Arbeiterbewegung wie das Feuer. Bemühungen, die Ausbeuteten zum Kampf um ihre Forderungen und Rechte zu mobilisieren, stoßen sofort auf verbissenen Widerstand. Die Machthaber betreiben hartnäckig eine Politik der Spaltung der Werktätigen, wobei sie deren unterschiedliche nationale, Rassen- und Stammeszugehörigkeit ausnutzen.

Die einzige kämpferische Gewerkschaftsvereinigung unseres Landes, in der wahrhaft alle Rassen vertreten sind, ist der Südafrikanische Kongreß der Gewerkschaften (SACTU). Er wurde vor mehr als 25 Jahren gegründet, war formell niemals verboten, wirkte aber praktisch immer illegal. Viele Tausende seiner Mitglieder wurden bei Streiks Opfer brutaler Polizeirepressalien, Dutzende Führer wurden verhaftet, gefoltert und starben einen qualvollen Tod. Aber das Gewerkschaftszentrum verteidigte konsequent die Klasseninteressen der Werktätigen und kämpfte entschlossen gegen das Apartheidregime. Als Verbündeter des ANC im Befreiungskampf leistet der Südafrikanische Kongreß der Gewerkschaften eine große Arbeit, um die verschiedenen Abteilungen des Proletariats zu organisieren und zusammenzuschließen. Er unternimmt große Anstrengungen, um gemeinsame Aktionen zustande zu bringen und die Zersplitterung zu überwinden. Diese Tätigkeit erlangt angesichts der realen Situation in der Arbeiterbewegung unseres Landes besonders große Bedeutung. Bis heute sind die weitaus meisten weißen Arbeiter leider von Rassenvorurteilen infiziert. Da sie gegenüber ihren schwarzen Klassenbrüdern offensichtliche Privilegien genießen, unterwerfen sie sich ihrerseits der Ausbeutung durch das Großkapital und die imperialistischen Monopole. Der Kampf für die Säuberung ihrer Hirne vom Gift des Chauvinismus wird lange Zeit in Anspruch nehmen und nicht leicht sein.

Arbeiterbewegung – Hauptkraft gegen das System

Trotz dieser Hindernisse und anderer ungünstiger Faktoren nehmen die proletarischen Aktionen jedoch zu. 1980 fanden über 200 Streiks statt (doppelt soviel wie im Jahr zuvor). 1981 wurden offiziell bereits 342 und in der ersten Hälfte dieses Jahres 182 Streiks registriert. Die Streikteilnehmer forderten höhere Löhne, die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschaftsführer, die Anerkennung der von den Arbeitern geschaffenen Gewerkschaftsorganisationen sowie der von ihnen mit den Unternehmern geschlossenen Tarifverträge. Der neue Aufschwung der Streikbewegung ist gekennzeichnet durch größere Hartnäckigkeit und Organisiertheit, durch das gewachsene Vertrauen der Werktätigen in die eigene Kraft und dadurch, daß sie selbst angesichts brutaler Repressalien nicht gewillt sind aufzugeben. Ein relativ neuer und sehr wirksamer Faktor ist die effektive Unterstützung der Kampfaktionen der Arbeiterklasse durch breite Bevölkerungsschichten. Die Einwohner erweisen den Streikenden finanzielle und andere Hilfe, vereiteln die Versuche, Streikbrecher zu werben, boykottieren die Produktion von Firmen, die den Forderungen der Streikenden nicht entgegenkommen wollen.

Enger werden die Verbindungen der Industriearbeiter zu Schülern und Studenten, die mit den Streikenden gemeinsam an Solidaritätsmeetings teilnehmen, Mittel für sie sammeln und dafür agitieren, den proletarischen Kampf zu unterstützen. In der Erklärung eines Studentenkomitees wurde unterstrichen: „...die Studenten und die Öffentlichkeit ... begreifen, daß die reale Kraft die Arbeiter sind, die auch das Recht haben, grundlegende Forderungen zu stellen.“

Angesichts der wachsenden Kampfkraft des afrikanischen Proletariats mußte das Rassistenregime seine Haltung gegenüber den Gewerkschaftsorganisationen der Werktätigen schwarzer Hautfarbe etwas revidieren. Der vom Arbeitsministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf gewährt den nichtregistrierten Gewerkschaften,² die keinen

„legalen Status“ haben, das Recht, an „betrieblichen Konflikten“ teilzunehmen. Damit wird offen eingestanden, daß weder die Behörden noch die Unternehmer die nichtregistrierten Gewerkschaften länger ignorieren können.

Das Rassistenregime sucht jegliche politische Betätigung der Gewerkschaftsbewegung zu unterbinden. Aber in Südafrika, wo die afrikanischen Arbeiter im Grunde jeglicher Rechte beraubt sind, führt praktisch jede Forderung – ob es sich um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, um Lohnerhöhungen oder um die Veränderung der Stellenvermittlung usw. handelt – zum Konflikt mit den rassistischen Behörden und nimmt unvermeidlich eine politische Färbung an. In dieser Situation können sich die Gewerkschaften, wenn sie ihre Rolle als Instrument zur Verteidigung der Interessen der unterdrückten Werktätigen wahren wollen, nicht aus der Politik heraushalten.

Der Lauf der Ereignisse zeigt: Obwohl die weiße Minderheit bislang in den Schlüsselbereichen des sozialen, ökonomischen und politischen Lebens immer noch die Herrschaft ausübt, gelingt es ihr schon nicht mehr, das Denken der Arbeiter schwarzer Hautfarbe unter Kontrolle zu halten, und es wird für sie immer schwieriger, deren Aktionen zu kontrollieren. Der Gigant, der nicht in den Ketten der Sklaverei verschmachten will, richtet sich auf und erschüttert die Grundfesten des Apartheidsystems, dessen Beständigkeit den kritischen Punkt erreicht hat.

Angesichts der sozialökonomischen Krise einerseits und der zunehmenden Stärke und Reife der nationalen Befreiungsbewegung und der Arbeiterbewegung andererseits sind die Machthaber Pretorias gezwungen, auf einigen Gebieten zum Rückzug zu blasen.

In den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre, d.h. in der Zeit des Wirtschaftsbooms, erregte die strenge Trennung der Werktätigen

Südafrikas Wirtschaft in der Krise

„Südafrika hat eine stabile Regierung, und seine Wirtschaft ist eine der am schnellsten wachsenden der Welt.“ Wer in solch euphorischen Tönen sein Land anpreist – wie hier die Informationsabteilung der südafrikanischen Botschaft in einer Anzeigenkampagne im September letzten Jahres – hat es offensichtlich nötig.

Nach einer langen Wachstumsperiode, in der das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um etwa 4% (1970 ff.) gestiegen war und 1980 nochmals um 8% angezogen hatte, ist Südafrikas Wirtschaft jetzt in einer tiefen Rezession. Nach einer Verlangsamung des Wachstumstempos auf ca. 4,5% im Jahre 1981 und auf noch weniger im Jahre 1982 (die endgültigen Ziffern liegen noch nicht vor), prophezeit das Büro für Wirtschaftsforschung in Stellenbosch/Südafrika für 1983 eine Stagnation oder sogar einen Rückgang in nahezu allen Wirtschaftszweigen.

Die Kehrseite dieser Krisenentwicklung ist eine schnell anwachsende Arbeitslosigkeit, deren offizielle Rate für die Schwarzen mit 8% angegeben wird. Inoffizielle Schätzungen sprechen aber von 20-26%. Die Inflationsrate liegt gegenwärtig schätzungsweise bei 15%.

Verantwortlich für diese Entwicklungen waren neben den allgemeinen Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise vor allem zwei Faktoren. Der für Südafrikas Handels- und Zahlungsbilanz stark mitentscheidende Goldpreis fiel von seinem Höchststand von etwa 800 Dollar pro Unze 1979 auf nur noch 300 Dollar Mitte 1982 ab. Die südafrikanische Zahlungsbilanz wies folglich 1981 ein Soll von 3,9 Mrd Rand auf (1 R = 1,2 DM, Stand November 1982), in den ersten beiden Quartalen 1982 sogar von 6,9 bzw. 5,4 Mrd Rand.

Zur Überbrückung dieser Zahlungsengepässe gewährte der Internationale Währungsfonds der Republik Südafrika Anfang November 1982 entgegen dem Votum der UN-Vollversammlung (einzige Gegenstimmen: USA, BRD, Großbritannien) einen Kredit von 1,07 Mrd Dollar (siehe AIB 1/1983, S.54).

Die südafrikanische Finanzkrise hängt indessen auch mit bestimmten Strukturveränderungen im Bereich der ausländischen Investitionen zusammen. Diese hatten Ende 1979 eine Gesamthöhe von 23 Mrd Rand erreicht (Hauptinvestorländer: USA, Großbritannien, BRD). Im Gefolge der politischen Unsicherheit seit dem Soweto-Aufstand 1976 hat das Auslandskapital den Schwerpunkt seiner Aktivitäten mehr und mehr von Direktinvestitionen auf kurz- und mittelfristige Kredite verlagert.

Die Warenimporte nach Südafrika können so weiterhin auf hohem Niveau gehalten werden. Allein die Bundesrepublik erzielte im Handel mit der Rassistenrepublik 1981 einen Exportüberschuß von 3 Mrd DM.

nach dem Rassenmerkmal, bei der Arbeiten, die eine berufliche Qualifikation erfordern, sowie Verwaltungs- und Leitungsfunktionen nur Weißen vorbehalten waren, weder bei der einheimischen noch bei der ausländischen Monopolbourgeoisie ernsthaftes Mißfallen. Heute aber müssen vor allem die großen Kapitalisten erkennen, daß die drakonischen rassistischen gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften, die den Afrikanern den Zugang zur Technik und zur Qualifizierung versperren und der Mobilität der Arbeitskräfte Fesseln anlegen, eindeutig die Suche nach einem Ausweg des Landes aus der Krise erschweren.

Die Situation verschärft sich durch den akuten Mangel an Arbeitern mit hoher und mittlerer Qualifikation. Obwohl in der RAS rund 700.000 Fachleute fehlen, haben über 2 Mio Afrikaner – ein Fünftel der erwerbsfähigen schwarzen Bevölkerung – überhaupt keine Arbeit. Die Afrikaaner-Bourgeoisie, die englischsprachenden Unternehmer³ sowie die ausländischen Investoren sind daran ininteressiert, die Mobilität der afrikanischen Arbeitskräfte, das Niveau ihrer Ausbildung und den Nutzeffekt ihrer Arbeit zu erhöhen und sie zu Fachkadern auszubilden.

Doch alle Versuche, in dieser Richtung voranzukommen, stoßen auf die berüchtigten rassistischen Festlegungen, nach denen es den Afrikanern bis auf den heutigen Tag untersagt ist, bestimmte qualifizierte Arbeiten auszuführen, sowie auf den Widerstand der weißen Gewerkschaften, die in der Verbesserung der Lage des afrikanischen Proletariats eine Gefahr für die großen Privilegien der weißen Arbeiter und des Kleinbürgertums erblicken.

Jetzt setzen sich südafrikanische Geschäftskreise und die deren Interessen zum Ausdruck bringenden Organisationen, wie beispielsweise der Nationalfonds für Entwicklung und Leitung, die Bundesindustriekammer, die Vereinigung der Handelskammern u.a. immer beharrlicher für ein Minimum an politischen Reformen ein, die das Anwachsen der sozialen Konflikte stoppen und die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft mildern könnten.

Aufschlußreich ist die Erklärung Mike Rosholts, des Chefs der größten Industriegesellschaft der RSA, Barlow Rand. Seinen Worten nach wächst unter den Vertretern des südafrikanischen Business die



Mutter und Kind in einem Bantustan

Solidaritätsprojekt Morogoro



Nach den Soweto-Unruhen vom Sommer 1976 stieg besonders die Zahl der ins benachbarte Ausland geflüchteten südafrikanischen Schüler. Daher begann der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) 1978 in der Nähe der tanzanischen Stadt Morogoro mit dem Aufbau einer Schule, in der – ganz anders als in Südafrika – vor allem Naturwissenschaften und die Geschichte des afrikanischen Volkes gelehrt werden und parallel berufspraktische Bildung vermittelt wird.

In diesem „Solomon Mahlangu Freedom College“, benannt nach dem 1979 hingerichteten 22jährigen ANC-Freiheitskämpfer, werden in Grund-, Mittel- und Oberstufe derzeit 450 Schülerinnen und Schüler zur Hochschulreife geführt; bis 1984 sollen es schon 2.000 sein. Dazu ist nicht nur der Ausbau von Lehr- und Wohnräumen notwendig, sondern auch der Aufbau einer Bibliothek, eines Freizeit- und Gesundheitszentrums, einer Ganztagskrippe, eines Kindergartens, eines Kinderzentrums für alleinstehende Mütter usw. Bisher aber fehlt es an schier allem, selbst einfache Lehrmittel sind oft Mangelware.

Seit 1978 unterstützt das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) das Schulprojekt in Morogoro mit einer Spendensammlung. Helfen Sie mit beim Bau einer Schule für südafrikanische Flüchtlingskinder!

Spenden Sie für die Schule des ANC in Morogoro! Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Nr. 527055-602, PschA Frankfurt/M.; Kennwort „Schule in Morogoro“

Überzeugung, „daß Rassendiskriminierung und Wirtschaftswachstum unvereinbar sind und daß die Diskriminierungsmaßnahmen aufgehoben werden müssen, wenn Stabilität und ein annehmbares Wachstumstempo der Wirtschaft erreicht werden sollen“.⁴ An dieser Art Reformen sind auch einflußreiche ausländische Kapitalinvestoren⁵ interessiert, die über die brisante Lage in Südafrika, welche ihre Interessen gefährdet, ernsthaft beunruhigt sind.

Die einheimischen wie auch die ausländischen Kapitalisten sind besorgt, weil die Arbeiter und die anderen Schichten der Unterdrückten immer häufiger ihre bedauernswerte Lage, ihre überaus schweren Lebensbedingungen in direkten, ursächlichen Zusammenhang mit dem kapitalistischen System insgesamt bringen. Daher die sozialen Manöver, um einen bestimmten Teil der afrikanischen Bevölkerung an der Erhaltung des Systems und seiner Verteidigung zu interessieren. In den vergangenen Jahren wurde nach und nach eine Zwischenschicht schwarzer Kollaborateure zusammengestellt. Diese Rolle ist der Verwaltungselite in den Bantustans und bestimmten Gruppen der Mittelschichten zugeordnet.

Parallel dazu läuft eine Kampagne, die die Aktionseinheit der afrikanischen Mehrheit untergraben soll. An ihrer Spitze steht der Premierminister der RSA, Pieter Botha. Ende Juli 1982 unterbreitete er der Öffentlichkeit eine neue Variante von Vorschlägen zur berüchtigten „Verfassungsreform“.

Vorgesehen ist die Bildung von drei nach dem Rassenprinzip getrennten „Parlamenten“ – für Weiße, Mischlinge und Asiaten.⁶ Diese werden den Präsidenten des Landes wählen, der mit sehr umfassenden Vollmachten ausgestattet wird. Dafür wird ein Wählerkollegium gebildet, dem 50 Weiße, 25 Mischlinge und 13 Asiaten angehören, die von den „Parlamenten“ der entsprechenden Rassengruppen gesondert aufgestellt werden.

Jede der „gesetzgebenden Versammlungen“ wird sich nur mit den Fragen befassen, die die Interessen der von ihr vertretenen Gruppe betreffen. Das Recht, zu entscheiden, was zum Bereich der allgemeinen Interessen gehört und was nicht, hat der Präsident. Auf diese Weise erhält er die Möglichkeit, die gesetzgeberische Tätigkeit aller drei „Parlamente“ voll und ganz zu kontrollieren.

Vorgeschlagen wird ferner, einen neuen Präsidentsrat zu schaffen, dessen Mitglieder zum Teil gewählt und zum Teil ernannt werden. Aufgabe des Rates ist es, die Tätigkeit des Präsidenten „zu lenken“ und endgültige Entscheidungen zu treffen, wenn die drei einzelnen Kammern bei einem Gesetzentwurf zu einer Frage von anscheinend allgemeinem Interesse zu keiner Einigung gelangen können.

Völlig klar ist, daß die „Reform“ nicht mehr als ein Manöver ist, um sich des Beistands der Mischlinge und der Asiaten zu versichern und



Die schwarzen Männer müssen in den weißen Industriezentren arbeiten und kommen nur selten nach Hause

mit Hilfe neuer, ausgeklügelter Mechanismen auch weiterhin die Herrschaft der weißen Minderheit im ökonomischen, politischen und geistigen Leben aufrechtzuerhalten. Die Vorschläge Pieter Bothas – und das ist die Hauptsache – ignorieren gänzlich die Existenz der Afrikaner, d.h. von 70 Prozent aller Einwohner der RSA.

Der namhafte afrikanische religiöse Würdenträger und aktive Kämpfer gegen die Rassendiskriminierung Bischof Desmond Tutu drückt das bildlich so aus: „Ein ganzes Volk hat man verbannt ... in ein Gefängnis offensichtlicher Unsichtbarkeit.“⁷ Sogar die Weißen gehörende konservative Zeitung *Sunday Tribune* schrieb: „Bereits eine vorläufige Einschätzung der Vorschläge führt sogleich zu dem düsteren Schluß, daß sie wenig Hoffnung auf Frieden und Harmonie in Südafrika versprechen.“⁸

Die revolutionären Kräfte des Landes strafen die Pläne dieser „Verfassungsreform“ mit Verachtung. Obwohl hinter diesen Plänen in gewisser Weise auch der Versuch steckt, von der früheren starren Apartheidoktrin wegzukommen, entsprechen sie in keiner Weise den Forderungen und Bestrebungen des unterdrückten Volkes, sind sie ein verzweifeltes Manöver der herrschenden Klasse, um den unstillbaren Drang nach wahren revolutionären Veränderungen zu paralisieren. Uns kann man nicht in Versuchung führen mit nichtigen Zugeständnissen, die die Herrschaft der weißen Minderheit, wenn auch in anderer Form, unangetastet lassen. (...)

Den Ausschlag für die immer tiefer werdende Spaltung im Lager der weißen Minderheit, in den Reihen der regierenden Nationalen Partei gaben die Versuche Pieter Bothas, die Fassade des Regimes aufzupolieren, um die zunehmenden Befürchtungen des Monopolkapitals zu zerstreuen und die revolutionären Unruhen zum Abebben zu bringen.

Von ihrer Gründung an nahm diese Partei das Recht in Anspruch, die Interessen aller Afrikaner, unabhängig von deren sozialer Stellung und Klassenzugehörigkeit, zum Ausdruck zu bringen. Doch allmählich begann die Afrikaaner-Großbourgeoisie ihre Wünsche und Ansprüche anzumelden. Sie ist ebenso wie die anderen Gruppierungen des Big Business objektiv daran interessiert, die anrüchlichsten Erscheinungen der Apartheid, die die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen, zu beseitigen.

Jetzt handeln die Führer der Nationalen Partei schon nicht mehr im Namen der gesamten Afrikaaner-Gemeinschaft, sondern vertreten die Interessen des südafrikanischen Monopolkapitals. Die vom herrschenden Regime in Angriff genommene „totale Strategie“ ist im Grunde genommen ein Versuch, die rassistischen Zustände den Bedürfnissen und Erfordernissen der imperialistischen Monopole anzupassen, die

auflodernde Flamme des Volkszorns zu löschen und eine weitere Revolutionierung der unterdrückten Massen zu verhindern. Die prinzipielle Zielsetzung dieser Strategie hat Botha selbst treffend charakterisiert: „Veränderungen sind die einzige Alternative zur Revolution.“ (...)

In der Regierungspartei selbst haben sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen „Gemäßigten“ und „Engstimmigen“ verschärft. Der Führer der letzteren, Andries Treurnicht, der in der Frage der berüchtigten „Gewaltenteilung“ mit Pieter Botha ziemliche Differenzen hatte, trat zusammen mit 15 Parlamentsabgeordneten aus der Nationalen Partei aus und gründete seine eigene Partei, die Konservative Partei. Sie wird vermutlich andere ultrareaktionäre Elemente aus den Reihen der Afrikaner zu sich heranziehen. Die Klassenpolarisation hat sich noch mehr verstärkt, und die Risse in den Reihen der weißen Minderheit sind noch tiefer geworden.

Die derzeitige wie auch die vorausgegangene Spaltung in der Nationalen Partei widerspiegeln die tiefe Krise des kapitalistischen Staates, sind Ausdruck dieser Krise. Es ist völlig klar, daß die früheren Klassenkoalitionen innerhalb der Afrikaner, die es der Nationalen Partei ermöglichten, ab 1948 die Zügel der Regierung in den Händen zu halten, auseinandergefallen sind. Die Spaltung innerhalb der Partei ist unwiderruflich. Die extrem rechten Organisationen, wie beispielsweise die Wahrhaftige Nationale Partei und die Konservative Partei, verstärken ihre Anstrengungen (und nicht ohne Erfolg) zur Konsolidierung ihrer Positionen unter den Afrikaaner-Arbeitern (besonders im Bergbau), unter den Farmern, den niederen Beamten des Staatsapparates, in der Polizei, der Armee und den Sicherheitskräften.

Natürlich gereicht jeder, auch der kleinste Riß im Lager des Feindes den Freiheitskämpfern zum Vorteil, und man muß alles tun, um ihn zu vertiefen. Aber dabei darf man keinen Augenblick vergessen, daß die Konflikte unter den Weißen sekundärer Natur sind, daß sie nicht das Wesen des Problems berühren. Weder die „Gemäßigten“ in der Nationalen Partei noch die Scheinliberalen aus der Progressiven Föderativen Partei, um die sich Vertreter der Intelligenz, darunter Afrikaner, sowie Geschäftskreise gruppieren, zeigen Bereitschaft, den Forderungen der Afrikaner nach Freiheit entgegenzukommen.

Der zweite unabdingbare Bestandteil der „totalen Strategie“ Pieter Bothas ist neben den Versuchen kosmetischer Reformen die allseitige Verstärkung der Repressalien gegen die widerspenstigen Massen. In keinem Land der Welt schmachten – gemessen an der Gesamtbevölkerung – so viele Gefangene in Gefängnissen wie in der RSA. Nur das „Recht“ auf Tod können die Afrikaner in vollem Maße genießen: In den Gold- und Uranminen, unter den Kugeln und Gummiknüppeln der Polizei, an den Galgen sterben jährlich Tausende von Men-

schen. Nelson Mandela schrieb in einer aus dem Gefängnis auf Robben Island hinausgeschmuggelten Botschaft: „Apartheid ist die Macht des Gewehrs und des Henkers.“

Die „totale Strategie“ der südafrikanischen Rassisten ist ihrem Wesen nach eine Strategie des totalen Krieges gegen unser Volk, eine Strategie des Genozids. Oder kann man die Äußerung, in diesem Jahrzehnt die „Endlösung“ herbeizuführen, das heißt, die von der weißen Minderheit mit Feuer und Schwert errungene Herrschaft mit Hilfe der völligen Segregation der Mischlinge, der Asiaten und der Afrikaner und die gewaltsame Verbannung der letzteren in die Stammesbantustans zu verewigen, etwa anders einschätzen? Kann es denn Unmenschlicheres geben als den Versuch, Menschen die Heimat zu rauben, sie zu Ausländern im eigenen Land zu erklären?

Aber gerade darauf laufen die Projekte zur Schaffung „nationaler Vaterländer“ für die afrikanische Bevölkerung, wie die Rassisten jetzt die ehemaligen Reservationen bezeichnen, hinaus. Lebten vor 20 Jahren dort erst 40 Prozent der Afrikaner, so sind es jetzt rund 55 Prozent. Die Zahl der Menschen, die täglich aus den Bantustans in die „weißen“ Distrikte fahren müssen, ist in den vergangenen Jahren auf das Zweieinhalbfache angestiegen. Vier Bantustans sind bereits als „unabhängige Staaten“ proklamiert worden, 7 Mio dorthin vertriebene Einwohner gelten nicht mehr als Bürger der RSA und haben nach den Festlegungen der rassistischen Machthaber nicht den geringsten Anspruch auf die von ihren Händen geschaffenen Reichtümer des Landes.

Obwohl die Bantustans weiterhin als „Arbeitskräftereservoir“ dienen, verwandeln sie sich mehr und mehr in Schutthalden, wohin das Apartheidregime den von ihm nicht mehr benötigten menschlichen „Müll“ – Frauen, Kinder, Greise, Invaliden und überhaupt alle, deren Arbeit für ein normales Funktionieren der Wirtschaft nicht unbedingt gebraucht wird – wirft. Die Rassisten beunruhigt das Schicksal dieser Menschen in keiner Weise: sie alle sind zu unsagbaren Entbehrungen, zu Hunger, Krankheiten und Tod verurteilt.

Das Bündnis ANC-SACP

Über ein Viertel der Neugeborenen überlebt nicht das erste Lebensjahr, medizinische Betreuung fehlt fast völlig, es grassieren Cholera, Ruhr, Tuberkulose und andere Seuchen. Die Behörden Pretorias geben sogar zu, daß die Nahrungsgüterproduktion dort wenigstens auf das zehnfache ansteigen müßte, um die elementarsten Bedürfnisse der Bevölkerung in den Bantustans an Lebensmitteln zu befriedigen. Der Landmangel ist derart, daß beispielsweise in der Ciskei, wie der britische Guardian schrieb, Ende dieses Jahrzehnts nur noch Platz zum Stehen sein wird.⁹

Die harte Realität läßt von den Behauptungen der „Liberalen“, daß die Apartheid mit der ökonomischen Entwicklung der RSA von selbst absterbe, keinen Stein auf dem anderen. Die Tatsachen besagen etwas anderes: Sie nistet sich ein und breitet sich aus wie eine Krebsgeschwulst, die Leid und Tod bringt. Von allein bildet sich die Geschwulst nicht zurück, sie muß mit dem Skalpell entfernt werden. (...)

Die Freiheit des Volkes ist das unmittelbare Hauptziel, für das die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) kämpft. Die nationale Unterdrückung und Rassendiskriminierung in der RSA ist kein Nebenprodukt der kapitalistischen Ausbeutung, sondern ihr organischer Bestandteil.

Hieraus ergibt sich der besonders enge Zusammenhang und die wechselseitige Bedingtheit der Aufgaben des Kampfes für den Sozialismus und für die nationale Befreiung. Das fand seinen Niederschlag in der von den Kommunisten ausgearbeiteten Strategie der nationaldemokratischen Revolution, die sich auf die Leninschen Ideen des Zusammenwirkens und des Bündnisses der Arbeiterbewegung der nationalen Befreiungsbewegung stützt.

In unserem Parteiprogramm wird die in Südafrika bestehende Ordnung als „Kolonialismus besonderen Typs“ bezeichnet, da die Unterdrücker und die Unterdrückten nebeneinander auf einem Territorium leben. Zugleich hat der Kapitalismus hier schon entwickelte Formen angenommen und die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation geschaffen. Die gegenwärtige soziale und politische Struktur der RSA wird durch zwei Grundzüge geprägt – durch die nationale Unterdrückung und die Klassenausbeutung. Unter diesen Bedingungen verkörpern der ANC und die SACP zwei sich einander ergänzende Ströme des revolutionären Bewußtseins und der revolutionären Organisation. Sie ergänzen sich deshalb, weil in Südafrika der Kampf für die nationale Befreiung dringend die organisierte Mitwirkung der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vorhut – der Kommunistischen Partei – verlangt und der Kampf für den Sozialismus ebenso gebieterisch eine mächtige Bewegung für die Freiheit der unterdrückten Nationen und Rassen erfordert, an deren Spitze der Afrikanische Nationalkongreß steht.

Das ist eine Massenorganisation. Sie vereint alle Kräfte, die unabhängig von ihren ideologischen Überzeugungen und politischen Sympathien am Kampf gegen die rassistische Autokratie teilnehmen. Die SACP bringt die Interessen des Proletariats zum Ausdruck, das nicht nur in der gesamtationalen demokratischen Front mitwirkt, sondern auch einen selbständigen Klassenkampf führt. Die Ziele dieses Kampfes widersprechen nicht den Zielen der nationaldemokratischen Revolution, sondern gehen über diese hinaus und sehen eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischen Grundlagen vor.

Das auf der Gemeinsamkeit der grundlegenden strategischen Aufgaben und der taktischen Zielstellungen, auf der Gemeinschaft im Kampf und auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Bündnis zwischen unseren beiden Organisationen entwickelt sich stetig weiter, wird fester. Auf der Festveranstaltung anläßlich des 60. Jahrestages der SACP sagte der Präsident des ANC, Oliver Tambo, das sei „keine Allianz, die nur auf dem Papier am Verhandlungstisch entstanden ist, durch die Unterzeichnung von Dokumenten gebildet wurde und ausschließlich ein Abkommen zwischen den Führern darstellt. Das ist ein im Kampf gewachsener lebendiger Organismus“.¹⁰ Die Kräfte der Befreiungsbewegung verstärken den Widerstand gegen das unmenschliche Apartheidregime und beschreiten immer entschlossener den Weg kämpferischer revolutionärer Aktionen, was sie den Kommunisten näher bringt.

Entstanden vor mehr als 60 Jahren, befand sich unsere Partei immer in der vordersten Linie des Kampfes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen Rassentrennung und -diskriminierung, für Demokratie und Menschenrechte. In den schweren Kämpfen mit dem Feind haben ihre Kader Kampferfahrungen gesammelt und sich gestählt. Nicht wenige Kommunisten wurden aufgrund ihrer Fähigkeiten, ihrer bedingungslosen Treue zur gemeinsamen Sache und ihrer Bereitschaft, für den Sieg auch das eigene Leben hinzugeben, in verschiedenen Sektoren der nationalen Befreiungsbewegung mit verantwortlichen Funktionen betraut. Die ruhmreichen Namen vieler unserer Genossen werden dem Volk für immer im Gedächtnis bleiben.

Die Tätigkeit der SACP hat sich nie auf propagandistische Reden und Belehrungen beschränkt. Wir sind eine Partei von aktiven Kämpfern und Funktionären, die inmitten der Massen arbeitet. Die Kommunisten – die führenden Funktionäre wie die einfachen Parteimitglieder – nehmen als Initiatoren und Organisatoren an allen Auseinandersetzungen mit den rassistischen Unterdrückern teil. Mit uns gemeinsam wurde auch der Beschluß gefaßt, zum bewaffneten Kampf überzugehen. In den Kampfabteilungen des Umkhonto we Sizwe, auch unter ihren Kommandeuren, gibt es nicht wenige Kommunisten.

Ihren heutigen Aufschwung und die Klarheit der Perspektiven verdankt die nationale Befreiungsbewegung in Südafrika in hohem Maße der unermüdbaren organisatorischen, politischen und ideologischen Aktivität unserer Partei. Die gründlich durchdachten und klar formulierten Ansichten und Zielstellungen, die auf den Grundsätzen der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus beruhen, sind heute nicht mehr ausschließliches Gemeingut der Kommunisten, sondern haben in diesem oder jenem Maße unter den breiten Schichten der Befreiungskämpfer Platz gegriffen. (...)

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 12/1982, S. 1614-1623)

Anmerkungen:

- 1) Vgl. dazu auch: Y. Dadoo, Die militärpolitische Tendenz in der Strategie des Neokolonialismus, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 5/1981, S. 612-618; ein ausführliches Interview der AIB-Redaktion mit dem Verfasser findet sich in: AIB 2/1974, S. 20-24 und 3/1974, S. 17-19 (d. Red.)
- 2) Nach der bisherigen südafrikanischen Gesetzgebung dürfen nur die offiziell registrierten Gewerkschaften mit den Unternehmern von der Regierung sanktionierte und somit bindende Tarifverträge abschließen. Zur neueren Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung siehe auch: AIB 11-12/1982, S. 28-30 (d. Red.)
- 3) Nachfahren holländischer Einwanderer – die Afrikaner – und Menschen britischer Abstammung bilden die beiden ethnischen Hauptgruppen der weißen Bevölkerung Südafrikas (d. Red.)
- 4) Financial Times, Johannesburg, 26.11.1981
- 5) In der RSA wirken heute rund 2.000 britische, US-amerikanische und BRD-Monopole; die Gesamtsumme der ausländischen Investitionen beläuft sich auf 30 Mrd Rand (1 Rand = 0,86 Dollar nach dem Stand vom November 1982; d. Red.). Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß diese Finanzspritzen die „Räder“ der südafrikanischen Wirtschaft „schmieren“ und verhindern, daß sie stehenbleibt.
- 6) Die RSA hat eine Gesamtbevölkerung von rund 27 Mio Einwohnern. Davon sind ungefähr 4,5 Mio Weiße, 2,7 Mio Mischlinge und 0,8 Mio Asiaten (d. Red.).
- 7) The Star Weekly, Johannesburg, 21.8.1982
- 8) Sunday Tribune, Johannesburg, 1.8.1982
- 9) Vgl. The Guardian, London, 13.9.1981
- 10) The African Communist, London, Nr. 87/1981, S. 22



Abdul S. Minty

Gefahren der militärisch-atomaren Aufrüstung Südafrikas

Abdul Samad Minty, südafrikanischer Inder im Londoner Exil, ist der führende Repräsentant der britischen Antiapartheid-Bewegung (AAB) und heute deren Ehrenpräsident. Er machte als Experte für die Militarisierung Südafrikas und die westliche Strategie im Südlichen Afrika von sich reden (siehe seine Studie in: AIB-Sonderheft 1/1976). Heute fungiert Abdul S. Minty als Direktor der Weltkampagne gegen die militärische und nukleare Kollaboration mit Südafrika.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten betrachtet die Weltöffentlichkeit die Politik und die Aktivitäten des Apartheidregimes als eine ernste Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Das System der weißen Vorherrschaft, durch das sich – nach dem Vorbild der faschistischen Ideologie von der „Herrenrasse“ – die Macht ausschließlich in den Händen von weniger als 16% der Bevölkerung Südafrikas konzentriert, stellt eine Beleidigung der Würden und des Wertes aller dunkelhäutigen Menschen in der Welt dar. Gleichzeitig führt es zur Herausbildung einer explosiven Lage innerhalb des Landes.

Trotz der vom Apartheidregime ausgehenden Gefahren haben die westlichen Hauptmächte über Jahre hinweg ihre wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit mit Pretoria ausgebaut und dadurch die enorme Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in Afrika und der Welt durch Pretoria verschärft.

Die Verantwortung dafür ruht nicht nur bei den traditionellen Handelspartnern Südafrikas wie Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und den USA, sondern auch bei Japan und Israel sowie in jüngster Vergangenheit unter anderem bei Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay, Uruguay, Südkorea und Taiwan. Es sind die Art und das Niveau der internationalen Zusammenarbeit, die das südafrikanische Regime in die Lage versetzen, sein System der weißen Vorherrschaft im Südlichen Afrika aufrechtzuerhalten und zu bewahren. Deshalb hat der Afrikanische Nationalkongress von Südafrika bereits im Jahre 1959 Boykottmaßnahmen und Sanktionen gegen Südafrika gefordert, was später durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen und die Organisation für Afrikanische Einheit unterstützt wurde.

Trotz der Tatsache, daß die große Mehrheit der Staaten eine Boykottpolitik verfolgt, verbleibt jedoch eine kleine Zahl mächtiger Länder, die täglich ihre wirtschaftliche Beteiligung am Ausbeutungssystem der Apartheid verstärken.

Niemand bezweifelt mehr, daß Südafrika in der Lage ist, Atomwaffen herzustellen.

Es besitzt umfangreiche Uranvorkommen, eine geheime Urananreicherungsanlage (erbaut mit Hilfe der bundesdeut-

schen STEAG), eine große Anzahl von in westlichen Ländern ausgebildeten Atomwissenschaftlern und Ingenieuren. Und es hat einen offenen Zugang zur Kerntechnologie, obwohl es beharrlich seine Unterschrift unter den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen verweigert. Südafrika verfügt über moderne Trägersysteme, Raketen inbegriffen, sowie über französische Mirage-Düsenjäger und britische Buccaneer-Kampfflugzeuge.

Alle Zweifel über seine Fähigkeit, Kernwaffen herzustellen, wurden zuerst durch die Satellitenerkundung des Versuchsgeländes in der Kalahari-Wüste im Jahre 1977 beseitigt sowie durch den Aufschub dieses Versuchs aufgrund von internationalen Protesten. Im September 1979 registrierte der US-Satellit Vela eine Kernexplosion im Südatlantik im südafrikanischen Raum, und die Indizien weisen darauf hin, daß Südafrika dafür verantwortlich zeichnete.

Die Apartheidbombe

Ein Dokumentarfilm des britischen Fernsehens zu diesem Thema, der im Oktober 1980 in „World in Action“ gezeigt wurde, deutete sogar an, daß die Sprengladung möglicherweise von einem hochmodernen Geschütz abgefeuert wurde, das zwischen 1976 und 1978 von der in Vermont, nahe der US-amerikanisch-kanadischen Grenze, ansässigen Space Research Corporation geliefert worden war.

Es besteht kein Zweifel, daß Südafrika ohne die Zusammenarbeit und Unterstützung der Hauptmächte des Westens nicht einen so hohen Stand in der Kernwaffentechnik hätte erlangen können.

Während die übrige Welt immer besorgter an die Gefahren denkt, die die Atombombe in den Händen des Apartheidregimes mit sich bringt, und das Drängen nach Beendigung aller Formen der atomaren Zusammenarbeit mit Südafrika zunimmt, hat die Reagan-Administration jetzt die Aufhebung entscheidender Beschränkungen für die Lieferung von Kernmaterial an Südafrika durchblicken lassen.

Die Administration hat bestätigt, daß sie eine Menge HELIUM 3 geliefert hat, das bekanntlich zur Herstellung von TRITIUM benutzt werden kann, was wiederum in thermonuklearen Waffen Verwendung findet. Darüber hinaus sind auch Computer geliefert worden, darunter ein Cyber 750/170, der normalerweise für die Kernwaffenforschung benutzt wird, wie auch Mehrkanal-Analysegeräte und Vibrations-Prüfausrüstungen.

Im Jahre 1976 hatten die USA die Lieferung von Kernmaterial nach Südafrika gestoppt. Trotzdem aber baute das Regime in Pretoria sein Kernforschungsprogramm aus und lehnte es ab, seine geheime Anreicherungsanlage unter inter-

nationale Kontrolle zu stellen. Die Entscheidung der Reagan-Administration eröffnet somit die Möglichkeit zu noch umfangreicherer atomarer Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime, dessen gefährliche Ambitionen auf dem nuklearen Sektor gut bekannt sind.

Es ist blanker Wahnsinn, das Kernwaffenprogramm des heute so hoffnungslosen und unsicheren Apartheidregimes systematisch zu unterstützen.

Das Regime in Pretoria erhebt den Anspruch, die Verantwortung für den Schutz der westlichen Interessen in dieser Region zu tragen. Es hat deshalb eine Sicherheitsrolle übernommen, was bedeutet, daß es seine Interessen durch Geschehnisse weit außerhalb seiner eigenen Grenzen beeinflusst. Und es hat mehrmals versucht, souveräne und unabhängige afrikanische Staaten in diesem Gebiet anzugreifen und zu destabilisieren (siehe u.a. AIB 10/1982, S. 34-35 und AIB-Sonderheft 2/1981, S. 14-21; d. Red.).

Der regionale Machtanspruch des südafrikanischen Regimes in Afrika ist verhältnismäßig gut bekannt, aber über verschiedene Entwicklungen zur Ausweitung dieser Position gibt es nicht genügend Informationen. Sehr einflußreiche Kräfte in der westlichen Welt, einige Regierungen und mehrere höhere Militärs eingeschlossen, haben von Zeit zu Zeit über die sog. strategische Bedeutung Südafrikas für die westlichen Länder diskutiert. Sie haben sogar noch engere Verteidigungsverbindungen mit dem Regime in Pretoria verlangt.

Um dieser Beziehung konkreten Ausdruck zu verleihen, hat das Regime in Pretoria Anfang der 70er Jahre das moderne Seeüberwachungssystem Advokaat eingeführt, das von mehreren in der Bundesrepublik Deutschland beheimateten Firmen gebaut wurde. Dieses System wurde errichtet unter Einbeziehung von Bestandteilen, die von mehreren westlichen Ländern gekauft wurden. Und das Kodifizierungssystem der NATO für Ersatzteile und Ausrüstungen wurde für diesen Zweck nutzbar gemacht.

Stellvertreterdienste im Südatlantik und Indik...

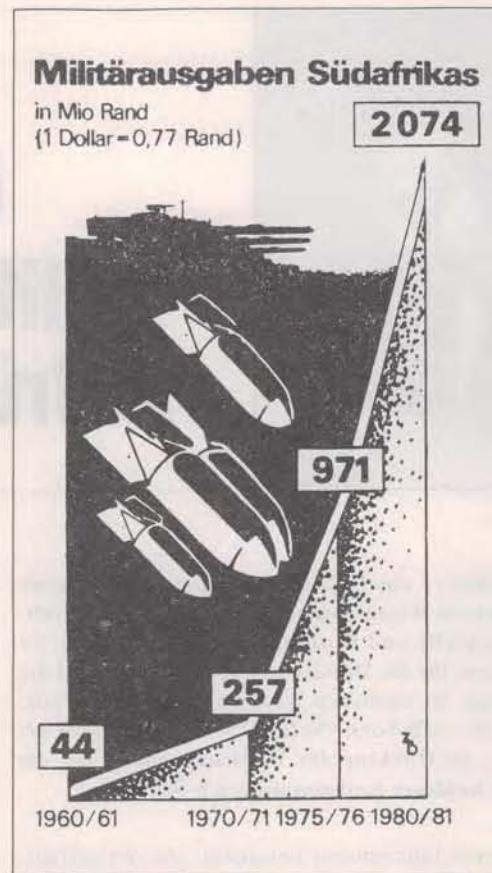
Das Advokaat-System ermöglicht es dem Regime in Pretoria, die Bewegung aller Schiffe und Flugzeuge im Südatlantik bis nach Südamerika sowie im Indischen Ozean bis mindestens zum Golf von Bengalen zu überwachen. Die auf diese Weise gewonnenen Informationen werden offensichtlich sowohl an Großbritannien als auch an die USA weitergeleitet.

Wegen dieser Möglichkeiten und auch wegen des modernisierten Marinestützpunktes Simonstown in der Nähe von Kapstadt wurden, besonders in Militärzeitschriften, wiederholt Stimmen laut, die eine Ausweitung des NATO-Radius durch die Einbeziehung Südafrikas verlangten. Für eine derartige formelle Ausweitung gibt es ernsthafte politische Hindernisse. Deshalb wurden in der Zwischenzeit von Pretoria verschiedene adhoc-Maßnahmen getroffen.

Seit Ende der 60er Jahre hat es verschiedene Bestrebungen gegeben, einen Südatlantikpakt zu schaffen, dem Südafrika und mehrere südamerikanische Länder angehören sollen. Pretoria hat seitdem bilaterale militärische Verbindungen mit bestimmten südamerikanischen Ländern geknüpft. Jedoch erst am 11. April 1982 wurde die Existenz eines geheimen Paktes durch die Johannesburgers Sunday Times enthüllt.

Sie berichtete, daß seit 13 Jahren ein „Südatlantikpakt“ besteht, dem nicht nur die südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, sondern auch Taiwan und Israel angehörte und daß er laut südafrikanischen und argentinischen Quellen immer noch in Kraft sei.

Während der 12 Monate bis April 1982 statteten mindestens



Pretorias Stolz: 155-mm-Kanone (G5) auf Athener Waffenausstellung (r.)



38 Generäle aus einigen der Pakt-Mitgliedsländer Südafrika offizielle Besuche ab. Das zeigt das Ausmaß der Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime an. Südafrika unterhält nicht nur mit diesen Ländern enge wirtschaftliche und militärische Verbindungen, sondern auch mit anderen wie Chile, Bolivien und Südkorea. Zur Zeit besteht eine sich entwickelnde Bündnisbeziehung zwischen diesen Ländern, die sich um das Apartheidregime gruppieren.

Es ist zur Genüge bekannt, daß die Deklaration des Indischen Ozeans zu einer Friedenszone durch die militärischen Einrichtungen und Operationen mehrerer einflußreicher Mächte ernsthaft hintertrieben wird. Die Rolle Südafrikas jedoch und seine weitreichenderen Ambitionen in diesem Gebiet sind nicht so weithin bekannt.

Zusätzlich zur Überwachungsfunktion, die Südafrika mit Hilfe des Seeüberwachungssystems Advokaat ausübt, hat es enge wirtschaftliche und andere Verbindungen mit mehreren Ländern im Gebiet des Indischen Ozeans geschaffen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan sind nicht nur sehr umfassend, sondern konzentrieren sich auch auf wesentliche Bereiche der Wirtschaft des Apartheidstaates. Neue Verbindungen wurden mit Taiwan und Südkorea geknüpft. Die vormaligen engen Kontakte zum Iran wurden mit dem Sturz des Schah-Regimes (Februar 1979; d. Red.) gelöst, aber Pretoria versucht, Beziehungen zu anderen Ländern im Golfgebiet herzustellen.

Ein ständig vorgebrachtes Argument für die verstärkten militärischen Verbindungen mit Südafrika ist die Route der Öltanker um den afrikanischen Kontinent. Sie wird fälschlicherweise als die Kaproute bezeichnet, um damit glauben zu machen, daß ein Bündnis mit Pretoria für die westlichen Länder lebenswichtig sei.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß Südafrika für die Verteidigung und Sicherung der westlichen Interessen in dieser Region hochwichtig sei und an anderen Vereinbarungen im Gebiet des Indischen Ozeans beteiligt werden sollte.



verlängern.

Man muß sich deshalb fragen, wie die ausländischen Verbündeten Südafrikas reagieren werden, wenn der Befreiungskampf im Lande die weiße Machtstruktur ins Wanken bringt? Werden sie für die Rechtfertigung einer direkteren Intervention auf Seiten des Apartheidregimes solche Vorwände benutzen wie jene über die Bekämpfung des Kommunismus oder jenen, mit der Ausbreitung von Gewalt und Leiden Schluß zu machen?

Das wäre in der Tat ganz nach dem Geschmack Pretorias, denn seine Militärmaschinerie ist trotz ihrer enormen Zerstörungskraft letztendlich nicht in der Lage, den wachsenden Aufschwung des Widerstandes des afrikanischen Volkes aufzuhalten.

In diesem Zusammenhang kann man voll verstehen, warum Südafrika so starke Unterstützung dabei gefunden hat, seine Fähigkeiten zur Herstellung von Atomwaffen zu entwickeln. Diese Fähigkeit stärkt nicht nur Südafrikas Sicherheitsrolle in der südlichen Hemisphäre, sondern zielt auch auf die Erpressung und Einschüchterung des unabhängigen Afrikas ab. Hat das rassistische Südafrika sich erst einmal als Atommacht etabliert, dann können seine Verbündeten auch so argumentieren, daß der afrikanische Befreiungskampf beendet werden sollte, weil er Pretoria zur Gewaltanwendung weit über seine eigenen Grenzen hinaus provozieren könnte. Aus all diesen Gründen müssen den Völkern und Regierungen der Welt die enormen Gefahren bewußt gemacht werden, die vom Apartheidregime für Frieden und Sicherheit in der Welt ausgehen. Diese Gefahren werden noch vervielfacht durch die Existenz der Apartheidbombe.

Die Weltgemeinschaft sieht sich deshalb der dringenden Aufgabe gegenüber, durch entschiedene Aktionen zur Abschaffung des Apartheidsystems beizutragen. Umfassende Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika sind notwendig, und den afrikanischen Frontstaaten und nationalen Befreiungsbewegungen Namibias und Südafrikas muß volle Unterstützung gewährt werden.

(Quelle: New Perspectives, Helsinki, Nr. 6/1982, S. 25-26)

Falls es erneuter Beweise für Südafrikas Rolle und Ambitionen im Gebiet des Indischen Ozeans bedürfte, so bräuchte man nur an den Putschversuch gegen die Regierung der Seychellen zu erinnern (siehe ausführlich in: AIB 11-12/1982, S. 23-25; d. Red.), der von Söldnern verübt wurde, die im November 1981 aus Südafrika kamen. Je mehr Informationen es darüber gibt, desto ersichtlicher wird es, daß die Aktion nicht nur von Pretoria, sondern auch von anderen Kräften im Ausland unterstützt worden war.

Neben den bereits bekannten Tatsachen wird auch behauptet, daß Südafrika deshalb von lebenswichtiger strategischer Bedeutung für den Westen ist, weil es über Rohstoffe verfügt, von denen die westlichen Hauptländer angeblich hochgradig abhängig sind.

Man versucht also, Südafrika so darzustellen, als ob es für den Westen unverzichtbar wäre, und versetzt es dadurch in die Lage, seine militärische Zusammenarbeit mit bestimmten Mächten auszubauen.

...für die Westmächte

Die neue Administration Reagans hat offen erklärt, daß sie bestimmte lebenswichtige strategische Interessen mit Südafrika gemeinsam hat. Und in ihrer Politik spiegelt sich bereits eine starke Tendenz zur Entwicklung einer engeren militärischen Zusammenarbeit mit dem Regime in Pretoria wider.

Es ist sehr wichtig, darauf hinzuweisen, welche ernste Folgen das sich entwickelnde Bündnis der Westmächte mit Südafrika für alle Staaten im Südatlantik und im Gebiet des Indischen Ozeans mit sich bringt.

Jeder weiß, daß das Regime in Pretoria eines der instabilsten und unsichersten in der Welt ist, und deshalb kann das neuerliche Anwachsen der militärischen Unterstützung von außen für dieses Regime nur als Absicht verstanden werden, das Apartheidsystem zu bewahren und seine Existenz zu

Zeitschriftenschau

Mittelamerika-Magazin, Nr. 24/Dezember 1982

Nicaragua-Honduras: Vom verdeckten zum offenen Krieg? • Isolierung Nicaraguas stößt auf Hindernisse • Offener Brief an Genscher und Warnke • Standard Fruit zieht sich zurück • El Salvador: Regierung in Zugzwang • Guatemala: Die wirtschaftliche Lage • Die Fundamentalisten und die Armee • Rückblick: „Modell Guatemala“ – Auch für Nicaragua • Solidaritätsarbeit: Mord in den USA • CDU-Büros besetzt • Kultur: Herr Teufel und der Cardenal – Kurzgeschichte von Hermann Schulz
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Solidarität, Nr. 73/Dezember 1982

Hauptthema Friedenspolitik und die Dritte Welt: Zum Zusammenhang von Entwicklungs- und Friedenspolitik • Aufrüstung in der Dritten Welt: Militarisierung statt Entwicklung • Zentrales Thema der Friedenspolitik: Kampf um Rohstoffe • Krieg und Unterernährung im südlichen Afrika: Der Wolf als Ziegenhirt • Weiter: – Augenschein in Beirut • Interview zum OSLO-Hearing über den Libanon-Krieg • Zu einem UN-Seminar in Genf über die Rolle der Schweizer Multis in Südafrika • Zum Bild des Weißen aus der Sicht ehemals kolonisierter Völker • Dossier Schweiz-Trikont
Einzelpreis 3,5 sFr; Abo 25 sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Latinamerika Anders, Nr. 20/September 1982

Schwerpunkt URUGUAY (Die Revolution des José Artiga, Statistische Daten, Vom Bürgerkrieg zur Modernisierung, Die „Schweiz Lateinamerikas“, Der Untergang des demokratischen Kapitalismus, vom Plebiszit zur „Öffnung“, „Urlaub“ in Montevideo, Die Politik des „großen Bruders“) • Chile: Von den Nöten des großen Diktators und seinen Chicago-Boys • Falkland: Ein Nachruf, Falkland ohne Folgen? • Kolumbien nach den Wahlen • Guatemala: Die Lage der guatemaltekischen Flüchtlinge Mexico • Paraguay: Alfredo Alcorta gestorben
Einzelpreis 4 DM; Abo 12 DM
Bezug: IGLA, Postfach 697, A-1061 Wien

blätter des iz3w, Nr. 106/Dezember 1982

Nachrichten und Berichte zu: Obervolta, Mittelamerika, Bolivien, Seerecht, BRD-Entwicklungspolitik, BRD-Ausländer • PALÄSTINA I: Zur Entstehung des Palästina-Konflikts • Zeitafel • Zionismus – Versuch einer politischen Begriffsbestimmung • Israel nach dem Libanon-Krieg • Entstehung und Struktur der PLO • Die PLO nach Beirut • Palästinensische Flüchtlinge in der BRD
Einzelheft 4 DM; Abo 35 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Rainer Falk

Innerer Wandel im Zeichen äußeren Drucks

Zur Diskussion um „Befreiungsbewegungen an der Macht“ (1)

Moçambique ist neben Angola das Land Afrikas, das seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1975 am konsequentesten an die Realisierung eines sozialistischen Entwicklungswegs gegangen ist. Deshalb – und weil es ein Beispiel und eine zuverlässige Stütze für den Befreiungskampf in Südafrika und Namibia ist – steht es neben Angola im Zentrum der Destabilisierungsstrategie Pretorias.

Das Hauptinstrument, das im Auftrag Südafrikas die führende Rolle der regierenden FRELIMO-Partei untergraben soll, ist eine als Nationaler Widerstand Moçambiques (RNM) firmierende Terrorgruppe, die – im Unterschied zur angolanischen Marionettenorganisation UNITA – nicht einmal am Unabhängigkeitskampf gegen die Portugiesen beteiligt war. (Siehe AIB 10/1982, S. 34-35) Die Bedrohung wird von der FRELIMO immerhin so ernst genommen, daß sie seit dem Sommer letzten Jahres unter massenhafter Zustimmung und Teilnahme der Bevölkerung Milizen im ganzen Land aufgebaut hat.

Massenbewegung contra Befreiungsorganisation?

Zu allem Überdruß ist Moçambique in dieser Situation für eine Reihe von mit der Solidaritätsbewegung verbundenen Kritikern auch noch zum Abladeplatz für ihre politischen und ideologischen Bauchschmerzen geworden: „Die Basis für den Aufbau des Sozialismus in Mosambik ist verdammt schmal geworden“, klagt Peter Ripken (ehemals verantwortlicher Redakteur der ISSA) in der Tageszeitung (TAZ) vom 27.9.1982; „früher war Kritik und Selbstkritik – und revolutionäre Disziplin – hervorragendes Kennzeichen der Befreiungsbewegung FRELIMO. Heute scheint davon nur noch das Prinzip der Erhaltung der Macht 'im Interesse der arbeitenden Massen' übriggeblieben zu sein.“

Ja früher! Aber heute? Endet die Solidarität dort, wo Befreiungsbewegungen zur Macht gelangen und sich mit den „Mühen der Ebene“ konfrontiert sehen? In der Diskussion um „Befreiungsbewegungen an der Macht“, wie sie seit einiger Zeit teils in, teils am Rande der Solidaritätsbewegung geführt wird, sind jedenfalls altbekannte Probleme linker Intellektueller mit der Macht – und mit der Staatsmacht allemal – voll aufgebrochen.

Eine Variante dieser Problematik ist die von Reinhart Köbler (Zeitschrift Peripherie) geforderte Unterscheidung zwischen Bewegung (positiv) und Organisation (tendenziell negativ), die nach dem Sieg im Befreiungskampf entscheidend werde, „weil einerseits die Organisation als Regierungspartei jetzt die von ihr erkannten und definierten objektiven Notwendigkeiten vertritt und über den Apparat verfügt, ihnen Gehör zu verschaffen, andererseits die 'Massen', deren Bewegung alles erst möglich gemacht hat, einerseits be-

stimmte Erwartungen an die neue Situation herantragen, andererseits (und hiermit im Zusammenhang) häufig in ihrer Aktivität nachlassen.“¹

Wer aus diesen, in mancher Hinsicht durchaus zutreffenden Feststellungen den Schluß zieht, in der auf die staatliche Selbständigkeit folgenden Periode des Kampfes um die ökonomische Unabhängigkeit wachse notwendigerweise die Rolle einer politisch bewußt agierenden Kraft oder Partei, der wird sich schnell den Vorwurf einholen, in Wirklichkeit plädiere er für eine „Phase der Erziehungsdiktatur“ oder gar der „ökonomischen Despotie“.²

Eine gründliche Analyse der historischen und aktuellen Entwicklung der Volksrepublik Moçambique zeigt indessen, daß weder die These der Machterhaltung um ihrer selbst willen, noch die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Massenbewegung und Organisation bzw. Partei den Kern der Politik der FRELIMO und ihrer widersprüchlichen Verwirklichungsbedingungen trifft.

So beweisen z.B. die kürzlich veröffentlichten Thesen des Zentralkomitees der FRELIMO zur Vorbereitung des IV. Parteitags im April 1983, die gegenwärtig die politische Diskussion des Landes bestimmen, daß die FRELIMO sich einen kritischen und selbstkritischen Umgang mit sich selbst bewahrt hat, daß sie in produktiver Auseinandersetzung mit der Realität ihres Landes fähig ist, angemessene Antworten und Orientierungen für die nächsten fünf Jahre zu formulieren.

Zweifellos hat die FRELIMO ein positives Verhältnis zur politischen Macht. In den Parteitagsthesen wird betont: „Die Erhöhung der führenden Rolle unserer marxistisch-leninistischen Partei ist eine grundlegende Bedingung für den Fortschritt der sozialistischen Revolution.“ Aber auch: „Der Prozeß des sozialistischen Aufbaus erfordert, daß die Partei tief in den Massen verankert ist, daß sie ihren Klassencharakter festigt, daß sie neue Stärke gewinnt und das ganze Volk mobilisiert und führt.“³

Die Erfahrung der befreiten Gebiete

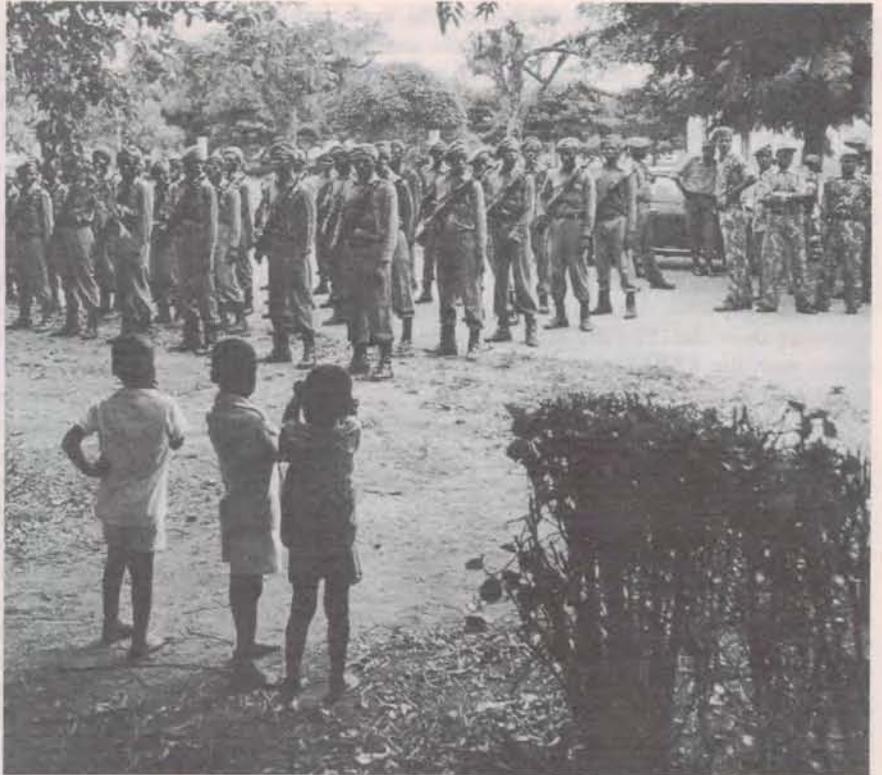
Die führende Rolle der FRELIMO ist ihrem eigenen Selbstverständnis nach also untrennbar verbunden mit ihrer Massenverankerung, ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrer Fähigkeit zur Mobilisierung des Volkes. Dieses Verständnis entwickelte sich nicht nur in Auseinandersetzung mit den diversen (heute zumeist gescheiterten) Modellen des „afrikanischen Sozialismus“ und unter Verarbeitung weltweiter revolutionärer Erfahrungen.

Bis heute verweist die FRELIMO immer wieder auf die zentrale Bedeutung ihrer Erfahrungen im bewaffneten Befreiungskampf und besonders bei der Verwaltung und beim

Aufbau in den befreiten Gebieten. Es kann deshalb nicht genug betont werden, daß diese Erfahrungen für alle Stationen des Staatsaufbaus nach der Unabhängigkeit bestimmend waren; für die Erarbeitung und den Inhalt der Verfassung 1975, die Schaffung sog. Dynamisierungsgruppen in der Übergangsphase 1974/75, die Errichtung der Organe der Volksmacht, der sog. Volksversammlungen von der örtlichen bis zur Landesebene, die Abhaltung von Wahlen, die Schaffung volksverbundener Justizorgane usw.

ZK-Mitglied Sergio Viera faßte die Erfahrungen des als Volkskrieg geführten bewaffneten Kampfes dahingehend zusammen, daß er

- der bestimmende Faktor bei der Erringung der politischen Macht war,
- zur Verschmelzung von nationalem und sozialem Befrei-



Präsident Samora Machel (mit breitem Gürtel) inmitten von FRELIMO-Kämpfern (l.); Milizausbildung in Maputo

ungskampf führte und

- bestimmenden Einfluß auf die Schaffung der marxistisch-leninistischen Avantgarde-Partei FRELIMO (1977) hatte.⁴

Auch heute hält die FRELIMO daran fest, daß „die reiche Erfahrung der befreiten Gebiete weiterhin die Quelle der Inspiration für die politische und ideologische Erziehung des Volkes und den Stil und die Methoden der Parteiarbeit bleiben“. Und sie unterstreicht, daß diese Erfahrung vor allem lehrt,

- „in die Fähigkeit des Volkes zu vertrauen;
- bei der Lösung von Problemen des Volkes auf das Volk selbst zu hören;
- daß die Teilnahme (Partizipation) der Menschen am Entscheidungsprozeß die beste Garantie dafür ist, daß sie sich an der Durchführung von Aufgaben beteiligen;
- sich in erster Linie auf die eigene Kraft zu verlassen (self-reliant).“⁵

Keine Chance also für „basisdemokratische Initiativen“, wie Herbert Schröer in der Peripherie vom Dezember 1980 schreibt? Oder: Koloniales Erbe und „auswärtige Agenten“ als ausschließliche Ursachen aller Schwierigkeiten und Probleme nach der Unabhängigkeit, wie R. Köbler an gleicher Stelle der FRELIMO unterstellen und sie dabei in einen

Gegensatz zu Amilcar Cabral bringen möchte, der unter allen afrikanischen Befreiungstheoretikern wohl mit am entschiedensten darauf hingewiesen hatte, daß sich nach dem Sieg bisher verdeckte innere Widersprüche neu artikulieren werden?

Es ist bemerkenswert, daß die von Präsident Samora Machel im März 1980 eröffnete „Politische und Organisatorische Offensive“ der FRELIMO sich gerade gegen die „interne Bourgeoisie“ richtet und daß sie dabei weder vor dem Staatsapparat noch den Unternehmen des staatlichen Wirtschaftssektors oder der FRELIMO selbst halt macht. Nicht alle Mißstände seien auf das koloniale Erbe zurückzuführen, so sagte S. Machel damals vor etwa 50.000 Zuhörern in der Hauptstadt Maputo. Es gehe darum, begangene Fehler zu korrigieren.⁶

„Die Politische und Organisatorische Offensive“, heißt es in den Thesen, „ist der spezifische Weg, den die Partei unter unseren Bedingungen einschlägt und auf dem sie die Initiative im Klassenkampf behält. Die Offensive entfernt eine große Zahl von Eindringlingen aus ihren Stellungen und drängt die Bourgeoisie als Klasse in die Defensive.“⁷ Um welche Eindringlinge handelt es sich? Und was ist unter moçambiquanischen Bedingungen unter „Bourgeoisie“ zu verstehen?

In diesem Zusammenhang wird wiederum auf die Erfahrungen aus den befreiten Gebieten hingewiesen, und FRELIMO-Führungsmitglied Alberto Chipande bezog sich in einer Rede am 21. November 1982 explizit auf die Auseinandersetzungen vor und nach dem II. Kongreß der FRELIMO im Juli 1968.⁸ Programmatisch wurde dort die Auseinandersetzung um den Charakter der gesellschaftspolitischen Organisation des Aufbaus in den befreiten Gebieten des Nordens entschieden.

Dies führte einerseits zur Entmachtung der Häuptlinge in den befreiten Gebieten und zur Aufhebung der Arbeitsverpflichtungen der Bauern für die Häuptlingsfamilien. Andererseits versuchten auch FRELIMO-Kader Ausbeutungsmethoden, vor allem über den Handel, zu praktizieren, was 1968 z.B. zur Entmachtung von Lazaro Kavandame, Pro-

vinzsekretär der FRELIMO für Cabo Delgado, führte. Die inneren Kämpfe gipfelten im Februar 1969 in der Ermordung von Eduardo Mondlane und endeten erst, als sich im November 1969 die linke Führungsgruppe der FRELIMO mit Samora Machel und Marcelino dos Santos durchsetzte.⁹ Die heutigen inneren Auseinandersetzungen weisen damit zwar nur entfernte Parallelen auf. Die Erfahrung, daß bürgerliche Klassenkräfte bis in die Reihen der Befreiungsbewegung hinein vordringen können, setzt sich jedoch bis heute in ein hohes Maß an Wachsamkeit innerhalb der FRELIMO-Führung um.

Obwohl als Klasse aufgrund der engen Grenzen, die der portugiesische Kolonialismus setzte, nicht existent, so analysieren die Parteitagsthesen, versuchten bürgerliche Elemente fortwährend, die Schwäche und die Schwierigkeiten des sozialistischen Entwicklungsprozesses auszunutzen. Diese Aktivitäten erstreckten sich einmal auf die noch verbliebenen Möglichkeiten des privaten Handels und der Dienstleistungen und kommen am krasssten in solchen Erscheinungen wie Schwarzmarkt, Spekulantentum und Warenhortung zum Ausdruck. Zum anderen sei es für viele derartige Kräfte möglich geworden, unter Ausnutzung der Kaderknappheit, der Unerfahrenheit in Verwaltungsangelegenheiten und der nicht immer erfolgreichen Berücksichtigung von Klassenkriterien bei der Besetzung von Stellen beträchtliche Positionen im Staatsapparat, besonders im staatlichen Wirtschaftssektor, zu erobern. Trotz seit 1977 strengerer Aufnahmekriterien (u.a. der Einführung eines Kandidatenjahres) ist sicher auch die FRELIMO-Partei selbst von dieser Entwicklung nicht verschont geblieben.

Kritik und Selbstkritik mit Konsequenzen

Die FRELIMO hat sich aber – ihrem Anspruch als Avantgarde-Partei entsprechend – eine zentrale Rolle bei der Durchführung der Politischen und Organisatorischen Offensive zugedacht. Wichtige Voraussetzungen dafür wurden schon mit der 7. Tagung des FRELIMO-Zentralkomitees im Juli 1980 geschaffen. Damals wurde selbstkritisch festgestellt, daß das ZK „die Vorrangigkeit, die der Stärkung des Parteiapparats gebührt hätte, vernachlässigt hat. Die Mitglieder des Zentralkomitees haben dem Staatsapparat mehr Beachtung geschenkt als dem Parteiapparat... Die Schaffung unserer Vorhutpartei, unserer Marxistisch-Leninistischen Partei, kann nie ein Sichentfernen von den Massen bedeuten oder ein Vernachlässigen der Massenarbeit. Das Volk ist stets eine konstante Quelle der Inspiration, die Hauptantriebskraft.“¹⁰

Seither führt die heute etwa 100.000 Mitglieder zählende Partei eine Kampagne gegen Fehlverhalten und Unzulänglichkeiten ihrer eigenen Mitglieder und Funktionäre. Im Zentrum der Angriffe stehen immer wieder administrative Arbeitsmethoden und die von vielen Parteikadern gepflegte Praxis, mehr am Schreibtisch als vor Ort zu arbeiten.

Vielerorts führte die von den Parteimitgliedern vorgetragene Kritik bereits zur Absetzung von Partei- und Staatsfunktionären, so z.B. in Nangade in der Provinz Cabo Delgado. Dort klagten die Parteimitglieder den staatlichen Administrator an, keinerlei Arbeit zusammen mit der Bevölkerung durchgeführt und sein Verwaltungsgebäude gar in ein Gefängnis für solche Leute verwandelt zu haben, die über dieses Verhalten ihr Mißfallen äußerten.¹¹

Kritik kommt von unten und von oben.

Jorge Rebelo, bis Ende November 1982 ZK-Sekretär für ideologische Arbeit und jetzt erster Parteisekretär in Maputo, kritisierte anläßlich eines Seminars zur Eröffnung der Thesendiskussion in Vorbereitung des IV. Parteitags die-

jenigen, die „sich abschließen, als seien sie private Klubs anstatt unter den Massen zu arbeiten“.¹² So soll die gegenwärtige Thesendiskussion gleichzeitig dazu dienen, das Leben der 1978 geschaffenen Parteizellen zu reaktivieren und neue Mitglieder zu gewinnen.

Seit der Eröffnung der Politischen und Organisatorischen Offensive sind eine ganze Reihe von Kadern ihrer Funktionen enthoben worden. Andere, teils hohe Staatsfunktionäre haben sich nach Südafrika abgesetzt, so z.B. Jorge Costa, Verantwortlicher des Sicherheitsministeriums – der wohl bisher spektakulärste Fall –, der ehemalige Botschafter in Zimbabwe und der Finanzdirektor des Kabinetts.

Es zeugt andererseits vom Selbstvertrauen der FRELIMO, daß sie seit Mitte 1982 verstärkt Anstrengungen unternommen hat, um ehemalige Kollaborateure der portugiesischen Kolonialmacht in die Gesellschaft zu reintegrieren. Diese sollen zu den ebenfalls für 1983 vorgesehenen Neuwahlen der Volksversammlungen wieder Stimmrecht erhalten.

Eine solche Maßnahme wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicherlich nicht möglich, würde die FRELIMO nicht auch bei der Durchführung der Politischen und Organisatorischen Offensive den „wichtigsten Aspekt in der massenhaften Teilnahme des Volkes sehen“.¹³ In allen Arbeitsstätten und Wohnvierteln sollen deshalb „Wachsamkeitsgruppen“ gebildet werden. Sie haben gegenüber den Milizen, die die Armee im Kampf gegen die RNM unterstützen sollen, vor allem ergänzende Aufgaben bei der Verteidigung der Bevölkerung, ihres Eigentums und der Garantie ihrer Sicherheit.

Es kann nicht überraschen, daß die FRELIMO ihre gegenwärtige Offensive als Kampf an allen Fronten begreift und folglich auch einen Zusammenhang sieht zwischen den Wirkungen der südafrikanischen Destabilisierungsstrategie und dem inneren Klassenkampf. Ein Ziel Südafrikas besteht ja gerade darin, durch die Ermutigung innerer Unzufriedenheit die moçambiquanische Revolution um ihre Früchte und damit auch um ihre Beispielwirkung zu bringen.

Die inneren Widersprüchlichkeiten der Entwicklung Moçambiques mit Hilfe einer simplen Agententhese interpretieren zu wollen, wäre verfehlt. Und zumindest voreilig wäre es zu behaupten, eine programmatisch völlig profillose, ganz und gar von Südafrika abhängige Terrorgruppe wie die RNM, die ihre militärischen Angriffsziele vor allem in zivilen sozialen und infrastrukturellen Einrichtungen sieht, könne in Moçambique mit einer sozialen Basis rechnen.

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) R. Kößler, Befreiungsbewegungen an der Macht, Perspektiven im Südlichen Afrika – Thesen zur Diskussion, in: ISSA, Nr. 8-9/1981, S.20
- 2) Ders., Die Partei erzieht das Volk. Anmerkungen zu einem Erfahrungsbericht, in: ISSA, Nr. 11-12/1981, S.18
- 3) Draft Theses for the Congress of the FRELIMO Party to be held in April 1983, Supplement to AIM Bulletin, Maputo, Nr. 76/Okttober 1982, S.4
- 4) Vgl. S. Viera, Vom Befreiungskampf zum ersten volksdemokratischen Staat Afrikas, in: AIB-Sonderheft 1/1981, S.11
- 5) Draft Theses, a.a.O., S.7
- 6) Vgl. zu den Zielen dieser Kampagne: M. Madörin, Moçambique: Politische Aspekte einer revolutionären Demokratie, in: ISSA, Nr. 5-6/1981, S. 29-35, und Nr. 7/1982, S. 19-23, hier S.22
- 7) Draft Theses, a.a.O., S.19
- 8) Vgl. Le Monde Diplomatique, Paris, Januar 1983; Wortlaut der Kongressresolutionen in: R. Falk/P. Wahl, Befreiungsbewegungen in Afrika, Köln 1980, S. 423ff.
- 9) Vgl. dazu: H. Graf, Zur Entstehung und Entwicklung der revolutionären Staatsmacht in der Volksrepublik Moçambique, in: Asien, Afrika, Lateinamerika (AAL), Berlin, Nr. 1/1981, S. 80f.; und M. Madörin, a.a.O., S. 29ff.
- 10) Dokumente der 7. Sitzung des Zentralkomitees der FRELIMO, in: ISSA, Nr. 10/1980, S.24
- 11) Vgl. z.B. den Bericht in: AIM Bulletin, Nr. 76/Okttober 1982
- 12) Zit. nach: ebenda
- 13) Draft Theses, a.a.O., S.19

Absender:

Ich fordere Sie auf, die sechs zum Tode verurteilten Freiheitskämpfer unverzüglich zu begnadigen und ihnen den Status von Kriegsgefangenen entsprechend der Genfer Konvention zuzuerkennen.

I urgently demand to reverse the death sentences for the six South African freedom fighters and to grant them Prisoner of war status according to the Geneva Conventions.

.....
(Unterschrift)

90 Pf

Luftpost

Airmail

**P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA**

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben

Mein Name:

Meine Adresse:

Mein Prämienvunsch:

.....

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

.....
Name

.....
Adresse

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

„die tat“ – die
antifaschistische Wochenzeitung

ist ein Forum für alle Demokraten,
alle Antifaschisten

„die tat“

- informiert über Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen und klärt auf über seine Triebkräfte und Wege zu seiner Verhinderung;
- tritt engagiert ein gegen Atomraketen und Neutronenbomben, für Frieden durch Abrüstung;
- kämpft gegen den Abbau demokratischer Rechte;
- beschäftigt sich ausführlich mit Entwicklungen der demokratischen Kultur.

„die tat“

ist also genau richtig für engagierte
Demokraten, genau richtig für SIE!



die
tat

**Sich
entscheiden.
Für „die tat“!**

POSTKARTE

Post-
karten-
porto

An

„die tat“/Röderberg-Verlag
Postfach 4129

6000 Frankfurt/M. 1

Er
hat sie
schon!



**„die tat“
bestellen**

ausfüllen ausschneiden wegschicken!



**die
tat**

Ich wünsche kostenlos
und unverbindlich
PROBEEEXEMPLARE

Ich bestelle ab dem ein
ABONNEMENT

Ich wünsche folgende Form des Abonnements

Normale Abonnementspreise (jährlich)	Sonderpreise für Auszubildende, Soldaten, ZDL, Arbeitslose	
Lieferung als Postvertriebsstück <input type="checkbox"/> DM 45,—	<input type="checkbox"/> DM 30,—	
Lieferung per Streifband <input type="checkbox"/> DM 54,—	<input type="checkbox"/> DM 39,—	
Auslandsbezug per Streifband <input type="checkbox"/> DM 63,—	<input type="checkbox"/> DM 48,—	

Kündigung jeweils 6 Wochen vor Quartalsende/Sonderpreise nur gegen Nachweis

den Abo-Preis zahle ich nach Erhalt der Rechnung
 bitte ich von meinem Konto abzubuchen

Konto

BLZ

bei

Bank bzw. Postscheckamt

Datum:

Unterschrift:

25

Lernen Sie „die tat“ doch
einfach mal kennen —
Bestellen Sie kostenlos und
unverbindlich Probeexemplare!
ODER:
Abonnieren Sie am besten
gleich!



Sollten Sie schon Leser der „tat“ sein —
was uns sehr freuen würde — diese Karte
bitte nicht wegschmeißen, sondern
WEITERGEBEN!

AIB-Prämienangebot

Abonnenten werben Abonnenten

Wir bitten unsere Leser um Unterstützung bei der Werbung neuer Abonnenten. Jeder AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bekommt von uns eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl aus dem unten aufgeführten Titelangebot. Erfolgreiche Werber erhalten die gewünschte Prämie umgehend zugesandt, wenn sie selbst Abonnenten sind und der neue Abonnent das Abo bezahlt oder die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt hat.

Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth
Der Kampf um El Salvador.
Volkserhebung und Intervention
260 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

Guatemala.
Der lange Weg zur Freiheit
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing
Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen
unter israelischer Besatzung
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)
Der Reagan Report.
Weltmacht USA in Nöten
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den
Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei — Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt
Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld
Land der Reisfelder.
Vietnam, Laos, Kampuchea
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ana Guadalupe Martínez
Die geheimen Kerker El Salvadors.
Das Zeugnis der Comandante Guerrillera
205 Seiten, Lamuv 1982

Marianné Cornevin
Apartheid
Mythos und Wirklichkeit
192 Seiten, Hammer 1981

Aufsteh!
Für den Frieden
158 Seiten, Lamuv 1982

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
Erinnerungen seines Privatsekretärs
429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme . . .
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des
ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Plácido Erdozain
San Romero de America.
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Frederik Vahle
Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
240 Seiten, Lamuv 1981

Horst-Eckart Gross/Klaus-Peter Wolf
CHE. Meine Träume kennen keine Grenzen
218 Seiten, Weltkreis 1982

Gabriel García Márquez
Die Geiselnahme
112 Seiten, Hammer 1982

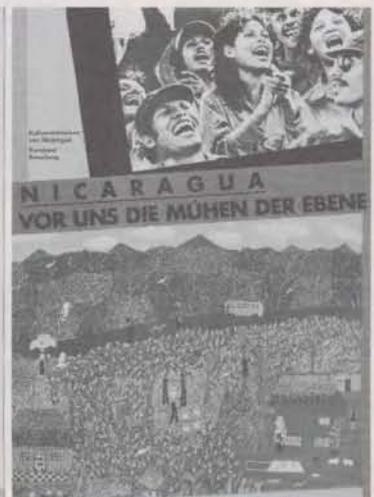
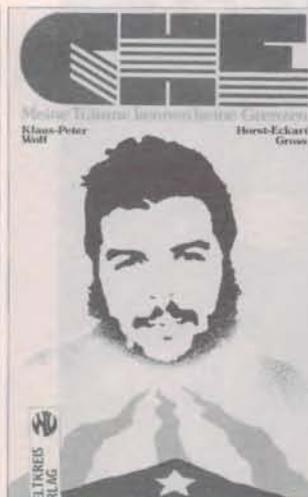
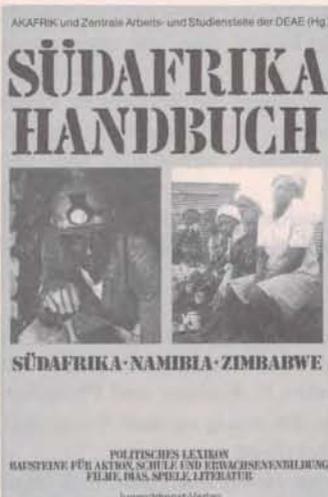
Prämien für 2 geworbene Abonnenten:

Peter Krieg
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein.
Lesebuch zum Film „Septemberweizen“
192 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1981

Ernesto Cardenal
Unser Land mit den Menschen die wir lieben
Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen
Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

C. Rincon/K. Tebbe (Hrsg.)
Nicaragua.
Vor uns die Mühen der Ebene
224 Seiten, Hammer Verlag 1982

Autorenkollektiv
Länder der Erde.
Politisch-ökonomisches Handbuch
7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981



Mitte Januar d.J. traten die direkten Verhandlungen zwischen den Regierungen des Libanon und Israels, die seit Dezember 1982 abwechselnd in Khalde (nahe Beirut) und dem israelischen Grenzort Kirjat Schmone stattfinden, noch immer auf der Stelle. Die Differenz ist grundsätzlicher Art: Während die libanesische Seite als vorrangigen Verhandlungsgegenstand den raschen Abzug der israelischen Truppen ansieht, will Israel die Themen „Normalisierung“ der zwischenstaatlichen Beziehungen und Einrichtung einer Sicherheitszone im Südlibanon vorschalten. Die moslemischen Kräfte des Libanon, einschließlich des Ministerpräsidenten Shafiq Wazzan, widersetzen sich einem solchen Versöhnungskurs ebenso wie die arabischen Unterstützungsmächte Syrien, Saudi Arabien u.a., von deren Finanzhilfe die Regierung unter Amin Gemayel abhängig ist. Anfang Januar d.J. griff Philip Habib, der Sonderbotschafter R. Reagans, in den festgefahrenen Verhandlungsprozeß ein, ohne allerdings der Regierung Begin echten Druck zu machen.

Der libanesische Außenminister Eli Salem schlug unterdessen den gleichzeitigen Abzug der Truppen Israels, Syriens und der Palästinensischen Befreiungsorganisation – PLO (im Bekaa-Tal und im Nordlibanon) vor, deren Platz die multinationale Streitmacht einnehmen sollte. Sie könne man von derzeit 4.300 Mann (aus den USA, Frankreich und Italien) innerhalb weniger Wochen verdoppeln und eventuell auf 15.000 erweitern. Syrien und die PLO-Führung haben ihre Bereitschaft zum simultanen Truppenabzug bekräftigt, wohingegen die Regierung Begin sich unnachgiebig zeigt und sich auf eine dauerhafte Besetzung einzurichten scheint. Zum Jahresbeginn beschuldigte Nabih Berri, Generalsekretär der Schiitenbewegung Amal, die israelischen Besatzer, sie formierten im Südlibanon „Dorfkomitees“ nach dem Vorbild der kollaborationsbeflissenen „Dorflichen“ im Westjordangebiet. Außerdem hätten „die Israelis mit den Arbeiten zur Umleitung des Wassers des Litani-Flusses nach Israel begonnen“. (Le Monde, 4.1.1983)

Die zur Jahreswende in der nördlichen Hafenstadt Tripoli zwischen prosyrischen Alawiten und sunnitischen Moslems entflammten Straßenkämpfe, die über 100 Tote forderten, oder gleichzeitige Konflikte zwischen christlichen Rechtsmilizen und Drusen im Ostlibanon dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zeichen im Lande der Zetern gegenwärtig auf Verbreiterung und Belebung des Widerstandes gegen die Okkupation Israels stehen (siehe ausführlich: AIB 11-12/1982, S. 11ff.). Der PLO-Vorsitzende Y. Arafat bezifferte Anfang Januar 1983 die von palästinensisch-libanesischen Widerstandskämpfern in den drei vorausgegangenen Monaten im besetzten Südlibanon durchgeführten militärischen Operationen auf 361. Dabei habe es auf israelischer Seite 340 Tote und Verwundete gegeben und seien 43 gepanzerte Fahrzeuge der Besatzer zerstört worden – keine guten Aussichten für jenen Raubfrieden, den Israels Verteidigungsminister Ariel Scharon Ende Dezember 1982 voreilig für schon besiegelt erklärt hatte...

Marjut Helminen

Das ausgeklügelte Zerstörungswerk der Israelis



Das Massengrab von Shatila

Um die Zustände im israelisch besetzten Teil des Libanon zu ergründen, entsandte die Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO) im November 1982 eine Untersuchungskommission nach Beirut. Marjut Helminen, Generalsekretärin der finnischen Liga für Menschenrechte und Freiheiten, gehörte dieser Kommission an. Wir bringen die Kurzfassung ihres Berichts, der in voller Länge im Human Rights Bulletin (Nr. 3/1982) der Liga veröffentlicht ist.

Die Reise nach Beirut war geistig sehr schwer zu verkraften. Wir haben natürlich keine Toten oder Verwundeten gesehen. Aber wir sahen all die Zerstörung, die von der israelischen Armee angerichtet wurde. Wir waren konfrontiert mit den Resultaten des unmenschlichen Tötens einer riesigen Anzahl von Zivilisten, das auf ausgeklügelte und gut organisierte Weise geschah...

Wir alle kennen mehr oder weniger die Statistiken dieses Krieges, in dem innerhalb von gut vier Monaten (Juni-September 1982) Zehntausende getötet, verwundet und verfehrt wurden.

Ungefähr 55.000 Menschen wurden verletzt, ca. 6.000 verschwanden. Noch immer befinden sich ungefähr 10.000 Palästinenser und Libanesen in israelischen Konzentrationslagern.

Allein Beirut belegten die israelischen Streitkräfte mit ca. 18.000 Bomben aus der Luft. Es waren die ausgeklügeltsten Waffen, die die Welt kennt, wie z.B. Splitter- und Phosphorbomben sowie andere Waffen, die einzig zu dem Zweck entwickelt wurden, Menschen effektiv zu vernichten.

Einer der erschreckendsten von vielen Beweisen, daß Israel seinen Angriff insbesondere gegen die Zivilbevölkerung rich-



Beirut nach der israelischen Aggression vom Sommer 1982: Trümmerfelder zuhauf

tete, daß es auf einen Völkermord zielte, sind Spezialbomben, die gegen Kinder eingesetzt wurden. Sie warfen aus den Flugzeugen Spielzeug, Puppen, Spielzeugautos usw. ab. Jedes war eine Bombe.

Große Wohngebiete wurden schwer beschädigt, die humanitären Einrichtungen der Palästinenser, wie Schulen, Kindergärten, Polikliniken, Krankenhäuser usw. wurden von den Israelis zerstört. Sie bombardierten die Stadt nicht blindlings, sondern nach einem genauen Stadtplan, der jedes Gebäude und seinen Zweck kennzeichnete.

Unsere Vorahnungen über die Situation im Libanon wurden zur Gewißheit, sobald wir auf dem Flughafen von Beirut zur Landung ansetzten. Ein erster Schock war es, als wir vom Flugzeugfenster aus sahen, daß die Israelis direkt neben dem internationalen Flughafen von Beirut Stellung hielten. Das war real. Die Okkupation war gegenwärtig. Von diesem Punkt an bis zur Südgrenze des Libanon sind sie präsent und kontrollieren über die Hälfte des Territoriums des Landes. Wir wollten in den Südlibanon, um dies mit unseren eigenen Augen zu sehen und um vor allem Hinweisen nachzugehen, die anzeigen, daß die Israelis das Land mit dem Ziel besetzten, lange zu bleiben. Diese Reise wurde abgesagt, weil die Israelis nach der Explosion ihres militärischen Hauptquartiers für die südliche Region in Tyrus (vom 13.11.1982) die Straßen in den Süden sperrten. Bezüglich der Explosion erfuhren wir, daß sie von den patriotischen Kräften organisiert wurde und nicht – wie die Israelis behaupten – ein Unfall war.

Wir trafen aber Leute, die nur wenige Tage vor unserer Ankunft dort gewesen waren. Unter ihnen befanden sich zwei finnische Ärzte, von denen einer früher im Krankenhaus des

Flüchtlingslagers Ain El-Helweh gearbeitet hatte.

Sie sagten, daß der Ort nicht wiederzuerkennen gewesen wäre. Das Lager sei völlig zerstört. „Wir liefen durch die Ruinen und hatten Tränen in den Augen“, sagten sie. Das Krankenhaus, in dem sie gearbeitet hatten, war zerstört und leer.

In den Straßen von Beirut war es friedlich. Es gab eine Menge von Kontrollpunkten der libanesischen Armee. Als wir durch die Straßen fuhren, wurden wir vier oder fünfmal aufgefordert, unsere Papiere vorzuzeigen.

Während unseres Aufenthaltes kam es kaum zu Schießereien. Nach der Explosion in Tyrus explodierten zwei Autos in dichtbesiedelten Gebieten Beiruts. Unsere Gastgeber sagten, daß diese Explosionen offensichtlich von den Israelis durchgeführt wurden, um die patriotischen Kräfte zu bestrafen. Mehrere Menschen wurden dabei verletzt, einige kamen ums Leben. Wir hörten noch eine weitere größere Explosion und Schüsse. Während der Nächte gab es verstärkte Militärpatrouillen in den Straßen.

In der Stadt konnte man die internationalen Streitkräfte – die US-amerikanischen, französischen und italienischen (nunmehr über 4.000; d. Red.) – sehen, im Hafen die Kriegsschiffe der USA. Es war besonders schwer, US-Soldaten in den Straßen der Stadt zu treffen. Ich frage mich nur, was diese Jungs verstehen und wie sie ihre Verantwortung sehen – insbesondere nach der Besetzung von Beirut und den Massakern von Sabra und Shatila!

Im Stadtzentrum, wo sich die Geschäfte und Bürohäuser befinden, ist schon viel getan worden, um die Zerstörungen zu beseitigen. Gemäß dem bekannten Prinzip, daß der Verbrecher den Schaden bezahlen muß, den er verursacht hat,

Fathi Arafat

Israels Krieg gegen unser Volk dauert an



Israelische Granateinschläge in Beirut Krankenhaus

Dr. Fathi Arafat, Vorsitzender des Palästinensischen Roten Halbmondes (Rotes Kreuz) und der Palästinensischen Ärztereinigung, besuchte im Dezember 1982 die Bundesrepublik. Er nahm an einer vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) organisierten Palästina-Solidaritätsveranstaltung am 3.12.1982 in Essen teil, an der auch der jüdische Schriftsteller Erich Fried, der stellvertretende Leiter des Bonner PLO-Büros, Mahmud Alaeddin, der Vizepräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, Prof. Gerhard Stuby, sowie der palästinensische Sänger Mustafa el-Kurd mitwirkten. Fathi Arafat, ein Bruder des PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat, traf außerdem mit Vertretern der Solidaritätsbewegung zu einem Rundtisch-Gespräch in Essen zusammen. Wir dokumentieren Ausschnitte der Äußerungen F. Arafats während dieses Gesprächs:

Nach dem Libanonkrieg ist die Lage der palästinensischen Flüchtlinge sehr schlecht. Die Familien im Süden verloren ihre Männer. Sie verloren ihre Häuser; die zu 80% zerstört wurden. Sie verloren auch die Unterstützung der Revolution (gemeint ist hier die Anwesenheit von Kampfverbänden der PLO in den Lagern; d. Red.), die ihnen Schutz gewährte.

Ihnen gingen sogar ausländische Hilfsquellen verloren, weil die israelischen Besatzer lediglich den Vereinten Nationen und einigen anderen internationalen Organisationen Zugang gewähren. Und der Geist, der diese internationalen Organisationen beherrscht, ist ja hinlänglich bekannt. 90% ihres Budgets werden für Experten und Verwaltungskosten verausgabt. Und unser Volk erhält nur einen sehr kleinen Anteil.

Und weil wir Palästinenser kein Recht haben, dorthin zu gehen, brauchen die Menschen in den Lagern die Hilfe von unseren ausländischen Freunden. Sie brauchen Geld, um ihre Wohnungen wenigstens teilweise wiederaufbauen zu können. Sie brauchen Ärzte,

müßte Israel für alles aufkommen. Stattdessen, so erfuhren wir, stellt Saudi Arabien Geld für die Wiederaufbauarbeiten in diesen Gebieten zur Verfügung.

Ein anderes Bild bot sich jedoch in den Flüchtlingslagern, bei denen es sich im Fall von Sabra und Shatila nicht um Zeltlager, sondern um große Wohngebiete, um Stadtteile handelt.

Die Menschen leben dort seit 1948. Sie wohnen oder wohnen in ein- bis fünfstöckigen Häusern aus Beton. Jetzt sind ca. 60% dieser von Palästinensern und Libanesen bewohnten Gebiete beschädigt oder zerstört. Von Wiederaufbau oder einer Ausbesserung der Schäden war nichts zu sehen.

Man sagte uns, daß in einigen Siedlungen die Palästinenser ihre Häuser nicht wieder aufbauen oder reparieren dürfen. Lastwagen und Planiermaschinen räumten nur die Überreste einiger Häuser weg.

Wir gingen in die Lager Sabra und Shatila. In Shatila sahen

Medikamente und Ausrüstungen für ihre medizinische Versorgung. In Westbeirut ist die Situation etwas anders. Dort haben wir Krankenhäuser, das Gaza-, Akkra- und Haifa-Krankenhaus, die noch immer arbeiten. Aber wir benötigen für sie Geld, um sie wieder instand zu setzen oder wieder aufzubauen. Der größte Teil der Ausrüstungen wurde zerstört.

Im Akkra-Krankenhaus haben israelische Truppen – wie Fotos und Karten der Zeitschrift Newsweek dokumentieren – ein Massaker veranstaltet. Und Akkra liegt außerhalb des Gebietes von Sabra und Shatila, wo rund 3.000 Menschen ermordet wurden. Die volle Verantwortung für die Massaker trifft hier wie da Begin und Reagan (siehe ausführlich: AIB 11-12/1982, S. 4-15).

Die Israelis führten auch Krieg gegen die Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern, von denen viele unter den Opfern der Massaker waren. Noch immer sind 500 Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern verschollen, also ermordet oder verschleppt worden. Die ein-



Fathi Arafat auf der ASK-Veranstaltung in Essen

zigen palästinensischen Institutionen im Süden und Westbeirut sind diese Krankenhäuser. In ihnen haben wegen der großen Obdachlosigkeit tausende Menschen Zuflucht gefunden. Wir brauchen dringend ausländische Ärzte, um die Krankenhäuser wieder herzustellen und diesen Menschen zu helfen.

Der Krieg im Libanon ist für unser Volk noch nicht zu Ende. Am 2. Dezember 1982 beispielsweise wurden zwei Menschen getötet und 4 verletzt im Gefangenenerlager Al Ansar (bei Nabatiye). Außerdem sind wir im Norden und Osten (Bekaa-Ebene) des Libanon weiter präsent. Dort ist auch bislang der Palästinensische Halbmond intakt geblieben.

wir ein Massengrab, in dem 400 Leichen gefunden worden waren. Wir lernten eine Frau und ihre Nichte kennen. Sie erzählten uns, daß 30 ihrer Angehörigen bei dem Massaker ermordet wurden.

Der Ehemann der Frau wurde mit einer Axt in kleine Stücke zerhauen. Das Mädchen zeigte uns die Stelle, wo die Familienmitglieder zusammengetrieben und erschossen worden waren. Die Erde war immer noch ganz schwarz vom Blut, in den Wänden sah man Einschußlöcher, und sogar an der Decke des Hauses war Blut, das von draußen durch die Fenster spritzte, als die palästinensische Familie massakriert wurde.

Wir sahen wie die Menschen gingen, um Wasser zu holen. Kinder im Alter zwischen sechs und elf Jahren scheinen für gewöhnlich diese Verantwortung übernommen zu haben. Sie tragen das Wasser in Plastikemern mehrere hundert Meter weit zu ihrem Haus.

Die Hauptstraße von Shatila war ein offener Abwasserkanal. Ich frage mich, wie es dort aussehen wird, wenn erst die Winterregen richtig einsetzen. Kinder spielten in dieser Kloake, als wir vorbeikamen.

Aber jetzt gibt es wenigstens Wasser, das die Kinder holen können. Während des Angriffs im Sommer 1982 hatten die Israelis eine Wasser- und Stromsperre verhängt. Sie unterbrachen die Lieferung von Nahrungsmitteln und sogar von Arzneimitteln in die Stadt.

Wir nahmen uns Zeit, durch die Stadt zu gehen, um die aus der Sicht des Krieges wichtigsten Punkte zu besichtigen. Wir sahen das israelische Hauptquartier in der Nähe der Botschaft von Kuwait und konnten uns mit eigenen Augen davon überzeugen, daß die Israelis alles, was in Sabra und Shatila vorging, ausgezeichnet beobachten konnten.

Ich habe mich von der tiefen Bereitschaft der breitesten Bevölkerungsschichten, sich gegen die israelische Okkupation zu vereinigen, überzeugen können. Man sagte uns, daß die Libanesische Nationalbewegung (Front der nationalprogressiven Kräfte unter Vorsitz W. Djoumlatts; d. Red.) ihre Arbeit in Zukunft nicht in der gleichen Art und Weise weiterführen wird wie während des Krieges.

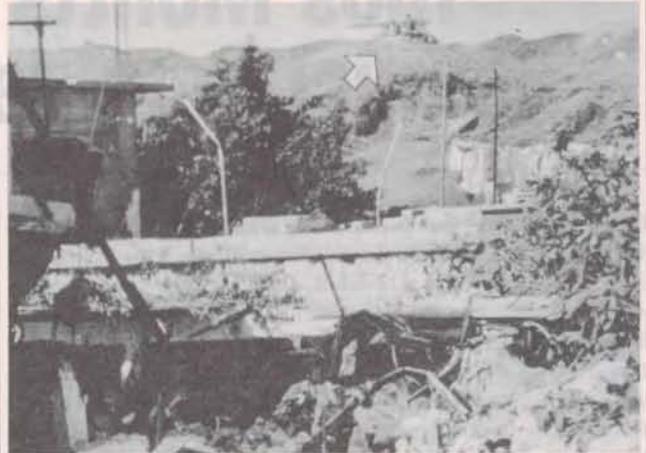
Ihre Hauptkräfte streben eine sehr breite patriotische Widerstandsfront gegen die israelische Besetzung an. Es herrscht ein starker Wille, den Libanon und alle seine patriotischen Kräfte im Kampf für nationale Integrität, Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu vereinen.

Der starke Wille des Volkes, in Freiheit, in Frieden zu leben, war bewundernswert. Er kam auf vielfältige Weise zum Ausdruck, besonders aber darin, wie die gewöhnlichen libanesischen und palästinensischen Menschen die kleinen Alltagsfreuden genossen. Gerade wegen der Tragödie und Zerstörung brauchen die Menschen Kraft, um weiterzuleben, menschlich zu bleiben und ihren Kampf weiterzuführen für den richtigen Weg, für die gerechte Lösung des Nahostproblems, die die Rechte des palästinensischen Volkes garantiert.



Kommissionsmitglieder M. Helminen (r.) und Aida Figueroa (l., Chile); mit der Präsidentin der Libanesischen Frauenrechtsliga, Linda Matar

Palästinensische Kriegsgefangene als Todeskandidaten



Beweis der Mitverantwortung: Israelischer Beobachtungsposten oberhalb von Shatila (siehe Pfeil; aus :Stern); israelisches Gefangenenlager Ansar (unten)

In einem Brief an die israelische Knesset (Parlament; d. Red.) enthielt das Mitglied von Rakah (KP Israels; d. Red.), Tawfiq Toubi, ein schreckliches Verbrechen, das israelische Vollzugsbeamte an palästinensischen Gefangenen im al-Jalamel-Gefängnis begangen haben. 14 palästinensische politische Gefangene starben in den letzten Monaten an den Folgen der Folter. Andere Gefangene sind zusammengebrochen und leiden an einem psychischen Schock, der von der Folter und den unmenschlichen Bedingungen ihrer Inhaftierung herrührt.

Toubi forderte in der Knesset, die israelischen Behörden sollten diesen mörderischen Praktiken und der Folter an palästinensischen Kriegsgefangenen ein Ende setzen. In Toubis Antrag an die Knesset kam ebenfalls an die Öffentlichkeit, daß die israelische Demokratische Front für Frieden und Gerechtigkeit (Parlamentsfraktion der Rakah, der Black Panther und anderer Linkskräfte; d. Red.) über sichere Informationen verfüge, daß Tausende von Palästinensern im Libanon verhaftet wurden, ohne daß die Öffentlichkeit über ihr Schicksal und ihren Aufenthaltsort Bescheid weiß.

Toubi erklärte, daß die Gefangenen schlimmen Formen von Folter unterworfen würden. Als ein Beispiel nannte er den Fall eines Gefangenen, dem über eine Woche das Wasser verweigert wurde. Am Ende der Woche wurde er von zwei israelischen Soldaten auf einem Tisch festgehalten, während ein dritter israelischer Soldat einen Schlauch in den Magen des Gefangenen würgte. Daraufhin wurde so lange Wasser in seinen Magen gepumpt, bis er starb.

Die israelische Tageszeitung Davar berichtete über die harten Haftbedingungen, denen die palästinensischen und libanesischen Häftlinge in dem Konzentrationslager Ansar in der Nähe von Nabatiyeh ausgesetzt sind. 5.000-6.000 Gefangene werden von den israelischen Invasionstruppen in Ansar gefangengehalten. 45 Häftlinge müssen in einem Zelt wohnen, schutzlos dem kalten und regnerischen Wetter im Südlibanon ausgesetzt.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 45/3.12.1982)

Doris Mies

Rios Montts „ehrenwerte“ Vernichtung der „Subversiven“

Ein Treffen im honduranischen San Pedro de Sula am 4.12.1982 mit Guatemalas Diktator Efraim Rios Montt bildete den krönenden Abschluß der Lateinamerikareise Ronald Reagans. Der Präsident der USA bescheinigte seinem Gesprächspartner den Charakter „eines Mannes mit großer Integrität“ und versicherte: „Die USA werden Guatemala im Kampf gegen die Aufständischen und auf dem Wege zur Demokratie unterstützen.“ (El Pais, 6.12.1982) Eine Demokratisierung ausgerechnet mit Hilfe des antidemokratischen Putschführers vom März 1982, unter dessen Regiment mittlerweile zwischen 5.000 und 10.000 Menschen massakriert wurden? Die guatemaltekeische Menschenrechtskommission spricht außerdem von 100 dem Erdboden gleichgemachten Dörfern und von 1 Mio Vertriebenen zum Jahresende 1982. Die Reagan-Administration hat dessen ungeachtet für 1983 ein Riesenspaket an Militär- und Wirtschaftshilfe für das Regime des Generals Montt locker gemacht (siehe Kasten). E. Rios Montt suchte nach der Begegnung von San Pedro de Sula, die Hilfszusagen Washingtons zu rechtfertigen, indem er für die Zukunft Wahlen versprach und die von seiner Soldateska verübten Massaker bestritt: „In Guatemala gibt es kein Blutvergießen. Wenn wir schießen müssen, schießen wir, aber nur mit Übereinstimmung der Gesetze; wir töten jedoch nicht, um zu töten... Welche Massaker? Bei uns gibt es keine Strategie der verbrannten Erde, sondern nur eine der verbrannten Kommunisten.“ (Ebenda) In einem Ge-

spräch mit dem US-Magazin Newsweek vom 13.12.1982 präzierte General Montt: „Gott verleiht all jenen Macht, die er mag, und er verlieh sie mir... Ich bin nur ein Christ – und ein Christ ist ein Mann von ehrenwertem Charakter, der Respekt vor anderen hat und das Wort Gottes zur Anwendung bringt.“

Und das heißt für Rios Montt insbesondere „Krieg gegen die Subversiven“, begleitet von einer Kampagne zur Vereinnahmung der indianischen Mehrheit des Landes. Sein Programm der „Bohnen und Gewehre“ (siehe ausführlich in: AIB 9/1982, S. 16-19) schließt daher neuerdings auch demonstrative Armenspeisungen durch Regierungstruppen, die Verkündung von Moraleboten für die Armee und die Rekrutierung von gegenrevolutionären indianischen Milizen mit ein.

Als „Endkampf“ wird im Jargon Rios Montts die militärische Offensive bezeichnet, die guatemaltekeische Regierungstruppen, paramilitärische Banden und Spezialeinheiten in der Guerillabekämpfung („kaibiles“) gegen die Zivilbevölkerung führen. Das geschieht vor allem im westlichen Hochland – dem Hauptoperationsgebiet der revolutionären Volksbefreiungskräfte.¹

Teil dieses Ausrottungsfeldzuges gegen die dort ansässige Landbevölkerung indianischer Abstammung war das für Oktober 1982 geplante Massaker an 5.000 Bauern im



Die „Bohnen und Gewehre“ des Rios Montt (l.); Soldaten bei der Verteilung von heißer Milch (M.); Opfer von Todesschwadronen bei Guatemala Stadt

Flüchtlingslager Choatalum in San Martin Jilotepeque (Departement Chimaltenango). Die Existenz solcher Flüchtlingslager – auch als „strategische Dörfer“ bezeichnet – wurde in guatemaltekischen Militärkreisen offiziell bestätigt.

Alle Bauern, die ihr Dorf auf der Flucht vor dem Terror verlassen, werden zunächst in diesen Spezialcamps (sie sind durch Stacheldraht von der Umgebung hermetisch abgeriegelt) konzentriert, um „sie vor der Subversion zu schützen“, wie der Oberbefehlshaber der guatemaltekischen Streitkräfte, General Hector Mario Lopez Fuentes erklärte.² Sie werden dann wieder in ihre Heimatdörfer zurückgebracht, wo sie künftig unter Kontrolle der „Zivilen Verteidigungskomitees“ stehen. Das Montt-Regime bezweckt mit diesen Aktionen, den revolutionären Kräften die soziale und damit auch Versorgungsbasis zu entziehen.

Das Massaker an den 5.000 Bauern konnte zwar auf internationalen Druck hin – vor allem seitens Mexikos, Venezuelas, Panamas und Kolumbiens – verhindert werden, doch der Mordfeldzug gegen die Zivilbevölkerung geht weiter. Nach Angaben der guatemaltekischen Menschenrechtskommission wurden seit dem Machtantritt Rios Montts im März 1982 8.000 Menschen ermordet und etwa 25 Universitätsangehörige verschleppt.

Das Morden geht weiter

Der für kurze Zeit aus Gründen der Imagepflege eingeschränkte Terror in den Städten wird mittlerweile wieder eifrig praktiziert. Die Aufgabe der neu eingerichteten „Militärtribunale“ besteht darin, „subversive Elemente“ ohne Verteidigungsrecht schnell und stillschweigend abzuurteilen. Diese Maßnahmen zeugen von der wachsenden Ohnmacht des Regimes, dem Volkswiderstand erfolgreich zu begegnen. Um die revolutionären Kräfte nicht nur militärisch, sondern auch politisch zu schlagen, sieht die Montt-Diktatur nach Aussagen ihres Innenministers Ricardo Mendez Ruiz auch die Notwendigkeit, eine „ideologische Offensive“ zu starten.

In der Praxis sieht das dann zum Beispiel so aus: Man versucht der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, daß die 5.000

US-Hilfen für die Aufstandsbekämpfung

Trotz des zunehmenden Widerstands im US-Senat sagte die Reagan-Administration dem Diktaturregime Guatemalas die Wiederaufnahme der Militärhilfe zu. Sie war 1977 von Präsident Carter im Rahmen seiner Menschenrechtskampagne eingestellt worden.

Die Regierung Reagan hat dem Montt-Regime für das Jahr 1983 0,25 Mio Dollar für militärische Ausbildungszwecke zugesagt. Zudem beantragte er beim Kongreß in Washington 3,7 Mio Dollar für Ersatzteillieferungen für Kampfhubschrauber an die guatemaltekische Armee sowie weitere 50 Mio Dollar für „Entwicklungsprogramme“, die im Rahmen der Aufstandsbekämpfung verwandt werden sollen.

Um den US-Kongreß zur Absegnung dieser Hilfszusagen zu bewegen, sucht das Weiße Haus vorzugaukeln, die Menschenrechtsslage in Guatemala habe sich spürbar verbessert. Ein schwieriges Unterfangen, appellierten doch zu Jahresende die Vereinten Nationen an alle Regierungen, dem Montt-Regime wegen der Unterdrückungspraktiken keinerlei militärische Hilfen mehr zukommen zu lassen. Erst kürzlich gelang es oppositionellen US-Senatoren nachzuweisen, daß das Verteidigungsministerium der USA längst illegale Unterstützung gewährt. So bildete der Militärattaché der US-Botschaft in Guatemala, Benjamin Castro, Piloten der guatemaltekischen Luftwaffe aus. Die Rechtfertigung des Pentagon, Castro betätige sich nur in seiner Freizeit als Ausbilder, bezeichneten die Senatoren als lächerlich, denn Offiziere hätten ihrem Land ganztags zu dienen, also keine Zeit für derartige „Hobbies“.

Darüber hinaus vermag das Montt-Regime die „Wirtschaftshilfe“, die ihm von ausländischen Geldgebern zufließt, für seine als „Entwicklungshilfe“ getarnten Programme zur Aufstandsbekämpfung umzuleiten. Zum Beispiel wird der 28-Mio-Dollar-Kredit der Interamerikanischen Entwicklungsbank für den „Ausbau von Grundschulen“ derart zweckentfremdet eingesetzt, nämlich in den umkämpften Kriegsschauplätzen der Provinzen Baja Verapaz, El Quiché, Huehuetenango usw.

Das trifft schließlich auch auf einen Kredit von mehr als 150 Mio Dollar zu, welchen die Weltbank auf Betreiben der Regierung Reagan dem guatemaltekischen Regime für 1983 bereitstellte. Die Gelder sind offiziell für die „soziale Entwicklung des guatemaltekischen Hochlandes“ bestimmt. Doch eben diese Region ist gegenwärtig Schwerpunkt der Aufstandsbekämpfung. Und der Bestimmungszweck der Weltbankkredite, so die Errichtung von „Modell-Dörfern“, von Trassen und das Ausweiten der Telefonverbindungen, zeigt an, daß hier tatsächlich eine Effektivierung der Infrastruktur für Armeeaktionen gegen die Guerilla betrieben wird.

Bauern aus Jilotepeque bei den Militärs um „Schutz“ vor den militärischen Aktionen der revolutionären Kräfte ersucht hätten. Das Regime ist zu einer breitangelegten Kampagne übergegangen, in der der Landbevölkerung demagogisch Hilfe gegen „subversive“ Übergriffe angeboten wird.

Das, was das Regime unter der Taktik „Bohnen und Gewehr“ versteht, erklärte Innenminister Mendez Ruiz folgendermaßen: Parallel zu der Militäroffensive (sprich: Gewehr) führt die Regierung auch „positive Aktionen in geographischen Regionen durch, die seit Jahren von der Bevölkerung verlassen wurden. Eine dieser Aktionen ist die der Bohnen“.³

Ein weiteres derzeit beliebtes Mittel der psychologischen Kriegsführung ist die ständige Verbreitung von Gerüchten über gescheiterte Putschversuche. Der letzte Versuch dieser Art soll nach Aussagen des Regimes im Oktober 1982 von Oberst Gordillo (im Juni 1982 von Montt vor die Tür gesetzt) unternommen worden sein.

Um die Bevölkerung im ständigen Angst- und Schreckenszustand zu halten, werden fast täglich in den Städten Ausweiskontrollen und Hausdurchsuchungen vorgenommen sowie Personen verhaftet. Die letzte große Operation dieser Art wurde am 24. Oktober 1982 in der Hauptstadt von Polizei- und Armee-Einheiten in einer Stärke von 5.000 Mann durchgeführt.





OPRA-Guerilleros auf dem Marsch durch den Busch

Das Montt-Regime beabsichtigt einen neuen Anlauf, sein innenpolitisches Profil aufzubessern: Zum Jahresende sind zwei Gesetzesausarbeitungen vorgesehen – das Gesetz über die politischen Parteien und ein Wahlgesetz. Die Guatemalteken sollten wieder „Vertrauen in den Wahlprozeß und die verfassungsgebenden Institutionen“ bekommen.

Als bewährte Methode zur Ablenkung von innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist das Regime in letzter Zeit dazu übergegangen, die Spannungen an der 800 km langen Grenze zu Mexiko zu schüren. Die Proteste Mexikos gegen unaufhörliche Grenzverletzungen seitens Guatemalas werden von Ríos Montt als „infame Kampagne“ abgetan. Mit der Unterstützung Washingtons arbeitet das Regime an der Schaffung eines „Sicherheitsgürtels“ an der Grenze, um somit die Flucht der guatemaltekischen Zivilbevölkerung nach Mexiko zu verhindern.

Bewaffnete URNG-Aktionen jetzt landesweit

Das UN-Hochkommissariat schätzt im mexikanischen Bundesstaat Chiapas die guatemaltekischen Flüchtlinge auf 30.000 bis 40.000. In den vom Montt-Regime geschürten Grenzkonflikt sehen politische Beobachter auch die Absicht Washingtons, auf diese Weise Mexiko zu einer härteren Gangart in seiner Mittelamerikapolitik zu bewegen.

Die Reagan-Administration ist zur Zeit damit beschäftigt, ein günstiges Klima im Kongreß für die Zustimmung zu einer offiziellen Wiederaufnahme militärischer Hilfe für Guatemala zu schaffen. In diese Richtung zielte auch ein am 14. Oktober 1982 veröffentlichtes Senats-Memorandum, in dem auf die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Guatemala hingewiesen wurde. Eine Wiederaufnahme militärischer Unterstützung – in der Diskussion ist derzeit die Lieferung von Hubschrauber-Ersatzteilen – würde dazu beitragen, zusätzliche „Reformen“ in Angriff zu nehmen.

Das, was an Waffen und Zubehör für das guatemaltekische Militärregime nicht direkt aus Washington kommt, wird von Ronald Reagans Intimstiftern geliefert. Den ersten Platz in Waffenlieferungen an Guatemala nimmt gegenwärtig Israel ein. Guatemala ist Hauptabnehmer israelischer Waffen in Mittelamerika.

Es wird in erster Linie solches Militärgerät gekauft, das direkte Anwendung in der Guerillabekämpfung findet: Kampfflugzeuge Arava, Panzerfahrzeuge REY-MK, Galil-Gewehre usw. Zu den neuesten israelischen Lieferungen gehört ein modernes Computer-System, das zur Informations-

speicherung und Ausarbeitung von Spionagemethoden gegen die revolutionären Volkskräfte dient.

Die Regierung Begin gibt – neben chilenischen, argentinischen und taiwanesischen – guatemaltekischen Offizieren und Militärkadern Unterricht in der Guerillabekämpfung. Und sie hat praktisch die Ausbildung der 8.000 Mann übernommen, die die guatemaltekischen Luftstreitkräfte bilden. Den politisch-militärischen Organisationen, die seit Februar 1982 in der Guatemaltekischen Revolutionären Einheit (URNG)⁴ zusammengeschlossen sind, ist es in den vergangenen Monaten gelungen, den Montt-Truppen erhebliche Verluste zuzufügen. Ausdruck für diese zunehmende militärische Schlagkraft ist auch die im September 1982 neu eröffnete Front „Tecun Uman“ (FAR) im westlichen Hochland.

Die URNG berichtet, daß sich der revolutionäre Volkskampf heute über das ganze Land erstreckt. Die Bevölkerung integriert sich zunehmend in den verschiedensten Kampffronten. Die Guerillaaktivitäten im Westen und Nordwesten des Landes, wo die Mehrheit der Bevölkerung angesiedelt ist, haben nach Aussagen der URNG mittlerweile ein Niveau erreicht, das den Schritt zu einer neuen Kampfphase in kürzester Zeit erlauben wird.

Anmerkungen:

- 1) Siehe ausführlich: AIB 9/1982, S. 16ff.
- 2) Prensa Latina, San José, 22.10.1982
- 3) IPS, 18.10.1982
- 4) Wortlaut des Gründungsdokuments der URNG siehe in: AIB 4/1982, S. 13-14

B 2482 F

tendenzen

Darmitz Verlag
München
Nr. 140
23. Jahrgang
Oktober-Dezember 1982
DM 8,50



**Mittel
amerika
wird
frei**

**Kenn
zeichen
d 7**

Kunst und Befreiung in Mittelamerika. Damit setzt sich das Heft 140/1982 der „tendenzen. Zeitschrift für engagierte Kunst“ auseinander.

Aus dem Inhalt:
Lore Schultz-Wild: Bauern, Indios, Muralisten. Kunst in Nicaragua
● Reiner Diederich/Richard Grübling: Jesus und die Guerilleros. Gespräch mit Bauernmalern aus Nicaragua ● Ulrich Krempel: Der Triumph der Rumba. Zur Geburtsgeschichte der modernen kubanischen Malerei ● Wolfgang Bender: Befreiung von Babylon. Die Rasta-Maler auf Jamaica ● Hella Schlumberger: Bei den Faschisten in Guatemala

Außerdem enthält das Heft eine ausführliche Einschätzung der Westberliner Lateinamerika-Ausstellung „Horizonte '82“.

Die „tendenzen“ sind zu beziehen über: **Darmitz Verlag, Hohenzollerstr. 146, 8000 München 40.**
Einzelheft: 8,50 DM, Jahresabonnement: 32 DM (für Studenten: 27 DM)

Tomas Borge

Unser Volk ist einsatzbereit

In den nördlichen Provinzen Nikaraguas herrscht ein un-erklärter Krieg. Seit Dezember 1982 sind aus den früheren Zwischenfällen an der honduranischen Grenze massive Übergriffe der Somozagardisten auf nikaraguanisches Territorium geworden. Die jetzt in bis zu 500 Mann starken Kontingen-ten von Honduras aus nach Nicaragua eindringenden Kon-terrevolutionäre, die neuerdings in der „Nationaldemokrati-schen Front“ (FDN; siehe: AIB 1/1983, S. 4ff.) zusammen-geschlossen sind, erschießen Mitglieder der sandinistischen Massenorganisationen und entführen bei der Feldarbeit an-getroffene Bauern nach Honduras. Mitte Dezember 1982 konnte die bislang größte Offensive der Söldnertruppen in der Provinz Nueva Segovia zurückgeschlagen werden, doch kam es bereits in den ersten Tagen des Jahres 1983 wie-derum zu schweren Zwischenfällen.

Obgleich ein neues US-Gesetz Aktionen des CIA zur Provo-zierung der nikaraguanischen Regierung untersagt und Ni-karagua mehrfach gegen die honduranische und US-Unter-stützung der Interventionstruppen protestiert hat, setzt CIA-Chef W. Casey diese Unterstützung unter dem Deckmantel fort, es gelte, Waffenlieferungen Nikaraguas an die salvado-rianische Guerilla zu unterbinden.

Im folgenden Interview nimmt Kommandant Tomas Borge, Führungsmittglied der Sandinistischen Front zur Nationalen Befreiung (FSLN) und Innenminister Nikaraguas, Stellung zur aktuellen Lage.

FRAGE: Glauben Sie, daß die US-Amerikaner Sie angreifen werden?

T. BORGE: Ich glaube nicht. Ich glaube auch nicht, daß Honduras seine Armee gegen uns einsetzen wird, es hätte zu viel zu verlieren.

Sie würden gegen unser Volk, das einsatzbereit wäre, weil es seinen Boden verteidigt, Bauern einsetzen, die nicht wüßten, warum sie in einem Land kämpfen, das nicht das ihrige ist.

FRAGE: Und die gemeinsamen Militärmanöver der USA und Honduras?

T. BORGE: Die fanden nur statt, um uns zu beeindrucken. Und auch, um uns zu täuschen, uns glauben zu machen, die Aggression käme aus dieser Richtung.

FRAGE: Mit wievielen bewaffneten Somozisten haben Sie es zu tun?

T. BORGE: In Honduras gibt es 5.000 und auf unserem Territorium ständig um die 1.000.

FRAGE: Was wird passieren, wenn die 5.000 in das Land eindringen?

T. BORGE: Wir werden ihnen 200.000 Leute entgegenstel-len, und es wird keine Grenze mehr geben.

FRAGE: Was will Reagan Ihrer Meinung nach erreichen?

T. BORGE: Er will uns vernichten, aber er weiß nicht, wie. Also probiert er es mit allem Möglichen.

Er ignoriert, daß wir an die Gefahr gewöhnt sind und daß sie uns anspornt. Er macht es uns außerdem möglich, die Bevöl-kerung zu mobilisieren. Mit ihrem Wunsch, unsere Revolu-tion zu zerschlagen, können die US-Amerikaner ganz Mittel-amerika in Brand stecken.

Am Ende werden sie die Verlierer sein: Denn die Völker werden dann ihre Tyrannei abschütteln und ihre Würde wiederfinden.

FRAGE: Möchte Reagan Sie nicht radikalisieren?

T. BORGE: Wenn das der Fall sein sollte, hat er nichts von unserer Revolution verstanden. Was er auch macht, wir wer-den nicht mehr oder weniger radikal sein.

Wir sprechen nicht von politischem Pluralismus und einer gemischten Wirtschaft, um den Amerikanern zu gefallen. Es handelt sich um unser Programm, und wir werden es bei-behalten, egal wie die Politik R. Reagans aussehen wird.

FRAGE: Pluralismus, das heißt Wahlen. Welche Wahlen?

T. BORGE: Wir wissen es noch nicht. Wir werden die Wahl-systeme anderer Länder studieren, um ein an die Realität unseres Landes angepaßtes Wahlsystem zu erarbeiten.

FRAGE: Beinhaltet Ihre Konzeption von Pluralismus die



Miliztraining auf einem Fabrikgelände in Managua

Möglichkeit für die Opposition, an die Macht zu kommen?

T. BORGE: Um offen zu sein, ich glaube nicht, daß es dafür Bedingungen geben wird.

FRAGE: Warum haben die Miskito-Indianer gegen Sie revol-tiert?

T. BORGE: Als die Revolution an der Atlantikküste ankam, wußte sie nichts von den Indianern. Sie hatte keinerlei ethnologisches Wissen. Sie war ungeschickt und benutzte übereilte Methoden.

Die Miskitos haben sich gewehrt, einige haben zu den Waf-fen gegriffen. Wir waren gezwungen, sie zu unterdrücken. Es ist weder die Natur noch die Absicht der Revolution zu unterdrücken, aber wir waren gezwungen, es zu tun.

(Quelle: Le Monde, Paris, 19./20.12.1982)

Peter Garcia

Die Guerilleros bleiben kampfbereit

Ein Skandal macht Schlagzeilen. Allerdings nur in Kolumbien. Die Verursacher schauen seelenruhig aus ihren Bürofenstern auf den regnerischen Herbsthimmel Norddeutschlands. Denn die Sessel, auf denen sie sitzen, stehen im Kieler Verwaltungsgebäude der Howaldtswerke – Deutsche Werft (HDW).

Es begann alles mit einem Hauptmann der kolumbianischen Marine, der seinen Fahneneid zu ernst nahm: Pedro Gutiérrez Helo. Dieser Mann deckte einen Bestechungsskandal auf, der der HDW ein Geschäft von insgesamt 360 Mio Dollar gebracht hatte. Der Vertrag zwischen der HDW und der kolumbianischen Marine schloß folgendes ein: 4 Korvetten, 2 ozeanographische Schiffe und die technische Überholung von zwei U-Booten.

Durch die von Hauptmann Gutiérrez aufgedeckten Einzelheiten sah sich der oberste Gerichtshof Kolumbiens gezwungen, gegen den Oberbefehlshaber der Marine, Héctor Calderón Salazar, ein Untersuchungsverfahren einzuleiten. P. Gutiérrez Helo wurde inzwischen aus der Marine entlassen.

Bei dieser Bestechungsaffäre spielte die kolumbianische Tochter der Essener Firma FERROSTAAL eine entscheidende Rolle. Die FERROSTAAL DE COLOMBIA LTDA. vertritt die HDW auf dem kolumbianischen Markt.

Um dauerhaftere Verbindungen zur Marine dieses Landes zu knüpfen, kam der Hauptmann i.R. Julio Vargas Correa auf die Liste der Gehaltsempfänger der FERROSTAAL. Über ihn wurde anschließend die Operation „Neptuno“ generalstabsmäßig abgewickelt.

„Neptuno“ ist der Deckname der Admiralität für dieses schmutzige Geschäft, bei dem der kolumbianische Steuerzahler über Preisaufschläge für die Bestechungsgelder zur Ader gelassen wurde.

Operation „Neptuno“

Wie gesagt, das Gewissen der Geschäftsführer von HDW und FERROSTAAL ist ruhig. Fordern doch selbst die Großbanken der Bundesrepublik die Industriebetriebe zur Bestechung geradezu auf. In den praktischen Hinweisen der Commerzbank für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen steht der Hinweis: „Es ist darauf zu achten, daß der Preis alle Provisionen und Beträge für 'Nebenabgaben' (= Bestechungsgelder; d. Verf.) bereits enthält.“¹ Gleichzeitig werden als wesentliche Voraussetzung die guten Kontakte bezeichnet, die man vor der Eröffnung einer Ausschreibung hat, damit die technische Spezifikation der Ausschreibung den eigenen Produkten angepaßt werden kann.

Natürlich machen sich westdeutsche Unternehmen nicht alleine die Hände schmutzig. In dieser trauten Runde können Namen wie IIT² nicht fehlen. Cali, die drittgrößte Stadt Kolumbiens, erteilte vor wenigen Monaten einen Auftrag über 100.000 Telefonleitungen zum Gesamtwert von ca. 40 Mio Dollar an die Firma Ericsson. Teilgenommen hatte an dieser Ausschreibung u.a. auch die IIT, gegen die vom Generalstaatsanwalt der Nation ein Untersuchungsver-

fahren wegen Fälschung von Dokumenten und Bestechung eingeleitet wurde.

Investitionen in Zig-Millionenhöhe kann ein Land wie Kolumbien heute kaum allein finanzieren. Die Weltbank hilft nur zu gerne aus der Verlegenheit. Jedoch erweist sich diese Hilfe sehr bald als Danaergeschenk für den größten Teil der Bevölkerung. So zwangen die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) im September 1982 die kolumbianische Regierung zu einer Erhöhung der Strompreise um 42%, indem sie von dieser Maßnahme die Gewährung eines weiteren Kredits abhängig machten.³

An einem zweiten Beispiel sollen die Methoden der Weltbank etwas näher erläutert werden. Der Geschäftsführer der Wasserwerke Bogotás erhielt im August 1982 einen Brief von diesem Bankinstitut, das die USA und die anderen Westmächte beherrschen. Darin wird er aufgefordert, im Oktober 1982 die Gebühren einmalig um 35% zu erhöhen und danach alle zwei Monate um 4%.

Diese Maßnahme sei nötig, um den Kredit für die neu errichtete Talsperre Chingaza rechtzeitig zurückzuzahlen. Weiter im Originalton: „Die rechtzeitige Durchsetzung dieser Gebührenerhöhung ist von größter Wichtigkeit für den Finanzhaushalt der Wasserwerke. Wir erwarten, daß Sie entspre-



Aktionsräume der Guerillaorganisationen FARC und M-19

chend verfahren, um die Genehmigung der obenerwähnten Gebührenerhöhungen vom Vorstand und der Aufsichtsbehörde zu erhalten, und die anschließende Durchsetzung zu sichern. Wir fordern Sie auf, uns über alle Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Gebührenerhöhung auf dem laufenden zu halten."⁴

Zwei Oppositionsabgeordnete übergaben eine Kopie dieses Briefes im September der Öffentlichkeit. Die empörte Reaktion zwang die Wasserwerke zu einer Zurückstellung der Gebührenerhöhung auf unbestimmte Zeit.

Obwohl sich in den ersten sechs Monaten der Regierung Belisario Betancour⁵ die öffentlichen Skandale häuften, können Weltbank und transnationale Konzerne auch weiterhin mit der Unterstützung dieser Regierung rechnen.

Die Zugehörigkeit Präsident Betancours zur Finanzgruppe Ardila Lulle ist bekannt. Aber auch die anderen Mitglieder seiner Mannschaft sind „zuverlässige“ Leute: Der Finanzminister war stellvertretender Vorsitzender des Industriellenverbandes ANDI, der Innenminister Präsident des Verbandes der Zuckerrohrindustrie ASOCAÑA und der Landwirtschaftsminister Präsident der Großgrundbesitzerorganisation SCA. Der Außenminister ist Besitzer der Zeitung El País und gehört einer der bedeutendsten Industriellenfamilien an.

R. Reagan – eine „Beleidigung“ für das Land

Justizminister Gaitán Mahecha war zur Zeit des Generalstreiks von 1977 Oberbürgermeister von Bogotá. Seine Einsatzbefehle hatte damals dazu geführt, daß die Polizei über 20 Menschen erschoss. Verteidigungsminister wurde Landazábal, der Theoretiker der Gruppe von US-hörigen Generälen, die ihre Putsch-Bereitschaft öffentlich erklärt haben. Da der Regierung sowohl rechte als auch gemäßigte konservative und liberale Minister angehören, kommt es wiederholt zu gegensätzlichen Aussagen von verschiedenen Regierungsmitgliedern.

Zum Verhältnis zu den USA gab General Landazábal folgende Stellungnahme ab: „Die ... Achse USA-Lateinamerika muß heute noch weiter gestärkt werden.“

Präsident Belisario Betancour vertritt dazu einen anderen Standpunkt: „Ich möchte nicht Satellit irgendeiner der Supermächte sein. Kolumbien möchte nicht Satellit der USA sein.“⁶ Mit diesen Worten begründete er die Absicht seiner Regierung, der Bewegung der Nichtpaktgebundenen beizutreten.

Präsident Betancour steht heute mit seiner Einschätzung nicht alleine in Kolumbien. Das zeigt sich beim fünfständigen Blitzbesuch Ronald Reagans in Kolumbien vom 3. Dezember 1982. Die Ratsversammlung der Provinzhauptstadt Villavicencio erklärte den US-Präsidenten Reagan zur „persona non grata“, zur unerwünschten Person im Land. Der Stadtrat von Viotá ging sogar so weit, den Besuch in einer Resolution als „Beleidigung für das ganze Land“ zu bezeichnen.

Schließlich endete auch der einzige öffentliche Auftritt des Präsidenten der USA mit einem Fiasko: Beim Niederlegen eines Blumengebindes am Denkmal des Befreiers Simon Bolívar sammelten sich in kürzester Zeit hunderte empörte Demonstranten. Trotz der insgesamt etwa 500 US-Sicherheitsbeamten mußte Ronald Reagan überstürzt den Platz vor dem Denkmal verlassen.

Der Verteidigungsminister General Landazábal ist nicht nur ein treuer Freund der Reagan-Administration. Seine Kontakte zur US-Rüstungsindustrie sind mindestens ebenso eng. Und so forderte er, kaum daß er Minister geworden war, eine drastische Erhöhung der kolumbianischen Militärausgaben: Von insgesamt 36 Mrd Pesos für die Jahre 1979-82



Kämpfer einer FARC-Einheit

auf die für Kolumbien unglaubliche Summe von 182 Mrd Pesos (ca. 2,7 Mrd Dollar) nur für das Jahr 1983!

Dabei belief sich bereits im September 1982 das Haushaltsdefizit der kolumbianischen Regierung auf 90 Mrd Pesos (noch vor Verabschiedung des Haushaltes 1983). Das für die Aufrüstung geforderte Geld wäre an anderer Stelle nötiger. 80% der kolumbianischen Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt. 250 von 1.000 Kindern erreichen nicht das 5. Lebensjahr. Das bedeutet, daß in Kolumbien alle sechs Minuten ein Kind stirbt.

4 von 10 dieser Todesfälle sind auf Unterernährung zurückzuführen. Diese Todesursache wäre leicht auszuschalten – mit einem Teil der Gelder, die für die Rüstung verschleudert werden.

Das Geld fehlt selbst, um Belisario Betancours zentrales Wahlversprechen zu verwirklichen. Die Geschäftsführerin des Bodenkreditinstituts erklärte im Oktober 1982: „Die für 1982 geplanten ersten 20.000 Häuser ohne Anzahlung können nicht fertiggestellt und übergeben werden, da die notwendigen Mittel fehlen.“

Wie der Verteidigungsminister gehört auch der Justizminister zum rechten Flügel der Regierungsmannschaft. Während Belisario Betancour „eine umfassende Bekämpfung des organisierten Verbrechens einschließlich der unheilvollen Gruppierung MAS“ anordnete, behauptet der Justizminister, daß „der Regierung die Existenz des MAS unbekannt sei“.⁷

Warum leugnet der Justizminister die Existenz der ultrarechten Terroristengruppe MAS? Nun, eine Krähe hackt der anderen (in diesem Fall dem Verteidigungsminister) kein Auge aus. Daß die Militärs nicht nur mit dem MAS sympathisieren, ist eine Tatsache.

Z.B. Puerto Boyacá: Rathaus der Stadt. Um kein Aufsehen zu erregen, findet die Versammlung nachts in einem der kleineren Sitzungszimmer statt. Zahlreiche Vertreter der lokalen „High Society“ nehmen teil: der Militärkommandant der Stadt, Oscar Echandía Sánchez, gleichzeitig Versammlungsleiter; Mitglieder des Industriellenvereins Club de Leones, Großgrundbesitzer, Parteiführer der Liberalen Partei, Kaufleute, ein Vertreter der US-Firma TEXAS PETROLEUM COMPANY, sowie diverse Polizei- und Armeegehörige. Ziel der Versammlung: Gründung des MAS und Förderung seiner Aktivitäten in der Stadt und ihrer Umgebung.

Auch folgendes Beispiel verdeutlicht die direkten Verbindungen zwischen kolumbianischer Armee und MAS: Das Gemeinderatsmitglied von Puerto Berrío, Jaime Nevado, wird auf offener Straße niedergeschossen. In der Nähe steht zufällig der Polizeibeamte Palomeque, der den Mörder festnehmen will. Als der Verbrecher zu fliehen versucht, schießt der Polizist und trifft ihn ins Bein.

Wer deckt die „unheilvolle Gruppierung MAS“?

Anschließend stellt sich heraus, daß der Mörder der Unteroffizier des Heeres Edimburgo Diaz ist. Der Auftrag zu dem Mord kam von seinem Vorgesetzten, dem Hauptmann Visbal. Das Opfer Jaime Nevado war Vorsitzender der Koalition der Oppositionsparteien UNO und Mitglied der Kommunistischen Partei Kolumbiens (PCC). Sein Tod war ihm vom MAS schriftlich angekündigt worden.

Einen weiteren – unfreiwilligen – Beweis lieferte der Generalstaatsanwalt der Nation, Carlos Jiménez Gomez, als er im Oktober 1982 die Einsetzung von speziellen Untersuchungsrichtern in den Gebieten Arauca, La Dorada, Puerto Boyacá, Puerto Berrío usw. forderte, damit dort dem MAS-Terror ein Ende gesetzt werden könne. Hinter allen erwähnten geographischen Namen verstecken sich militarisierte Gebiete!⁸

Die Mordaktivitäten des MAS haben zu einer stärkeren Zusammenarbeit der linken Organisationen Kolumbiens geführt. Richtungsweisend ist hier die Vereinbarung, die die Indianer-Organisation CRIC und die PCC am 14.11.1982 miteinander getroffen haben. Diesem Abkommen war die Ermordung von vier Indioführern und Mitglieder der PCC durch den MAS vorausgegangen.

Weder die Guerillaorganisation FARC noch die M-19 wollen trotz der in der Zwischenzeit verkündeten begrenzten Amnestie ihre Waffen niederlegen. Dies solange der MAS weiterhin ungestraft wüten kann, und solange die von der Armee besetzten Gebiete nicht entmilitarisiert werden. Beide Organisationen wollen die Amnestie jedoch mit einem vorläufigen Waffenstillstand respektieren.

Obwohl „Amnestie für die Guerilleros“ ein Wahlversprechen Belisario Betancours gewesen war, kam es aufgrund der Interventionen von Verteidigungs- und Justizminister erst am 16.11.1982 zur Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes im Parlament.

Die Oppositionsparteien unterstützten nur 7 der 10 Artikel, da die ursprüngliche Generalamnestie inzwischen zu einer Teilamnestie verstümmelt worden war. Einer der umstrittenen Artikel sieht die Verstärkung der Polizei „zur Bekämpfung der Subversion“ in den militarisierten Gebieten vor, ein anderer strengere Strafen für das Tragen von Waffen.⁹

Das Militär zeigt wenig Bereitschaft, auf die Amnestie einzu-

gehen. Mitte des Jahres 1982 brachte die Abteilung E-2 des Kommandos des Heeres ein Handbuch für – illegale – Verbote heraus, in welchem diese „als Grundlage für militärische Operationen“ anempfahlen wurden.

Als ein weiteres Indiz für den mangelnden Friedenswillen der Armee ist die Beschaffung neuer Antiguerilla-Waffen anzusehen. Im Oktober 1982 stürzte eine vollbeladene Hercules-Maschine der kolumbianischen Luftwaffe auf dem Rückflug von Israel über dem Atlantik ins Meer. Die Überlebenden, alles Militärangehörige, durften über die Ladung keine öffentliche Erklärung abgeben. Trotzdem kam die Wahrheit ans Tageslicht: Der Transporter enthielt komplette Bausätze israelischer „I-AI-Kfir“-Guerillabekämpfungsluftzeuge zur geheimen Montage in Kolumbien.

Ebenso geht auch die öffentliche Hetzkampagne gegen die Guerillaorganisationen weiter. Dazu der TIEMPO, die bedeutendste nationale Zeitung: „Die wirkliche Gefahr sind für Kolumbien ... die sich selbst so nennenden FARC (Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens)..., die nach einem realistischen Konzept vorgehen, in dessen Rahmen sie verschiedene Kampfparteien gegründet haben. Das hat ihnen erlaubt, sich in einigen Gebieten festzusetzen, die aufgrund ihrer Ausdehnung nicht vom Heer militärisch kontrolliert werden können... Alles das ist auf eine Taktik eindeutig kommunistischen Inhalts zurückzuführen, in der man klar die sowjetisch-kubanische Inspiration erkennen kann.“¹⁰

Im Dezember 1982 antwortete der Oberkommandierende der FARC, Manuel Marulanda Vélez, in einem Fernsehinterview persönlich auf die Verleumdungskampagne:

„Wir können uns zum jetzigen Zeitpunkt mit der Regierung unter der Bedingung zu Gesprächen zusammensetzen, daß jedes einzelne der Gebiete, die die Regierung als 'Kriegszonen' einstuft, von der Armee ... vollständig ... geräumt wird... Das ist unser Friedensangebot... Wir werden dieses Angebot aufrechterhalten und wollen doch mal sehen, ob es dem Dr. Belisario gelingt, mit uns zusammenzukommen...“

Es ist notwendig, daß das kolumbianische Volk kampfbereit bleibt, bis die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Forderungen erfüllt werden, die für unser Volk unabdingbar sind, ... um zu einem gerechten, wahren und dauerhaften Frieden zu kommen.“¹¹

Anmerkungen:

- 1) Außenhandelsblätter, Nr. 6/1982
- 2) Internationaler Elektrokonzern mit Stammsitz USA, der durch seine aktive Rolle beim Sturz der Linksinregierung Allende (1970-73) in Chile Berühmtheit erlangte; d. Red.
- 3) Vgl. Voz Proletaria (VP), Bogotá, 4.11. und 9.9.1982
- 4) Zit. nach: VP, 16.9.1982
- 5) Siehe dazu: AIB 9/1982, S. 32ff.
- 6) Zit. nach: VP, 19.8.1982
- 7) Ebenda, 28.10. und 26.8.1982
- 8) Laut: EL TIEMPO, Bogotá, 1.11.1982
- 9) Vgl. VP, 18.11.1982 und Granma, Havanna, 28.11.1982
- 10) EL TIEMPO, 3.7.1982
- 11) VP, 2.12.1982

ila - pressedokumentation

Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Die Ila-Pressedokumentationen enthalten die wichtigsten Artikel der deutschsprachigen Presse. Sie sind für folgende Länder erhältlich:

El Salvador	1982 (80 S.)	DM 6,00*
	1981 (75 S.)	DM 6,00*
	1980 (88 S.)	DM 3,00*
Nicaragua	1982 (38 S.)	DM 4,00*
	1981 (64 S.)	DM 5,00*
	1980 (72 S.)	DM 5,00
Guatemala	1982 (64 S.)	DM 6,00*
	1981 (82 S.)	DM 6,80*
Bolivien	1981 (50 S.)	DM 6,50*
	1980 (75 S.)	DM 6,50

Achtung

Pressedokumentation 1981 zu Nicaragua, El Salvador und Guatemala zusammen nur DM 10,00*

Informationsstelle Lateinamerika
Verlag und Vertrieb von Literatur zu Lateinamerika
Nähere Angaben in der kostenlosen Materialliste erhältlich bei der Ila.

* Bei Abnahme von je 5 Exemplaren und für Buchläden: 30 % Rabatt.

Lateinamerika und Afrika



W. Bröner/H.-J. Nieth
Der Kampf um El Salvador
Volkshebung und Intervention.
prv-aktuell. Kleine Bibliothek, Band 256
180 Seiten, 10,- DM

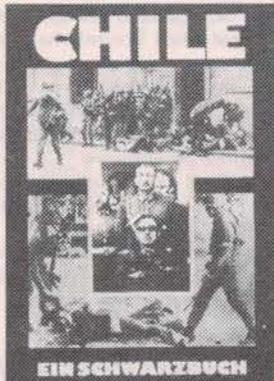
D. Boris/Renate Rausch (Hrsg.)
Zentralamerika
El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica.
Kleine Bibliothek, Band 269
220 Seiten, 14,80 DM

S. Arce-Martinez
Lateinamerika
Hinterhof des US-Imperialismus.
86 Seiten, 7,80 DM



Dieter Boris Peter Hiedl
Argentinien
Geschichte und politische Gegenwart.
Kleine Bibliothek, Band 133
210 Seiten, 14,80 DM

O. Puccio
Ein Vierteljahrhundert mit Allende
Erinnerungen seines Privatsekretärs.
432 Seiten mit 48 Fotos.
Leinen mit Schutzumschlag.
19,80 DM



Chile. Ein Schwarzbuch
Hrsg.: H.-W. Bartsch, G. Stuby, M. Buschmann, E. Wulff
3., unveränderte Auflage
228 Seiten mit 200 teilw. ganzseitigen Abb., Großformat. 16,80 DM



K. Schmelle
José Martí
Apostel und Märtyrer der Freiheit.
124 Seiten mit 70 Abb., Leinen mit Schutzumschlag.
14,80 DM

J. Lawretsky
Simón Bolívar
Eine Biographie
494 Seiten mit zahlreichen Illustrationen.
Leinen mit Schutzumschlag.
19,80 DM

N. Guillén
Cuba, Lyrik, Revolution
Eine Auswahl seiner Gedichte.
Hochschulschriften, Band 43
342 Seiten, 35,- DM

M. von der Heydt-Coca
Die Bolivianische Revolution von 1952
Hochschulschriften, Band 108
ca. 300 Seiten, ca. 40,- DM

U. Krüger
Erwachsenenbildung in Kuba
Beispiel einer integrierten Bildungspolitik.
Hochschulschriften, Band III
ca. 300 Seiten, ca. 35,- DM

Jürgen Ostrowsky
Wolff Geisler
Südafrika
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf



J. Ostrowsky/W. Geisler
Südafrika
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf.
Kleine Bibliothek, Band 125
161 Seiten, 12,80 DM

A. Babing/H.-D. Bräuer
NAMIBIA
Kolonialzeit
Widerstand
Befreiungskampf heute



Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein

A. Babing/H.-D. Bräuer
Namibia
Kolonialzeit, Widerstand, Befreiungskampf heute.
Ein Report.
Kleine Bibliothek, Band 186
221 Seiten, 12,80 DM



B. Benzing/K. Wolde-Giorgis
Das neue Äthiopien
Vom Kaiserreich zur Revolution.
Kleine Bibliothek, Band 205
272 Seiten, 14,80 DM



P. Kivouvou
Angola
Vom Königreich zur Volksrepublik.
Kleine Bibliothek, Band 196
272 Seiten, 14,80 DM

R. Falk/P. Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegung in Afrika
Politische Programme, Grundsätze und Ziele von 1945 bis zur Gegenwart.
Kleine Bibliothek, Band 204
532 Seiten, 14,80 DM

Afrika: Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart

Band 1: Afrika von den Anfängen zur territorialen Aufteilung durch die Kolonialmächte
Kleine Bibliothek, Band 155
372 Seiten, 14,80 DM



Band 2: Afrika unter Kolonialherrschaft und die Formierung der antikolonialen Kräfte (1884-1945)
Kleine Bibliothek, Band 156
297 Seiten, 14,80 DM

Band 3: Vom zweiten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems
42 Abb., zwei Karten und Zeittafel
Kleine Bibliothek, Band 157
320 Seiten, 14,80 DM

Band 4 erscheint 1984

Pahl-Rugenstein Verlag

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Das Erbe Suche Bators

In der deutschen Fassung des russischen Revolutionslieds „Partisanen vom Amur“ heißt es: „Und so jagten wir das Pack zum Teufel/Don-Kosak und Ataman/Unsre Jagd fand erst ein Ende/Am Stillen Ozean.“ Einer aus dem „Pack“ war der baltische Baron von Ungern-Sternberg.

Vertrieben von der Roten Armee, fielen seine Banden im Oktober 1920 in die Äußere Mongolei ein. Doch auch hier stießen sie auf revolutionären Widerstand. Dessen Führer hieß Damdiny Suche Bator, Mitbegründer der Mongolischen Volksrepublik (MVR) und der kommunistischen Partei des Landes, der Mongolischen Revolutionären Volkspartei (MRVP). Am 22. Februar 1983 jährt sich sein Todestag zum 60. Male (zur Mongolei siehe die Beiträge in: AIB 7-8/1981, S. 12-21).

Vom Aratensohn zum Aufstandsführer

Suche Bator wurde im Februar 1893 als Sohn eines armen aratischen Viehzüchters geboren. Die Araten stellten die Masse der mongolischen Bevölkerung. Seit 1691 war die Mongolei ein Vasallenstaat der chinesischen Mandschu-Dynastie, ausgebeutet sowohl von den Eroberern, wie von den einheimischen Feudalherren. Steuern und Frondienste trieben zudem die Mehrzahl der Araten in finanzielle Abhängigkeit von chinesischen Kaufleuten und Wucherern. Das Lebens- und Kulturniveau befanden sich auf einem extrem niedrigen Stand; die Basis bildete eine rückständige Nomadenviehwirtschaft; selbst Ansätze einer kapitalistischen Gesellschaft vermochte der mongolische Feudalismus nicht hervorzubringen.

Gegen diese politische, wirtschaftliche und kulturelle Unterjochung entwickelte sich eine nationale Befreiungsbewegung. Ihr bedeutendster Führer wurde in den Jahren von 1903 bis 1911 Ajusch (der sich später noch am Aufbau der MVR beteiligen sollte). Die russische Revolution von 1905 und die chinesische Revolution von 1911/12 begünstigten den Kampf dieser Bewegung.

1911 erklärte die Mongolei ihre Unabhängigkeit, die in den folgenden Jahren mehrfach von China und Rußland vertraglich bestätigt wurde. Allerdings: Obwohl die Araten unter Ajuschs Führung die Hauptlast der Kämpfe getragen hatten, gelang es den Feudalherren, diese Bewegung für ihre Interessen einzuspannen. Der neue Staat etablierte sich als feudaltheokratisches Gebilde unter der Herrschaft eines weltlichen und geistlichen Oberhauptes, des Bogdo-Gegeen.

Suche Bator trat zu dieser Zeit der neuen Armee bei. Bereits 1914 – aufgrund seiner Reitkünste zum Kommandeur einer Schwadron ernannt – organisierte er einen Soldatenaufstand gegen die drakonischen Prügelstrafen in der Armee.

Seit 1915 versuchten chinesische Militärbefehlshaber zunehmend dreister die Mongolei wieder ihrer Oberhoheit zu unterwerfen. 1918 besetzten Einheiten des Generals Hsü die Mongolei und praktizierten erneut eine Politik der Sinisierung des Landes. Der Widerstand vor allem unter Jugendlichen gegen diese neue Unterwerfungsoffensive und die klägliche Rolle des Bogdo-Gegeen wuchs. Nun aber nahm er neue Züge an.

Suche Bator und andere waren in Kontakt zu russischen Revolutionären im fernen Osten gekommen. Als General Hsü im November 1919 die Autonomie für aufgehoben erklärte, gründete Suche Bator in der Hauptstadt Urga (heute Ulan-Bator), wo er als Drucker arbeitete, einen revolutionären Zirkel. Etwa zur gleichen Zeit ergriff auch Chorloogiin Tschöibalsan eine solche Initiative. Ihre Basis bildeten Soldaten und niedere Beamte der Aratenschaft. Im Januar 1920 vereinigten sich beide Gruppen – sie bildeten den Kern der späteren Mongolischen Volkspartei, aus der schließlich die MRVP hervorgehen sollte. Im November 1920 gab Suche Bator mit der Zeitung „Mongolyn Unen“ („Mongolische Wahrheit“) das erste revolutionäre Organ heraus.

Zu dieser Zeit standen bereits die Truppen des Barons von Ungern-Sternberg im Lande. Am 4. Februar 1921 besetzten sie Urga, vertrieben die Truppen des Generals Hsü und setzten eine Marionettenregierung aus Fürsten und dem Bogdo-Gegeen ein.

Suche Bator und Ch. Tschöibalsan nahmen mit der Bildung rasch wachsender Partisaneneinheiten den Kampf gegen die Okkupanten und die Feudalregierung auf. Unterstützung erhielten sie von der 1920 gebildeten fernöstlichen Sowjetrepublik. Im Grenzgebiet bei der Stadt Kiachta begannen die Kämpfe.

Hier organisierten die revolutionären Kämpfer am 1. März 1921 auch den 1. Parteitag ihrer dabei zur Mongolischen Volkspartei konstituierten Gruppe. In ihrem Programm wurden als Ziele die Erlangung

der nationalen Unabhängigkeit, die soziale Befreiung der Volksmassen und die Wiederherstellung des zersplitterten Staatswesens sowie die Errichtung der Volksmacht festgelegt. Wenige Tage später wurde auch eine Provisorische Volksregierung gebildet, der Suche Bator und Ch. Tschöibalsan angehörten.

Kurz zuvor war die Befreiung der ersten wichtigeren Stadt, Alatinbulak, gelungen. Nach Bildung der Provisorischen Regierung rief diese die Rote Armee zur Hilfe. Den vereinten Kräften gelang es, am 6. Juli 1921 Urga zu befreien. Am 11. Juli 1921 hatte die Volksrevolution gesiegt. Als Oberkommandierender der mongolischen Revolutionären Volksarmee hatte Suche Bator wesentlichen Anteil an diesem Triumph. Im September 1921 proklamierte die Volksregierung die Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei, am 5. November desselben Jahres schloß diese einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetmacht ab.

Aufgrund des starken lamaistischen Religionseinflusses unter den Araten blieb die Mongolei zunächst noch eine konstitutionelle Monarchie. Die tatsächliche Macht lag indessen bei der Volksregierung.

Um ihr Programm zu verwirklichen orientierte sie sich an den Aussagen W.J. Lenins auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Juli 1920, in denen dieser die Grundlinien eines Entwicklungsweges skizziert hatte, welcher beim Übergang von feudalen gesellschaftlichen Verhältnissen ein kapitalistisches Durchgangsstadium vermeiden sollte.



Um den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu verwirklichen, mußte die wirtschaftliche Macht der Feudalklasse gebrochen, also diese als Klasse liquidiert werden.

Schon im Dezember 1921 hob die Volksregierung die Leibeigenschaft auf, ein Jahr später wurden die Erbfolgerechte der Feudalherren aufgehoben. Damit waren wichtige Schritte zur Brechung der Macht der Feudalklasse getan. Vollzogen wurde dieser Prozeß 1924. Nach dem Tod des Bogdo-Gegeen wurde die Mongolei zur Republik, bald darauf zur Volksrepublik erklärt. Der III. Parteitag der Volkspartei beschloß im August 1924 die Umwandlung in die MRVP und erklärte den Kurs auf die nichtkapitalistische Entwicklung zur Generallinie der Partei.

Suche Bator erlebte diese wichtigen Etappen in der Entwicklung seines Landes nicht mehr. Am 22. Februar 1923 war er einem Attentat zum Opfer gefallen. Mit der Geschichte der modernen, der sozialistischen Mongolei ist sein Name untrennbar verknüpft. J. Ostrowsky

Geschichte des Widerstands in Palästina

Ungefähr gleichzeitig, im Herbst 1982, erschienen zwei Bücher zum Nahostkonflikt, denen durch den israelischen Aggressionskrieg gegen den Libanon und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) eine tragische Aktualität zukommt:



Abdallah Frangi, *PLO und Palästina, Vergangenheit und Gegenwart*, Verlag Rita G. Fischer, Frankfurt 1982, 312 Seiten, 29,80 DM

Hans Lebrecht, *Die Palästinenser. Geschichte und Gegenwart – Die geschichtliche Entwicklung der Palästinafrage*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1982, 272 Seiten, 17,80 DM.

So ähnlich beide Titel auch klingen, schon allein die Unterschiede in der Person der beiden Autoren lassen einen mit Interesse beide Bücher durcharbeiten.

Abdallah Frangi ist seit 1970 der PLO-Vertreter bei der Arabischen Liga in Bonn und zudem Mitglied des Revolutionsrates von Al-Fatah, der größten Mitgliedsorganisation der PLO. Seit 1972 gehört er dem Palästinensischen Nationalrat an. Im Juli 1982 wurde er offizieller Botschafter der PLO in Wien.

Hans Lebrecht ist Israeli, ein in Ulm geborener Jude, der 1938 vor der nach ihm fahndenden Gestapo nach Palästina floh. Dort setzte er sich aktiv für das Zusammenwirken der arabischen und jüdischen Werktätigen ein und wurde in diesem Zusammenhang 1948 und dann abermals 1978 inhaftiert. H. Lebrecht ist ein führender Vertreter der Kommunistischen Partei Israels und zudem stellvertretender Vorsitzender des israelischen Verbandes der antifaschistischen Widerstandskämpfer und Naziopfer.

In der Tat ergänzen sich beide Bücher in ihrer Art und Thematik und vermitteln authentisch die Sichtweise eines arabischen Palästinensers und eines antizionistischen Israeli.

Abdallah Frangi ist mit „PLO und Palästina“ ein gut lesbares Buch gelungen, was gerade auch für den bislang mit der Thematik weniger vertrauten, aber an der palästinensischen Sache interessierten Leser hilfreich sein wird. Dieser Aspekt erscheint mir insofern wichtig, als über lange Zeit hinweg die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik bezüglich des Palästina-Problems einseitig prozionistisch beeinflusst wurde.

Es ist erfreulich, daß in dieser Situation nach Abu Ijads Buch „Heimat oder Tod“ (Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1979, siehe Besprechung in: AIB 9/1981), der empfehlenswerten ersten Selbstdarstellung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes aus der Feder eines seiner führenden Repräsentanten, nun A. Frangi ein weiteres Buch in deutscher Sprache vorliegt, das das Palästina-Problem aus arabisch-palästinensischer Sicht beleuchtet.

Ein zentrales Thema des Buches ist – wie bereits aus dem Titel ersichtlich – die Darstellung der PLO. Detailliert beschreibt der Autor die Strukturen der PLO, ihren Aufbau, ihre Aufgaben und Ziele. Deutlich wird, daß die PLO als die Staatsorganisation der Palästinenser im Exil zu begreifen ist. Sie umfaßt ein Parlament – den Palästinensischen Nationalrat –, in dem die verschiedenen politischen Organisationen, die Gewerkschafts- und Berufsverbände, die Organisation der palästinensischen Frauen und Unabhängige vertreten sind.

Aber nicht nur in ihrer heutigen Form wird uns die PLO erklärt.

Dem Leser wird auch Wichtiges über ihre Entstehung vermittelt, ihre Entwicklung in der Folge der arabischen Niederlage von 1967 und auch der Schlacht von Karameh vom März 1968, die als der politische und militärische Wendepunkt des palästinensischen Widerstands bezeichnet wird.

Abdallah Frangi stellt dabei die Sache des palästinensischen Volkes und seiner jeweiligen nationalen Führung zumeist als Ganzes in den Mittelpunkt. Soziale Differenzierungen und Auseinandersetzungen innerhalb der Palästinenser in den verschiedenen Etappen der Entwicklung in Palästina treten demgegenüber mehr in den Hintergrund. Eher verborgen bleiben dabei die historischen Linien der Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen und konservativen Kräften und deren jeweilige Positionen. Dies führt dazu, daß auch manches an der Entwicklung des palästinensischen Widerstands gegen die Zionisten und an den dabei auftretenden Problemen unerklärt bleibt.

Frangi zeigt die israelisch-palästinensische Konfrontation als einen der längsten und kompliziertesten Konflikte in der neueren Geschichte. Er zeigt auch, daß die PLO gewillt ist, einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen. Aber: „Alle palästinensischen Signale einer politischen Lösung dieses über Jahrzehnte schwelenden und komplizierten Konflikts wurden von israelischer Seite bewußt torpediert. Mit militärischer Stärke und mit Gewalt sucht Israel weiterhin, seinen Anspruch auf ganz Palästina gelten zu machen. Der Friede rückt damit in immer weitere Ferne.“

Ein lebendiger Ausdruck des Engagements des Autors für Frieden und den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, gegen Kolonialismus, Rassismus und Militarismus der Zionisten ist Hans Lebrechts Buch „Die Palästinenser“.

Etwas zu allgemein ist der Titel dieses Buches. Genau genommen handelt es vor allem vom Konflikt zwischen Palästinensern und Zionisten von seinen ersten Anfängen bis einschließlich des ersten Nahostkriegs von 1948, allerdings mit einem aktuellen Nachtrag, der bis in die Zeit des Camp David Abkommens und der Libanonaggression vom vergangenen Jahr reicht. H. Lebrecht: „Schon ein ganzes Jahrhundert werden die palästinensischen Araber systematisch von ihrem Boden verdrängt, ihrer Rechte beraubt. Und das geht noch immer weiter...“

Überaus reich an Detailinformationen schildert der Autor, wie die zionistische Kolonisation auf dem Rücken des palästinensischen Volkes durchgeführt wurde, welche Kräfte im zionistischen Lager wirkten und welche verschiedenartigen politisch-sozialen Entwicklungen sich innerhalb des arabisch-palästinensischen Volkes vollzogen. Konflikte und Widerstand der damaligen Zeit werden so dem Leser verständlich, wobei immer der Bezug zur heutigen Zeit erhalten bleibt. Auch die Politik der damaligen britischen Kolonialmacht wird eingehend beleuchtet.

Mit besonderer Aufmerksamkeit beschäftigt sich H. Lebrecht mit der Arbeit der fortschrittlichen arabisch-palästinensischen Kräfte in diesem Zeitraum, aber auch mit den Ansätzen gemeinsamen Kampfes von fortschrittlichen Arabern und fortschrittlichen Juden, mit Arbeitskämpfen, gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und der Rolle der zionistischen Gewerkschaft Histadruth.

Daß dieses Buch trotz seiner Informationsfülle lebendig geschrieben ist, liegt auch mit daran, daß H. Lebrecht immer wieder auf seine eigenen Erfahrungen und Eindrücke erzählerisch zurückgreifen kann oder aber kompetente Persönlichkeiten der jeweiligen Zeit als seine Gesprächspartner zu Wort kommen läßt.

H. Lebrechts Buch ist somit ein bemerkenswerter Beitrag zum Verständnis des israelisch-palästinensischen Konflikts, der ja nicht erst 1948 mit dem ersten Nahostkrieg und der damit einhergehenden massenhaften Vertreibung der Palästinenser begann.

Den einzigen Ausweg aus der Situation des sich immer wiederholenden Blutvergießens sieht der Autor in dem Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten und der Errichtung eines unabhängigen, souveränen palästinensischen Staates im Westjordan-Gebiet, Ostjerusalem und dem Gazastreifen, bei gegenseitiger Anerkennung und Respektierung der Souveränität und territorialen Unantastbarkeit aller Staaten des Raumes; wobei auf der Grundlage der UNO-Beschlüsse eine gerechte Lösung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge garantiert werden müsse.

Hans Lebrecht unterstützt dabei die Forderung nach einer baldigen Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten „unter der Vormundschaft der UNO und mit der Beteiligung der UdSSR, der USA und anderer interessierter Staaten sowie aller an dem Konflikt beteiligten Seiten, einschließlich der legitimen Vertretung des arabischen Palästina-Volkes, der PLO.“ N. Noisser

Aktionen für Südafrika

Gegen das südafrikanische Massaker in Lesotho (siehe Beitrag von L. Schmitz in diesem Heft) fanden sich am 10.12.1982 in Bonn Mitglieder der Antipartheid-Bewegung (AAB), der Bundestagsabgeordnete M. Coppik und die Bonner Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), T. Seedat und N. Shoombe, zu einer Mahnwache vor der südafrikanischen Botschaft zusammen. Zugleich forcierte die AAB eine Unterschriftenkampagne, mit der bisher ca. 7.000 Personen von der Bundesregierung Initiativen für die Begnadigung von 6 zum Tode verurteilten ANC-Freiheitskämpfern und für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika gefordert werden.

Am 17.12.1982 fanden in acht weiteren Städten der Bundesrepublik Mahnwachen und Protestaktionen vor südafrikanischen Einrichtungen statt.

In West-Berlin begann eine Initiativgruppe eine Aktion, die die Teilnahme Südafrikas an der Berliner Internationalen Tourismusbörse im März 1983 zu verhindern sucht.

Kontaktadresse: Thomas Fues, Schillerpromenade 16-17, 1000 Berlin 44.

Türkeihilfe

Bereits über 10.000 DM hat der Spendenaufruf der Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ in einem Monat erbracht. Informationsveranstaltungen, gemeinsame Feste und persönliche Initiativen von deutschen und ausländischen Kollegen haben dazu beigetragen, den Aufruf in die Tat umzusetzen, in dem es heißt: „Spendet für die Kinder der verhafteten Demokraten und Gewerkschafter in der Türkei! Ihre Väter und Mütter haben auch für unsere Sache gekämpft – für den Frieden, für gewerkschaftliche Rechte und für politischen Fortschritt.“

Die Initiatoren weisen daraufhin, daß die Militärjunta mit Mrd Dollar aus dem Ausland unterstützt wird. „Setzen wir die ganze Kraft unserer Solidarität dagegen!“ Gleichzeitig gibt die Initiative bekannt, daß die Gelder einmal direkt den Betroffenen und zum anderen über Rechtsanwälte zur Verfügung gestellt werden.

Spenden gehen auf das **Sonderkonto Pfarrer Höhn** „Hilfe für die Demokraten in der Türkei“, Kto.Nr. 223-002098, Stadtparkasse Duisburg

Kontaktadresse: Postfach 100 682, 4100 Duisburg 1



Mahnwache der AAB vor der südafrikanischen Botschaft in Bonn

Südafrika-Postkarten und -Ausstellung

Zwei jeweils achteilige Postkartenserien zu den Themen „Frauen in Apartheid-Südafrika“ und „Kinder in Apartheid-Südafrika“ bietet der International Defence and Aid Fund an.

Dieselbe internationale Hilfsorganisation für das Südliche Afrika stellt ebenfalls eine Fotoausstellung zur Geschichte der südafrikanischen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC) zur Verfügung. Die Ausstellung steht unter dem Motto „Unity in Action“ (Einheit in der Aktion), enthält etwa 150 Fotos und Dokumente und umfaßt den Zeitraum 1912-82.

Die Materialien können bezogen werden über: ANC-Vertretung, Postfach 190140, 5300 Bonn 1.

Protest gegen Israel-Botschafter

Mit einer Dokumentation und weiteren Aktionen protestierten etwa 1.000 Bürger gegen den Marburger Besuch des ersten Sekretärs der israelischen Botschaft in Bonn, Dan Ashbel. Die Proteste waren so massiv, daß Dan Ashbel es vorzog, gar nicht erst aufzutreten.

Der Botschaftsangehörige sollte auf Einladung der örtlichen Evangelischen Studentengemeinde (ESG) die Morde im Libanon „aus israelischer Sicht“ rechtfertigen.

Die Richtlinien hierzu gab die Botschaft bereits im August 1982 in einer Presseerklärung aus, als sie das Vorgehen der israelischen Armee verteidigte. Damals hieß es zynisch, Israel habe alles in seiner Macht stehende getan, um ein Blutvergießen zu verhindern. Die

Buchtips: Indianer



Sie werden von den Banden der Großgrundbesitzer gejagt, ihre Dörfer als vermeintliche Guerillabasen dem Erdboden gleichgemacht. Durch Umweltzerstörung wird ihnen die Lebensgrundlage entzogen.

Aber der direkte und indirekte Mord an den Ureinwohnern des amerikanischen Doppelkontinents, den Indianern, ist nicht mehr geheim, er trifft weltweit auf mehr Beachtung und Protest. Für den Interessierten liegen jetzt zwei weitere wichtige Bücher vor:

Indianer in Lateinamerika. Neues Bewußtsein und Strategien der Befreiung, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1982, 284 S., 14,80 DM

enthält die Beiträge, Manifeste und Dokumente der 2. Konferenz von Barbados im Jahre 1977, einer wichtigen Tagung indianischer Bewegungen mit lateinamerikanischen Ethnologen und Kirchenvertretern. Gegenüber der 1. Konferenz von 1971 widerspiegelte sie die zwischenzeitliche Entstehung emanzipatorischer Bewegungen der Betroffenen, das selbstbewußte Auftreten von Indianer-Gruppen. Erstmals wurden offensive Strategien der Befreiung diskutiert; teils sind die Beiträge, beispielsweise zum Thema Ethnizität und Klassenfrage, sehr kontrovers.

Diese vorwiegend theoretischen Beiträge werden ergänzt durch den

Indianer-Reader. Dokumente und Aufsätze zum Aufbruch indianischer Völker in Mittel- und Südamerika. Hrsg. vom Ökumenischen Ausschuss für Indianerfragen, Brasilienkunde Verlag, Mettingen 1982, 220 S., 18 DM.

25 Manifeste der Indianer, Dokumente internationaler Konferenzen und Hirtenbriefe aus den Jahren 1971 bis 1981 beschäftigen sich mit der Situation indianischer Minderheiten von Mexiko bis Argentinien. Dazu kommen fünf Analysen zu spezifischen Einzelaspekten der Bedrohung und des Überlebenskampfes der Indianer.

Schuld für die Leiden der Bevölkerung liege einzig und allein bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), da sie mitten in Westbeirut Stellung bezogen habe. Zudem sei ein Schaden an der Bevölkerung und an ihrem Eigentum nicht zu vermeiden gewesen, da die PLO unnachgiebig an Westbeirut festgehalten habe.

Naher Osten

Bei seinem Besuch im Weißen Haus Ende Dezember 1982 machte Jordaniens König Hussein seine Beteiligung an Nahostverhandlungen davon abhängig, ob sie die Unterstützung der Arabischen Liga und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) fände. Außerdem, so beharrte er gegenüber US-Präsident Ronald Reagan, müßten sich zuvor die Truppen Israels aus dem Libanon zurückziehen und hätte Washington eine Änderung der israelischen Siedlungsexpansion im Westjordangebiet zu erzwingen.

Die Visite König Husseins erhält dadurch an Gewicht, daß sie in enger Absprache mit dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat geschah. Der von ihr angestrebte Dialog mit der Reagan-Administration wird derzeit von ihm im Auftrag einer im September 1982 gegründeten jordanisch-palästinensischen Kommission geführt, da Washington sich weiterhin weigert, mit der PLO in direkte Verhandlungen einzutreten. Dies geschieht auf der Basis der Plattform des Arabischen Gipfels in Fez vom September 1982 (Wortlaut in: AIB 11-12/1982, S.8).

Nach Aussagen des PLO-Exekutivratsmitglieds Ahmad S. Dajani stimmt die PLO auch der Formierung einer arabischen Einheitsdelegation zur Aufnahme von Nahostfriedensverhandlungen zu. Y. Arafat stellte indessen klar, daß dies nicht eine „Preisgabe der militärischen Option“ bedeute. Vonnöten sei vielmehr eine „grundsätzliche Umstrukturierung“ der bewaffneten Kräfte der PLO, „indem man die Lehren aus den Kämpfen um Westbeirut zieht und festlegt, den Kampf innerhalb der von Israel okkupierten Gebiete zu verstärken.“ (Le Monde, 4.1.1983)

Über diese neuen Akzente des PLO-Kurses hat der Palästinensische Nationalrat zu beraten, der noch im Februar d.J. in Algier zusammenkommen soll.

Afghanistan

Die Verhandlungen zwischen den Regierungen Afghanistans und Pakistans, die im Juni 1982 unter Vermittlung des UN-Sonderbeauftragten Diego Cordovez eröffnet worden waren, haben den Afghanistankonflikt einer politischen Lösung näher gebracht. Laut D. Cordova einigten sich die Außenminister beider Länder zur Jahreswende 1982/83 auf ein „Paket des Einverständnisses“, dessen Inhalt allerdings bislang nicht bekannt ist.

KPdSU-Generalsekretär Yuri Andropow hatte zuvor bei einer Begegnung mit Pakistans Zia ul-Haq die Bereitschaft der Sowjetunion zum Truppenabzug signalisiert, sobald der ausländische Interventionismus seitens Pakistans unterbunden worden sei. Präsident Zia ul-Haq hob anlässlich seines Besuches in Washington vom Dezember 1982 hervor, seine Regierung sehe als vorrangige Grundprinzipien für eine politische Lösung den sowjetischen Truppenabzug und die Rückkehr der in Pakistan untergebrachten afghanischen Flüchtlinge (offiziell 3 Mio) an und werde „ein mit der Sowjetunion befreundetes Afghanistan akzeptieren.“ (Time, 13.12.1982)

Letzteres ist der Differenzpunkt zwischen Islamabad und der Reagan-Administration, welche die Veränderung des Charakters des afghanischen Revolutionsregimes als unverzichtbaren Bestandteil jeder internationalen Lösung verankert haben will. Und dies wäre gleichbedeutend mit einer Verunmöglichung jeglicher politischer Verhandlungsschritte.

R. Reagan hat dem pakistanischen Militärregime trotz der Differenz im Afghanistankonflikt für die nächsten fünf Jahre eine Wirtschaft- und Militärhilfe von 3,2 Mrd Dollar zugesagt. Die USA beliefern die afghanischen Rebellen weiterhin über Ägypten (und über pakistanisches Territorium) mit Waffen im Wert von jährlich 20-30 Mio Dollar. Hinzu kommen 200 Mio Dollar aus Washington für

afghanische Flüchtlingslager in Pakistan, die bekanntlich von eben diesen Rebellen kontrolliert werden.

Am 27.12.1982 demonstrierten in Kabul rund 200.000 Menschen gegen die Reagan'sche Interventionspolitik vor der US-Botschaft.

Saudi-Arabien

Zum Jahresende 1982 wandte sich das Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Saudi Arabien an die Weltöffentlichkeit. Es klagte das Königshaus der Sauds an, seit Mai 1982 Massenverhaftungen durchzuführen, denen zu Anfang 55 saudiarabische Journalisten, Universitätsangehörige, Ingenieure, Künstler (darunter der Schriftsteller Mohammed al-Ali), Arbeiter und Angestellte zum Opfer fielen. Letztere sind hauptsächlich bei der Ölgesellschaft ARAMCO beschäftigt – eine Reaktion des absolutistischen Regimes auf den Stärkezuwachs des Volkswiderstands seit 1979 (siehe AIB 7-8/1980, S. 29-32).

„Wir rufen dazu auf“, heißt es im Appell des Menschenrechtskomitees, „die Stimme zu erheben und die von den saudiarabischen Behörden ergriffenen Unterdrückungsmaßnahmen zu verurteilen und dagegen zu protestieren, da die Häftlinge schweren Folterungen ausgesetzt sind und vielen von ihnen der Tod droht. Es bestehen keinerlei rechtliche Mindestgarantien, ihnen wird das Recht auf Verteidigung und einen ordentlichen Prozeß verweigert. Richten Sie Protesttelegramme an das für diese Unterdrückung verantwortliche Regime.“

Diese Proteste erscheinen umso notwendiger, da Amnesty International in seinem Jahresbericht 1982 die Unterdrückungsaktivitäten der Sauds übergang.

Iran

Die iranische Bevölkerung wählte am 10. Dezember 1982 eine „Expertenversammlung“. Sie hat 83 Mitglieder und soll einen Nachfolger für Ayatollah Khomeini bestimmen.

Das System des „Welajat-e faqih“ – der Kontrolle durch einen kundigen Schriftgelehrten des Islam, der die vom Staat erlassenen Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit den religiösen Bestimmungen überprüft – ist in der Verfassung aus dem Jahre 1979 enthalten.

In einer Rede vom 16.12.1982 kritisierte Khomeini heftig die im Lande herrschende Rechtsunsicherheit. Er warf den Ordnungskräften unislamisches, mit dem Geist der Islamischen Republik nicht zu vereinbarendes Verhalten vor, was zu großer Unzufriedenheit unter der Bevölkerung geführt habe.

Staatsbeamte und Mitglieder von Revolutionsorganen, die ihre Kompetenzen überschritten hatten, entthob man ihrer Ämter und stellte sie vor Gericht. Untersuchungskommissionen mit der Aufgabe, die Revolutionsorgane zu überprüfen und unschuldig Verfolgte zu rehabilitieren, wurden gebildet. „Die Bürger“, so Khomeini, „müssen wieder das Gefühl der Sicherheit gewinnen.“ (Le Monde, 22.12.1982)



US-Ausbilder treibt libanesischen Soldaten an

China

Am 4.12.1982 wurde von den über 3.000 Delegierten des Nationalen Volkskongresses eine neue Verfassung – die dritte seit 1954 – angenommen. Darin wird die Volksrepublik China als „ein sozialistischer Staat der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt und auf einem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht“, bezeichnet. Die neue Verfassung zeigt bedeutende Veränderungen im Staatsaufbau. So wird das Amt des Staatspräsidenten wieder eingeführt und eine zentrale staatliche Militärkommission zur Führung der Streitkräfte aufgebaut. Der Nationale Volkskongreß, der alle fünf Jahre neu gewählt wird, ist zum höchsten Organ der Staatsgewalt erklärt worden.

Das Streikrecht wird abgeschafft und in Artikel 42 die Pflicht zur Arbeit verankert. Auch die Familienplanung ist jetzt verfassungsmäßige Pflicht. Artikel 18 legt die Rechte des Staates fest, ausländische Unternehmen und private Investitionen zuzulassen.



Tagungsort Halle des Volkes

Kampuchea

Die 7. Gipfelkonferenz nichtpaktgebundener Länder vom 7.-10.3.1983 in Indien wird aller Voraussicht nach wieder ohne eine Vertretung Kampuchreas stattfinden. Im Gegensatz zur UN-Vollversammlung, die im Herbst 1982 den Sitz der „Exilregierung“ bestätigt hatte, schloß der Generalsekretär der Konferenz, Natwar Singh, eine Teilnahme N. Sihanouks aus, da sich die Lage in Kampuchea nicht geändert habe.

Die „Exilregierung“, eine Koalition von N. Sihanouk, Son Sann und Khieu Samphan, ist seit dem 9.7.1982 nicht mehr zusammengetreten. Auch die unter der Führung Pol Pots zusammengeschlossenen Truppen der Koalition haben bisher kein gemeinsames Vorgehen zustande gebracht.

Trotz der Überfälle und Sabotageakte der Pol-Pot-Truppen stellt sich die Situation Kampuchreas 4 Jahre nach dem Sieg über Pol Pot zuversichtlich dar. Die notwendigsten Güter des täglichen Bedarfs können schon im Land produziert werden. Die Alphabetisierungskampagne zeigt erste Erfolge: 43.000 Lehrer unterrichten bereits etwa 1,5 Mio Kinder und 400.000 Erwachsene.

Südkorea



Der südkoreanische Oppositionsführer Kim Dae Jung, der 1980 zum Tode verurteilt worden war, aufgrund heftiger internationaler Proteste aber zu lebenslanger Haft begnadigt werden mußte, durfte Mitte Dezember 1982 ins US-amerikanische Exil ausreisen.

Kim Dae Jung, der als der prominenteste Oppositionelle Südkoreas gilt, hatte bisher rund zehn Jahre in Haft verbracht. Bei den Präsidentschaftswahlen am 27.4.1971 erhielt er über 45% der Stimmen, wurde aber kurz darauf schon einmal ins Exil getrieben, aus dem ihn der südkoreanische Geheimdienst in einer seiner berüchtigten Entführungsaktionen wieder zurückholte.

Die Freigabe Kims verband die Regierung von Präsident Chun Doo Hwan mit der Ankündigung weiterer Amnestien für politische Gefangene. Zwar wurden 47 inhaftierte Oppositionelle freigelassen, die repressiven Maßnahmen der Staatsgewalt in letzter Zeit lassen jedoch keine Liberalisierung erwarten: Über 400 Verhaftungen sowie zahlreiche Folterungen mit Todesfolge und Todesurteile gegen Oppositionelle bestimmen das politische Klima.

El Salvador

Der Anfang Dezember 1982 von Verteidigungsminister General García gestartete „Endkampf“ gegen die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) ist ebenso gescheitert wie die Offensiven der letzten Novembertage, mit denen von der FMLN besetzte Gebiete zurückerobert werden sollten.

Nachdem die Armee zunächst u.a. durch Kampfgaseinsatz einige Positionsgewinne hatte erzielen können, mußte sie wenige Tage später die so gewonnenen Gebiete unter schweren Verlusten wieder räumen. 1982 gab es bei den Kämpfen nach Angaben salvadorianischer Menschenrechtsorganisationen 5.840 Tote.

Da das erneute Verhandlungsangebot der FMLN (Wortlaut in: AIB 1/1983, S.10) im Dezember 1982 von der Regierung Magaña abgelehnt worden war, gab es Anfang Januar 1983 heftige Kämpfe in den Provinzen Chalatenango und Cabanas, wobei die 70 km nördlich San Salvadors gelegene Stadt Tejutla von der FMLN eingenommen werden konnte. G. Manuel Ungo, Präsident der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) bezeichnete die bisherige US-Strategie, die FMLN militärisch und die FDR politisch zu isolieren, als gescheitert. Eine direkte Invasion werde für die USA jedoch zunehmend schwieriger.

Argentinien

150.000 Menschen beteiligten sich in Buenos Aires am 16.12.1982 an dem „Marsch für Demokratie“, zu dem die oppositionelle Parteienvereinigung „Multipartidaria“ aufgerufen hatte. Die Teilnehmer dieser größten Demonstration in der Geschichte des Landes forderten die Rückkehr zu Demokratie, die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und die Benennung der Verantwortlichen für die militärischen Verluste im Malwinenkrieg. Nachdem eine Absperrung vor dem Regierungspalast durchbrochen wurde, ging die Polizei mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor, wobei 80 schwer verletzt



Buenos Aires am 16. 12. 1982: 150 000 beim Marsch für Demokratie

Kurzinformationen

und 120 festgenommen wurden. Ein Mitglied der peronistischen Jugend wurde aus einem Polizeiwagen heraus von einem Zivilisten niedergeschossen.

Neue Gesprächsangebote des Regimes, das nach der Rechtfertigung dieses Repressions-einsatzes eher noch mehr isoliert ist, lehnten die politischen Parteien ab. Daß Präsident Bignone den 6.11.1983 als spätesten Wahltermin genannt hat, ist ein erster Erfolg der Massenbewegung, wenngleich die Opposition die Abhaltung von Wahlen bereits am 12.10.1983 fordert.

Surinam

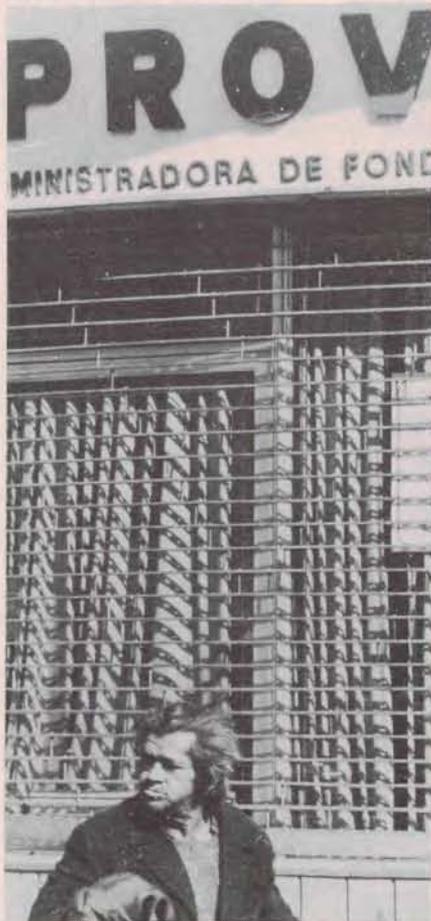
Anfang Dezember 1982 ist in Surinam die sechste Verschwörung gegen das revolutionäre Regime unter Oberstleutnant Desi Bouterse gescheitert. Der bis dahin gefährlichste Putschversuch hatte im März 1982 stattgefunden (siehe AIB 4/1982, S. 42). Seitdem hatte sich das Regime, das sich den Aufbau einer „befreiten und sozialistischen Gesellschaft“ zum Ziel gesetzt hat, weiter radikalisiert.

Parallel dazu verstärkte die innere und äußere Opposition ihre Aktivitäten. Im Oktober und November 1982 kam es zu Streiks, die von der reaktionären Gewerkschaft „Moederbond“ angeführt und von Unternehmerkreisen unterstützt wurden. Die Regierung deckte die Beteiligung der US-Botschaft an den Umständen auf, die eine Rückkehr zu den früheren Verhältnissen zum Ziel hatten.

Am 8. Dezember 1982 bereitete das Militär nach eigenen Angaben einen neuen Putschversuch, indem es die volle Macht im Land übernahm. Dabei wurden 15 oppositionelle Persönlichkeiten verhaftet und „bei einem Fluchtversuch“ erschossen. Dies war Anlaß für eine Propagandakampagne der Regierungen der USA und der EG-Länder gegen die Maßnahmen der Militärs. Surinamische Oppositionelle in den Niederlanden behaupteten sogar, daß hundert Kubaner an den Ereignissen beteiligt waren. Die Aussetzung des Hilfs-

programms der Niederlande, das sich auf 1,5 Mrd Dollar für 15 Jahre beläuft, und die Produktionsdrosselung des multinationalen Bauxit-Konzerns ALCOA sollen das Regime in die Knie zwingen.

Chile



Keine Chance: Chilenischer Bettler vor einer privaten Altersversicherung

Die wirtschaftliche Situation in Chile verschlechtert sich zusehends. Ein Arbeitslosenheer von über 30% und ein Absinken des Bruttozialprodukts um 13% im Jahre 1982 sprechen für sich. Nun schließen sich auch Teile der Bevölkerung dem Widerstand gegen die Junta an, die früher hinter dem Regime standen.

Auf die zunehmende Zahl von Kampffaktionen folgt eine verstärkte Repression. Bei Demonstrationen in drei Städten Chiles Ende 1982, auf denen „Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit“ gefordert wurde, sind etwa 200 Personen festgenommen worden. Manuel Bustos (Präsident der Gewerkschaftskonföderation CNS) und Hector Cuevas (Vorsitzender der Bauarbeitergewerkschaft) wurden wegen ihrer Aktivitäten des Landes verwiesen.

Auch die Kirche äußert sich immer entschiedener gegen das Regime: Die Bischofskonferenz der katholischen Kirche in Chile hat in einem Hirtenbrief am 20.12.1982 die Menschenrechtsverletzungen kritisiert und die Rückkehr zur Demokratie gefordert.



Englisch Amerikanische Studien

Zeitschrift für Unterricht, Wissenschaft & Politik



Heft 4/1982

Thema Südafrika

REINHARD BRÜCKNER
Weiße Präsidialdiktatur –
Schwarzer Befreiungskampf:
eine Situationsanalyse

JÜRGEN OSTROWSKY
Der Afrikanische National-
kongreß (ANC) von Südafrika

H.-M. GROSSE-OETRINGHAUS
Bildungsreform in Südafrika?

KEORAPETSE KGOSITSILE
Culture and Resistance
in South Africa

URSULA EDMANDS
Writing South African:
A Survey of South African
Fiction 1960-1980

MATSAMELA MANAKA
Black Literature after Soweto –
an Interview

WERNER GLINGA
Athol Fugard. Die Apartheid-
gesellschaft aus der Sicht eines
weißen Dramatikers

Zusätzlich ...

Unterrichtsmaterialien zum The-
ma „Apartheid und Widerstand“
... und Dokumente:

UNO/BRD – Südafrika; Befrei-
ungsbewegung/ANC; Men-
schenrechte und Apartheidsys-
tem (neue Materialien zu Gewalt
und Folter – der Tod des weißen
Gewerkschafters Dr. Neil Aggett)

Außerdem 1982

- Harry Belafontes Gespräche mit Günter Amendt (Heft 1/2, 3, 4)
- Dokumente und Analysen zur US-amerikanischen Friedensbewegung (Heft 1/2)
- Dokumente und Analysen zur Nuklearkriegsplanung des Pentagon (Heft 3)
- Zur Kulturpolitik der USA nach 1945 (Heft 1/2, 3)
- Themenschwerpunkte *Youth Cultures* (Heft 1/2) und *Lehrwerkkritik* (Heft 3)

Ich bestelle

1./2./82

DM 22,-

3./82

DM 11,-

4./82

DM 11,-

Jahrgang '82

DM 32,-

ein Abo

ab Jg. 82

Probeheft/

Prospekt

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb einer Woche
widerrufen.

Englisch Amerikanische Studien,
Postfach 2565, D-4400 Münster

Die Gesellschaft für bedrohte Völker und der „Eurozentrismus“

Daß sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV, Sitz Göttingen) und ihre Zeitschrift Pogrom nach eigenem Selbstverständnis vorrangig der „konkreten Menschenrechtsarbeit“ für verfolgte Minderheiten widmet, sei ihr unbenommen. Zuviel des Guten aber ist es, wenn die GfbV dies, so ihr Repräsentant Klemens Ludwig, dies — im Fall Eritrea — als Legitimierung nimmt, um die Mitte 1981 eingestellten Angriffe und Verdrehungen gegenüber dem AIB neuzubeleben.

Dies nämlich tut die GfbV in einem Beitrag in Forum Nr. 62/1982, dem Organ des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Unter dem Stichwort „Anmerkungen zur Göttinger Eritrea-Diskussion“ unterstellt die GfbV, das AIB habe sich in seiner Wiedergabe jener kontroversen Diskussion zur Eritreafrage vom 8./9. Mai 1982 in Göttingen (Vorbemerkung in AIB 7-8/1982, S. 20) einer „nur schlechte(n) Polemik“ und „eurozentristischer Arroganz“ schuldig gemacht. Wir erlauben uns, den Polemikern vom Dienst mit Sachargumenten zu antworten.

Doch blenden wir vorab kurz zurück, was diesem Göttinger Treffen vorausging. Am Anfang stand der Frontalangriff von Pogrom/GfbV, als im November 1980 nämlicher K. Ludwig anlässlich des ersten Treffens der bundesdeutschen Dritte-Welt-Zeitschriften in Kiel ein Teilnahmeverbot für das AIB zu erzwingen suchte (zum Vorgehen und den Falschbehauptungen siehe: AIB 3/1981, S. 48). Da das Zeitschriftentreffen dies Vorgehen verurteilte und besagtem „Schreiber des Briefes (in dem der Rausschluß des AIB gefordert worden war; d. Red.) einen starken Antikommunismus“ vorhielt, mußten Pogrom/GfbV zurückstecken.

Auf dem Zeitschriftentreffen in West-Berlin vom Mai 1981 einigte man sich dann darauf, fortan Ausgrenzungsversuche und offene Polemiken zu unterlassen. An deren Stelle sollte die sachbezogene inhaltliche Auseinandersetzung treten, die am Beispiel Eritreafrage schließlich auch im Mai 1982 auf dem Göttinger Diskussionsforum ihren Anfang nehmen sollte. Und dies sollte auf der Grundlage zweier kontroverser Einleitungsreferate der GfbV und des AIB zur Eritreafrage geschehen.

Während in Göttingen das Grundsatzreferat des AIB zum vereinbarten Thema vorlag, hatte die GfbV eben nichts zu bieten — außer Kurzthesen zu ihrem allgemeinen Selbstverständnis der Menschenrechtsarbeit. Diesen Sachverhalt benannt zu haben, ist doch keine „schlechte Polemik“ des AIB.

Vielmehr muß der von K. Ludwig ein halbes Jahr später unternommene Versuch, den Göttinger Sachverhalt zu verdrehen, als „schlechter“ Stil bezeichnet werden. Daß die GfbV jenes Grundsatzreferat später nachgereicht hat, steht auf einem anderen Blatt. Es ist im übrigen zusammen mit

dem AIB-Grundsatzbeitrag J. Ostrowskys in einem Sonderheft des Forum vom November 1982 dokumentiert.

Doch der „Polemik“-Vorwurf gegenüber dem AIB hat einen weiteren guten Grund.

Mit ihm will die GfbV legitimieren, daß sie die billige Polemik gegen das AIB mit ihren Anmerkungen in Forum 62 wieder aufgenommen hat: „Liebe Freunde vom AIB“, so eröffnet dort K. Ludwig, „wir bedauern es sehr, daß ... das Göttinger Treffen auf so wenig Interesse stieß. Ob es daran liegt, daß 'die Eritreafrage ... als Solidaritätsthema keine erstrangige Rolle spielt', wie Ihr behauptet, sei dahingestellt. Diese Behauptung von Euch zeigt jedoch einmal mehr, wie notwendig ein solches Seminar in der ursprünglich geplanten Form (damit ist wohl die erhoffte breite Beteiligung gemeint; d. Red.) gewesen wäre, denn es ist ein typisches Beispiel eurozentristischer Arroganz, die langfristig zum Scheitern aller Solidaritätsarbeit führen muß, von Westeuropa aus einzuteilen, welche Solidaritätsthemen erst-, zweit- oder drittrangig sind!“

... eher ein Beispiel „eurozentristischer“ Ignoranz

Nun ist von der Sachlage her doch wohl nicht zu bestreiten, daß allein 1980-82 vom Umfang der bundesdeutschen wie weltweiten Solidaritätsaktivitäten und vom Spendenaufkommen her diejenigen zu El Salvador/Mittelamerika, Palästina/Libanon und zum Südlichen Afrika weit in Front liegen. Das findet sich selbst in der UNO wieder, wo sich nicht von ungefähr die Sanktionsfrage hauptsächlich auf die beiden international geächteten Regimes Südafrikas und Israels konzentriert.

Die UNO hat im übrigen auch die Befreiungsbewegungen Palästinas (PLO), Südafrikas, Namibias (SWAPO) und die salvadorianische FMLN/FDR (letztere als gleichberechtigten Partner für politische Verhandlungen) anerkannt, nicht aber die eritreischen Befreiungsbewegungen. Daß K. Ludwig das alles nicht sehen will, ist wohl eher ein Beispiel „eurozentristischer“ Ignoranz.

Und wie steht es mit der hiesigen Eritrea-Solidarität? Spielt sie dennoch eine erstrangige Rolle, wie die GfbV glauben machen will? Am besten muß dies ja wohl die eritreanische Befreiungsbewegung selbst beurteilen können. Für deren EPLF-Westeuroparepräsentanten, Ermias Debesai, besteht in der bundesdeutschen Eritrea-Solidaritätsbewegung „ein schweres Problem. Nicht nur in West-Deutschland, sondern überall in Europa ist die Solidaritätsarbeit im Niedergang begriffen.“ (Blätter des iz3w, Nr. 105/November 1982, S.57)

Ein weiterer unverbesserlicher „Eurozentrist“? Oder gar „nur schlechte Polemik“?